

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei ins Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislite für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
Correspondenz: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Die Schutzollpolitik im Wanken?

Die verhängnisvolle Schutzollpolitik, welche Fürst Bismarck 1879 inaugurirte, ist immer und immer wieder von der Gefolgschaft des Ex-Kanzlers und von den interessierten Unternehmerkreisen als der Gipfel volkswirtschaftlicher Einsicht gepriesen und als Heilmittel gegen alle möglichen Uebel empfohlen worden.

Deutschland umgab sich mit einer wahrhaft chinesischen Zollmauer, und die anderen Staaten folgten nach. Das ging so lange es ging. Die betrübenden Folgen konnten nicht ausbleiben, die verschiedenen nationalen Wirtschaftskreise sperren sich durch Kampf- und Wiedervergeltungskämpfe gegen einander ab, die Vertheuerung der für die breiten Massen notwendigen Lebensmittel wuchs beständig.

Die Unhaltbarkeit dieses Zustandes scheint nach und nach auch den Herren am grünen Tische klar zu werden. Die ersten schwachen Versuche, das starre Schutzollsystem sans phrase zu lindern, sollen, wenn den halb-offiziellen Preßnachrichten zu trauen ist, gemacht werden.

Und zwar ist zunächst, wie gemeldet wird, eine handelspolitische Verständigung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn geplant, auf Grund von Unterhandlungen, die Caprivi und der auswärtige Minister Oesterreich-Ungarns, Graf Kalnoky, mit einander gepflogen haben.

Das Wiener „Fremdenblatt“ veröffentlicht einen hochsensitiven Leitartikel — und der „Deutsche Reichs-Anzeiger“ braucht ihn nach — offenbar ein ausgestreckter Fühler, um die Situation zu erkunden. Dieser Artikel lautet:

„Seit einiger Zeit mehrt sich in Oesterreich-Ungarn wie im Deutschen Reich die Zahl der Stimmen, welche für eine Lockerung der handelspolitischen Beziehungen der beiden Reiche eintreten. Während bisher haben wir drüber den Wunsch nach möglicher Abschließung des heimischen Marktes weit überwogen hatte — ein Wunsch, der in den allgemeinen Verhältnissen seine Begründung fand — beginnt man jetzt neben den wohlthätigen auch die drückenden Folgen zu beachten, welche aus solcher Abschließung selbstverständlich hervorgehen. Das wirtschaftliche Leben eines großen Staates ist ein so kompliziertes, daß eine gleichmäßige Wahrung aller Interessen unmöglich ist. Die verschiedenen Produktionskreise der meisten europäischen Länder verlangten zum Theil mit nur allzugerechtfertigter Verurteilung auf ihre schlimme Lage, den Schutz gegen die ausländische Konkurrenz. So weit es möglich war, kamen die Regierungen diesem Verlangen entgegen. Der wirtschaftliche Kampf zwischen den Nationen, von jeder einzelnen für sich als Defensivkampf betrachtet, ist jedoch im Laufe der Jahre ein so heftiger geworden, daß die Klagen über die Noththeile desselben immer häufiger werden und namentlich die Unsicherheit der handelspolitischen Verhältnisse ist es, die zu diesen Klagen Anlaß giebt. Ein Ver-

tragsverhältnis gewährt zum Mindesten für eine bestimmte Zeit eine feste Grundlage. Mag es für diesen und jenen Erwerbszweig günstigere, für einen anderen ungünstigere Bedingungen schaffen, so sind doch diese Bedingungen Jedermann als dauernde bekannt und die Bevölkerung kann sich darnach einrichten. Das Kapital und die Arbeit können sich in jedem Lande den Produktionsfaktoren zuwenden, welche auf Grund der Verträge lohnender zu sein versprochen, und es tritt eine Art Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Staaten ein. Anders, wenn der wirtschaftliche Absorptionstrieb der Völker so weit gediehen ist, daß Verträge überhaupt nicht mehr zu Stande kommen und jeder Staat seine Pölle nach Belieben festsetzt und ändert. In diesem Zustande befindet sich gegenwärtig der größere Theil der handels-treibenden Welt, und während die politischen Verhältnisse die Möglichkeit eines ruhigen Fortarbeitens gewähren, sind die zollpolitischen Beziehungen von der Art, daß das Wirtschaftsleben Europas und Amerikas einer fortwährenden Unruhe preisgegeben ist. Es ist nun ersehnlich, daß in unserer Monarchie und im Deutschen Reich die Einsicht immer mehr Geltung bekommt, daß die Opfer, welche die Nationen zur Aufrechterhaltung des Friedens bringen, nicht in ihrer nationalökonomischen Wirkung gelähmt werden sollten durch einen Zollkrieg, unter welchem zuletzt nothwendig alle kämpfenden Theile leiden müssen. Dadurch ist es auch den Regierungen möglich geworden, ernstlichere Anregungen zu einer Annäherung zu geben, und solche Anregungen sind, wie aus den vorliegenden Nachrichten zu ersehen ist, thatsächlich erfolgt. Die öffentliche Meinung hat dies mit großer Verriedigung angenommen.

Wir möchten jedoch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß man sich Enttäuschungen aussetzen würde, wenn man angesichts dieser freundlicheren Dispositionen über schwängliche Hoffnungen lassen sollte. Die Schwierigkeiten, die sich der Schaffung eines vertragsmäßigen Zustandes entgegenstellen, sind sehr groß. Die letzten Jahre haben allerdings gewisse Produktionszweige, die sich hier oder in Deutschland besonderen Schutzes erfreuten, sehr gekräftigt, so daß sie der Konkurrenz mehr Widerstandskraft entgegenbringen können als bisher; sie haben aber auch zu Investitionen (Seldanlagen) veranlaßt, die man nicht unberücksichtigt lassen darf. Jeder der beiden Staaten wird daher in seinem Bunsche, dem Nachbar entgegenzukommen, durch die wirklichen Verhältnisse wesentlich gehemmt sein. Nichtsdestoweniger wird man, um zu einem guten Ende zu gelangen, minder wichtige Positionen den wichtigeren opfern und Zugeständnisse machen müssen. Unsere Produzenten müssen also darauf gefaßt sein, daß mancher von ihnen in minder günstige Konkurrenzbedingungen gerathen wird, und daß nur um diesen Preis der Vortheil der Allgemeinheit zu erzielen ist. Das Gleiche gilt von den Produzenten in Deutschland. Durch den wirtschaftlichen Friedens-schluß, wenn er zu Stande kommt, wird nicht jeder Einzelne gewinnen, Mancher wird einen schwierigeren Stand haben, als bisher, aber die große Mehrzahl wird profitieren. Man darf auch die Schwierigkeiten nicht übersehen, welche das Vorhandensein der Weltbegünstigungsklausel dem Zustandekommen eines Vertrages entgegenstellt. Es ist eben nicht leicht, aus einem so vielfach verwickelten Zustande den Ausweg zu finden, und der Ausführung des neuen Werkes sehen die Truener der Bauten, die zerstört worden sind, bedeutende Hindernisse entgegen. Es wird eine mühevoll Arbeit sein, zu einem Einverständnis zu gelangen, und wenn es erzielt ist, werden nicht Alle davon be-riedigt sein können. Wohl aber ist auf beiden Seiten die

Empfindung allgemein, daß man die schwierige Arbeit in Angriff nehmen müsse, daß wenigstens zwischen den beiden Reichen die nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich die meisten Berührungspunkte haben, ein friedlicheres, gesicherteres Verkehrsverhältnis eintreten müsse. Wenn man sagen kann, daß heutzutage auf dem Gebiete der eigentlichen internationalen Politik die Volksströmungen von größter Wichtigkeit sind, so gilt dies noch viel mehr von dem Gebiete der Handelspolitik. Hier sind es thatsächlich die Völker (1), welche zum Kriege oder zum Frieden drängen und die dann den Staatsmännern die Aufgabe zuweisen, für die Wünsche, die aus der Tiefe des Volkslebens und seiner Bedürfnisse hervorstiegen, die Form der Ausführung zu finden. In Rußland, in Frankreich, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist die wirtschaftliche Kampflust noch immer in mächtigem Steigen. Bei uns und in Deutschland dagegen herrscht bereits sichtlich der Wunsch nach Frieden und Vertragsmäßigkeit vor und die Regierungen schließen sich ihm mit vollster Bereitwilligkeit an. Sie werden, um ihn erfüllen zu können, der Mitwirkung aller Kreise bedürfen, sie werden Opfer verlangen müssen und sie gehen einer langwierigen, dornigen, vielverschlungenen Arbeit entgegen, bei der das Mißlingen keineswegs ausgeschlossen ist.“

Der Artikel dürfte nicht offizielles Machwerk sein, wenn er nicht in geradezu kläglicher Weise die verwerfliche Schutzöllnerlei zu rechtfertigen unternähme. Als ob das Volk bei uns jemals die Schutzöllle gefordert hätte, als ob die breiten Massen der Nation überhaupt befragt worden wären, als es sich darum handelte, das Deutsche Reich mit Wall und Graben doppelt und dreifach zu umgeben, damit ja keine wohlfeilen Produkte mehr auf den Markt kommen? Nein, bei der Eisenenquete, der Baumwoll-Enquete und den anderen Schauspielen, die Fürst Bismarck einjmalig aufgeführt, kam einzig und allein die Kapitalistenklasse zum Wort. Die Eisenlords und Baumwollbarone verbündeten sich mit den edlen Junkern, um das Volk in aller Mufe auszunutzen.

Und auch heute geben wir uns selbstverständlich keinen „überschwänglichen Hoffnungen“ hin, das „Fremdenblatt“ braucht uns nicht zu warnen, wir sind durch und durch Pessimisten. Wir sind sicher, daß die „Verständigung“ den Großen und Größten unter den Schutzöllnern kein Haar krümmen wird, daß vorläufig die weniger einflußreichen Interessentkreise daran glauben, d. h. auf etliche Prozente ihres Profits vielleicht verzichten müssen.

Aber nicht das etwas und was geschieht, ist in diesem Falle von Wichtigkeit. Bedeutend ist, für uns, daß amtlich oder doch halbamtlich die gefährlichen Wirkungen des Protektionismus zugegeben werden. Damit ist Breche gelegt in die ganze Schutzöllnerlei.

Unsere Sache wird es sein, den Kampf gegen die Lebensmittelvertheurer mit aller Kraft zu führen, bis der ganze volksverwüstende Protektionismus in Scherben geht.

Fenilleton.

Wachsthum verboten.]

[13

Victoria.

Roman von Minna Kautzky.

Siebentes Kapitel.

Es war Sonntag und der kleine ländliche Fabriksort zeigte eine durchaus veränderte Physiognomie. All das lärmende hastige Getriebe hatte der vollständigsten Ruhe Platz gemacht. Die Luft selbst schien kaum bewegt und eine träge Schwüle breitete sich in dieser Mittagsstunde über die Gegend.

Die Werkstatt des Sattlers Brandhofer war geschlossen, er selbst saß in Dendärneln in seinem Garten und rauchte seine Pfeife. Seine Stirne war in dicken Falten emporgezogen, seine Brauen standen borstenartig ab, und er hatte noch mehr wie sonst das Aussehen eines Bullenbeißers. Von Zeit zu Zeit wendete er sich seitzwärts nach dem geöffneten Küchenfenster, dem Dampf und brenzlich fetter Geruch entströmte, und drümmte etwas in sich hinein.

Mutter und Tochter waren in der Küche in eifriger Thätigkeit. Die Mutter lochte, Willi bigelte. Seitdem der Sohn ihnen wieder ins Haus gekommen, hatten die beiden Frauen noch nicht von der Arbeit aufgesehen.

Sie hatten so viel für den Jungen zu thun und hätten dies gerne vor dem Alten verheimlicht; sie nähten und wendeten, büsteten und bigelten, um die Schäßigkeit zu vertuschen und den jungen Herrn wieder einigermaßen präsent-

tabel zu machen. Glaubten sie damit vielleicht dem Alten diese Herabgekommenseit zu verbergen? Die einfältigen Weibsbilder, als ob er sich jemals von ihnen hätte etwas weiß machen lassen! Oder thaten sie's aus Furcht? Das hätte schon eher Sinn, aber was nützte es ihnen schließlich, wenn sie seinen Zorn eine zeitlang hintanzubehalten versuchten, einmal würde er doch ausbrechen, das wußten sie alle. Unwillkürlich streckte er die geballte Faust in die Höhe und schüttelte sie drohend.

Die Pfeife drohte ihm anzugehen, er that einige rasche Züge, und als sie ihm wieder schmeckte, versiel er in Behemung.

Es regte sich in ihm das Vaterherz.

Welche Hoffnungen hatte er auf den einzigen Sohn gesetzt! Welche Opfer gebracht! Und der Junge war kein Lump, o nein, er hatte sich brav gehalten und so viel gelernt, so schrecklich viel, daß er ganz blöd davon geworden und ihm die Augen aus dem Kopfe stauden. Eine Professur wäre das Wenigste gewesen, was er dafür verdient hätte, statt dem kommt er ganz ausgehungert daher und mit zerfetzten Stiefeln. Es ist ein Jammer und eine Schande, und dem Alten feuchteten sich die Augen vor Zorn und Mitleid.

Der junge Lehramts-Kandidat befand sich in diesem Augenblick ebenfalls in der Küche, in der Nähe des Herdes, und sah zu, wie seine Mutter einen feinen Teig auf dem Radelbrett in kleine Quadrate formte und mit Pflaumenmus füllte.

Er verfolgte jede Bewegung ihrer Hand, sein Gesicht leuchtete förmlich in seliger Erwartung, bis diese Dingerchen gar gebakten sein würden, und im Vorgehuse dieses Lecker-

bissens ließ ihm das Wasser im Munde zusammen. Er hatte während des letzten Semesters, wo er unisoni supplirte und einige grade nicht fette Lektionen hatte, nur selten warm gespeist. Er hatte all die Entbehrungen zu ertragen, die einem in der Großstadt lebenden armen Studenten zuge-mühet werden, der, wo er hinkommt, Alles besetzt findet, für den sich Niemand interessiert.

Das will was heißen, mehr als man gewöhnlich glaubt. Jetzt war er wieder zu Hause und sein Mutterchen sorgte für ihn und lochte für ihn; und wie gut sie lochte! wie es ihm schmeckte, wie es ihm wohl that! und die Schwester war nicht minder göttig! Heute guckte keine Zehe ihm aus den Socken, und er fand, daß das zwar ein ungewohntes aber sehr angenehmes Gefühl sei. Der Vater freilich war eine dunkle Wolke an seinem jetzigen Himmel, die Unheil drohte, aber er hing sich wie ein Kind an die Rockfalte der Mutter und vergaß darauf, sobald er das dumpfe Grollen nicht hörte. Er leistete seiner Mama allerlei kleine Handreichungen; hielt ihr das Muls entgegen, nachdem er vorher versuchte, ob es hinlänglich süß sei, und schmierte die Pfanne mit Butter aus, um sich hierauf mit dem Rest ein riesiges Butterbrot zu streichen.

Er schäkerte dabei mit seiner Alten wie mit einer Geliebten, und sie lachte über seine Pöffen und er lachte mit. Aber dem Vater draußen erregte es die Galle.

Sie können lachen, immer lachen, während ihn der Kummer zermartert?

Er war einer von jenen Menschen, bei denen über der Herzensfreude der Anderen etwas wie Neid erwacht. Und der Jugend mochte er noch etwas zu Gute halten aber daß

Die Kardinalfehler des Koalitionsrechts.

Die sogenannte Koalitionsfreiheit ist bekanntlich noch ein sehr jugendliches Institut. Die ersten Spuren der modernen gesetzlich fixierten Freiheit der Arbeiterkoalitionen, um die es sich, wenn man jetzt von Koalitionsrecht spricht, ausschließlich handelt, datieren aus den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts. Bis dahin galten in allen europäischen Staaten Koalitionsverbote, — die Arbeiter durften sich zur gemeinsamen Erregung günstigerer Arbeitsbedingungen bei Strafe nicht zusammentun.

In England brach zuerst das Eis der Knechtschaft, das während der Entwicklung des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems sich um dessen Lohnsklaven kristallisiert hatte, aber es schmolz nur langsam und schwand sehr allmählich und in kleinen Bruchstücken dahin.

Die englischen Gesetze von 1824 und 1825, von 1859 und 1871 hatten immer noch nicht mit allen Fesseln der Arbeiterkoalitionsfreiheit ausgeräumt und erst im Jahre 1875 kam es im ökonomisch vorgeschrittensten Lande der Welt zu der gesetzlichen Verwirklichung des Grundgesetzes, daß den zur Besserung ihrer Arbeitsverhältnisse verbundenen und gemeinsam handelnden Arbeitern nichts weiter verwehrt werden dürfe, als die „böswillige Schädigung öffentlicher und privater Interessen“.

In Frankreich vollzog sich derselbe Prozeß der allmählichen Befreiung der Koalitionsfreiheit viel später, nämlich von dem Jahre 1864 an; in Deutschland gelangten die meisten Staaten sogar erst 1869, durch die Schöpfung der deutschen Gewerbeordnung zu dem, was man bei uns die Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu nennen beliebt.

Das Koalitionsrecht, wie es die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung feststellen, leidet zunächst an zwei verhängnisvollen Fehlern: einmal an einer falschen Voraussetzung, zum andern an einer in der Hauptsache nur nach einer Seite hin wirkenden Einschränkung.

Die falsche Voraussetzung tritt zu Tage in der harmlosen Nebeneinander- und Gleichstellung der „Gewerbetreibenden“ und der „gewerblichen Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter“ im Texte des § 152; gleich als ob die Gewerbetreibenden, vom Kleinmeister bis zum Großindustriellen, also einerseits die Kapitalisten und Unternehmer und andererseits die besitzlosen Lohnarbeiter entweder gleiche Interessen hätten oder einander als wirtschaftlich etwa gleich starke Gegner gegenüber ständen und für wenigstens annähernd gleichwertige Interessen kämpften. Die einseitige Einschränkung enthält der § 153, der seiner ganzen Anlage und praktisch rechtlichen Wirkung nach die Anwendung körperlichen Zwanges, die Drohungen, Ehrverletzungen, Verurteilungen u. d. d. der Arbeiter trifft, ähnliche Ausbreitungen der Arbeitgeber aber unberücksichtigt läßt, oder doch sie nicht so ausdrücklich bezeichnet, daß Staatsanwaltschaft und Gericht gezwungen wären, sie zur Bestrafung zu bringen.

Daß der einzelne Lohnarbeiter wirtschaftlich unendlich schwächer ist, als der Unternehmer, braucht nicht bewiesen zu werden; daß es aber auch Arbeiterkoalitionen — mögen sie so groß sein wie sie wollen — mit entsprechenden kapitalistischen Vereinigungen an Macht und materieller Widerstandsfähigkeit nicht aufnehmen können, darüber täuschen sich die Arbeiter im Gefühle ihres guten Rechtes und durchdrungen von dem energischen Streben nach Besserung ihrer Lebensverhältnisse nur zu leicht.

Glücklicher Weise sind die Unternehmer, wenn sie sich im Lohnkampfe mit ihren Arbeitern befinden, von dem Gefühle des Rechts nicht so durchdrungen, als ihre besitzlosen Gegner. Glücklicher Weise hat in unserer Zeit, in welcher Geld mehr wie alles Andere Macht bedeutet, der Wohlstand desto mehr, je größer er ist, die Wirkung, den Gemeininn zu erlöben, die selbstsüchtige und selbstherrliche Absonderungssucht des Einzelnen vom Allgemeinen zu fördern. Daher haben es die im wirtschaftlichen Kampfe befindlichen Arbeiterkoalitionen viel öfter, als sonst in der Natur der Sache liegen würde, mit einzelnen Gegnern zu thun. Darum sind die Unternehmerkoalitionen in sehr vielen Fällen nur Eintagsfliegen, die heut für besondere Streiks oder Arbeitsaußschlüsse geründet werden und morgen, wenn der eine besondere Kampf vorüber ist, oder wenn auch nur die Interessen der beteiligten Unternehmer nicht mehr in allen Ständen dieselben sind, sich in ihre Atome auflösen. — Deshalb ferner sind auch die reichsten Arbeitgeber in solchen Nothfällen des wirtschaftlichen Krieges bei weitem nicht so aufopferungsvoll als der ärmste Arbeiter. Und aus diesem Grunde auch hat die wirtschaftlich starke Arbeitgeberchaft das glänzende Beispiel internationalen, über alle Welttheile und alle Arbeitszweige sich erstreckenden Zusammenschlusses noch niemals nachgeahmt, mit dem ihr die wirtschaftlich schwachen Lohnarbeiter so oft vorangegangen sind.

Im Laufe der weiteren Entwicklung unserer Verhältnisse auf dem Boden der privatkapitalistischen Produktionsweise wird die

Unternehmerchaft aber gerade durch die Tapferkeit und Hartnäckigkeit der wider die Jämmerlichkeit ihrer Lebensbedingungen ankämpfenden Arbeiter zu fester Vereinigung zusammengetrieben und zusammengeschweißt werden, und sobald das geschehen, wird sich ganz unfehlbar zeigen, daß eine für Arbeiter und Arbeitgeber völlig gleiche Koalitionsfreiheit das schlechteste Koalitionsunrecht in sich schließt, das an den Arbeitern verübt werden kann.

So sehr nun der kapitalistische Unternehmer sein Privatinteresse vertritt, wenn er bestrebt ist durch möglichst geringe Löhne, möglichst lange Arbeitszeit, möglichst kleine oder sonstige mangelhafte und deshalb gesundheitswidrige Arbeitsräume u. dgl. die Rate seines Profits zu vergrößern, — ebenso sehr vertritt der Arbeiter neben seinem Privatinteresse das Interesse der ganzen Menschengemeinschaft, der er angehört, der Gesellschaft, des Staates, ja der Menschheit, wenn er für Besserung seiner jämmerlichen Klassenlage in den noch größere Noth und Hungertod drohenden Kampf geht.

Die Arbeitsbedingungen, unter welchen die Proletarier aller Länder den Kampf ums Dasein kämpfen, sind — heutzutage unbestrittener Maßen — jämmerliche, auf das allerdringendste Besserung heischende. Alle Arbeiter, mit völlig verschwindenden Ausnahmen, erhalten — um nur von den hervorsteckendsten Schädlichkeiten unserer Produktionsverhältnisse zu reden — zu wenig Lohn und müssen Tag für Tag viel zu lange arbeiten, daß sie also, abgesehen von dem Mangel aller höheren Lebensgenüsse, nicht nur den größten Theil ihrer natürlichen Fähigkeiten — vornehmlich ihre geistigen Anlagen — nicht zu entwickeln vermögen, als es unter besseren Verhältnissen der Fall wäre, sondern daß sie auch die nöthige Widerstandsfähigkeit gegen Krankheit und Siechthum nicht gewinnen und sich bewahren können, und daß sie desgleichen eine sonst gar nicht so schwer zu vermeidende Verkürzung ihrer Lebenszeit sich gefallen lassen müssen. Gemeinde und Staat, die besondere Gesellschaft, deren Mitglieder in dauernden politischen, wirtschaftlichen, literarischen u. s. w. Wechselbeziehungen stehen, und die gesammte Menschheit, um die sich in neuester Zeit ein immer feierlicher werdendes Band gemeinsamer Kulturinteressen schlingt, bedürfen zur Erfüllung ihrer richtig verstandenen Aufgaben, möglichst vieler, körperlich gesunder, geistig fortgeschrittener und stets weiter fortschreitender Volksgenossen.

Ebenso wie nun der um die Hebung seines Lebensstandes ringende Arbeiter ganz unbestreitbar — mag er sich dessen bewußt sein oder nicht — die gute Sache der Menschheit vertritt, ebenso hat der Arbeitgeber, mag er zehnmal im heute noch sogenannten wohlberechtigten Interesse seines Geschäfts oder selbst seines industriellen Handelns, immer wenn er für die Aufrechterhaltung der über die ganze Welt der modernen Produktion verbreiteten schlechten Arbeitsbedingungen gegen seine Arbeiter eintritt, die unheilvolle Rolle eines Feindes des menschlichen Kulturfortschritts übernommen, ja sogar eines Feindes der Gesellschaft und des Staates — dessen Sache zu sein er sich einbildet.

In ihrer Eigenschaft als Pioniere jeglichen unser bürgerliche Gesellschaft hinausreichenden Kulturfortschritts haben demgemäß die Arbeiter ein Recht zu verlangen, daß Arbeitgeberkoalitionen gesetzlich verboten seien, welche zu dem Zwecke gegründet oder benutzt werden, die Arbeitsbedingungen — in Bezug auf Lohn, Arbeitszeit u. dgl. — noch ungünstiger zu gestalten als bisher, oder deren Bessergestaltung zu verhindern, soweit eine solche Besserung durch die Verhältnisse der Gesamtindustrie möglich gemacht ist.

Ob die sozialpolitisch wirkenden Arbeiter unserer Tage dieses ihr Recht jetzt schon geltend zu machen gewillt sind, thut nichts zur Sache. Es handelt sich hier nur darum, festzustellen, wie unanfechtbar ist; nebenbei ist es uns noch darum zu thun, zu zeigen, wie außerordentlich bescheiden die Arbeiter sind, wenn sie nur das bescheidene Recht der Koalition, dieselbe Befreiung von allen polizeilichen Schikanen und gerichtlichen Maßregelungen für sich verlangen, wie sie jetzt die Arbeitgeber, besonders die Großunternehmer thatsächlich genießen.

Den verlockendsten Anlaß zur Beeinträchtigung des Koalitionsrechts der Arbeiter bietet der § 153 der Gewerbeordnung. Daß das Gesetz „Anwendung körperlichen Zwanges“ zur Theilnahme an — Lohnerböschung oder sonstiger Verbesserung der Arbeitsbedingungen bezweckenden — Verabredungen mit Strafe bedroht, ist gewiss gerechtfertigt — das Gesetz muß verpönden und durch Strafanandrohung nach Möglichkeit verhindern, daß irgend ein Mensch zu irgend einer ganz allgemein dem freien Ermessen anheim gegebenen Handlung gezwungen werde.

Anderes schon verhält es sich mit der Verurtheilung, welche der § 153 ebenfalls verpönt.

Wahr ist, daß einem Menschen ein Verurtheil, den seine Berufsgenossen und ehemaligen Freunde über ihn verhängen, oft in einer viel zu empfindlichen Weise schaden, daß er ihm den Kampf ums Dasein wesentlich erschweren, oder mindestens das bisherige Lebensbegehren, dessen sich der Arbeiter überhaupt erfreut, erheblich vermindern und ganz vernichten kann; — andererseits ist es aber sehr natürlich, daß bei einer zum Zwecke der Verbesserung der Lebensverhältnisse gegründeten Vereinigung diejenigen Vereinigten, die diesem hohen Zwecke

zuwiderhandeln, oder auch diejenigen Berufsgenossen, welche solcher gemeinnütziger Vereinigung anzuschließen verschmähen, Mißachtung gerathen, und daß diese Mißachtung gelegentlich Worten oder Handlungen sich äußert. Noch viel erklärlicher wird solche Mißachtung, wenn sie Berufs- oder Vereinsgenossen trifft, die im Moment des Kampfes dem Zwecke der Vereinigung widerstreben, oder sich gar auf Kosten der Kampfsenden die der Arbeitgeber zu erschleichen suchen.

Der Verurtheil sollte zwar im Allgemeinen als unstatthaft, — je nach der Sachlage — häufig als straflos, weil in Betretung berechtigter Interessen verhängt, erachtet werden. Allgemein besteht das, was eifrige Staatsanwälte als Verurtheilung verfolgen, in nicht mehr als Redensarten, wie sie in der Erklärung als Ausdruck augenblicklicher Mißstimmung geäußert und gäbe sind, ohne daß sich irgend welche langreichende Folgen daran knüpfen, — also das, was gesetzliche Strafanandrohung da wieder die Rolle der Kanone stellt, mit welcher nach Spanien geschossen wird.

Ist das schon der Fall in Bezug auf die an sich in ihrer scharfen Form und Wirkung gewiß nicht statthafteste Verurtheilung, so gilt dasselbe in noch viel höherem Grade von den übrigen in § 153 namhaft gemachten Vergehen, nämlich von Drohungen und Ehrverletzungen.

Was kann nicht alles von unseren für Arbeitervergehen besonders empfindlichen Staatsanwälten und Richtern als Verurtheilung oder Drohung aufgefaßt werden? Und weshalb müssen Arbeiterdrohungen oder -Beleidigungen, die in der Folge des Lohnkampfes geschehen, noch besonders von der Gewerbeordnung verpönt sein?

Das Straf-Gesetzbuch trifft in seinem 7. Abschnitt über Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, in seinem 14. über Beleidigung und in seinem 17. Abschnitt, der von Verbrechen und Vergehen wider die persönliche Freiheit handelt, sowohl Ehrverletzungen und Drohungen wie jede unstatthafte Zwangsanwendung und schadenbringende Verurtheilung; weshalb sollen also solche Vergehen, falls sie durch die Theilnahme des Kampfes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erzeugt werden, noch besonders durch die Gewerbeordnung verpönt sein, wenn damit nicht bewirkt werden soll, daß die in den betreffenden Momenten, welche von Rechts wegen als entlastende Umstände anzuerkennen wären, im Gegentheile als erschwerende in Betracht fallen sollen.

Der § 153 ist also überflüssig und muß beseitigt werden. In diejenige aber, welche ihn aufrecht erhalten wollen, ist die Frage zu richten, weshalb der § 153 nicht auch die viel folgenschwereren Mittel trifft, welche die Arbeitgeber anwenden, um Arbeiter und Berufsgegenossen überhaupt abzuhalten.

Wir brauchen, um das zu beweisen, hier nur an die Arbeiterentlassungen nach Streiken zu erinnern und an die schwarzen Listen, welche schon so vielen Arbeitern die Möglichkeit bei ihrem Verurtheil zu verharren, geraubt haben.

Diese Vergehen wider die persönliche Freiheit beziehungsweise wider das gute Recht, im erwählten Berufskreise die Geschäftsmittel zu erringen, bedroht das Straf-Gesetzbuch nicht mit Strafe und auch der Gesetzgeber der Gewerbeordnung drückt hier, was sich um zweifellos rechtswidrigen Mißbrauch der Kapitalistenmacht handelt, theilnahmlos in Auge zu.

Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich als rechtlich unabwendbare Forderung, daß die Bestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung beseitigt und ersetzt werden sollten durch strenge Strafanordnungen für alle Arbeitgeber, welche als Kampfmittel im Streit mit den Arbeitern Arbeitsentlassungen oder irgend welche sonstige Beeinträchtigungen der Arbeitsmöglichkeit ihrer Arbeiter anwenden oder solche androhen.

Die Frage, ob zum Zwecke der Beförderung wahrhaft nicht nur sogenannter Koalitionsfreiheit gesetzgeberische Maßnahmen erforderlich sind und wie dieselben beschaffen sein müßten, werden wir in einem zweiten Artikel behandeln.

Politische Ueberblick.

Ein Kolonialrath, der etliche dreißig Mitglieder umfassen soll, wird vom Auswärtigen Amte gebildet. Die Kolonialpolitik, die uns so viel Geld und Blut bereits gekostet und nichts gewonnen hat, wird durch die Herren Kolonialräthe nicht annähernd besser gemacht werden. Deutscher Michel, halte die Taschen zu!

Zur Invaliditäts- und Altersversicherung der Seemannsleute. Dem Bundesrath ist der Entwurf betreffs der von den Abhebern hierfür einzuziehenden Beiträge zugegangen. Der Bundesrath ist der Besugniss gesetzlich beigelegt, bei der Eingehung angeht die besondere Verhältnisse der Seeleute ein besonderes Verfahren einzuführen. Es wird folgendes vorgeschlagen: Das Markensystem ist ohne Vermittelung der Konsulate kaum durchführbar, während aus anderen Gründen die Inanspruchnahme der letzteren thunlichst vermieden werden muß. Ueberdies ergreift sich bei Seeleuten, die im Besitze eines Seefahrts-Buches sind, diesem alle für die Invaliditäts- und Altersversicherung des Seemanns maßgebenden Thatfachen ohne Weiteres von selbst.

auch die Alte lachte, das verdroß ihn, es erschien ihm wie eine persönliche Beleidigung.

Er sprang auf; er wollte sie doch fragen, seine Alte, was sie denn gar so lustig finde.

Als er eben durch das Vorhaus in die Thüre treten wollte, sah er seinen Konkurrenten, den Sattlermeister Birnstengel durch die Handthür hereinschauen.

Dieser begrüßte ihn freundlich und kam nach kurzem Zögern auf ihn zu.

Es war ein junges, kleines Männchen, bereits ziemlich kahlköpfig, das sich geschmeidig und lächelnd gab und sich gern auf den „Gebildeten“ spielte. In solchen Augenblicken erstreckte er in der Phrase und imponierte thatsächlich damit einigen braven Philistern, während sich Andere darüber zu Tode lachen wollten.

Er ließ auch jetzt seine schönen Redensarten nicht außer acht.

„Meine Hochachtung, allweil wohl auf — und das werthe Befinden der Frau Gemahlin und Fräulein Tochter?“

Er hielt vorichtig inne, der Alte schien abellamiger als je, und er hatte vor seiner Grobheit gewaltigen Respekt. „Den Frauenzimmern geht's immer gut,“ brummte der Alte, „die leben in einem ewigen Kirchtag.“

„Freut mich, freut mich, da werden wir wohl das Glück haben, die Damen heute Abend am Kränzchen zu sehen?“

„Wir gehen nicht,“ rief der Sattler kurz umgebunden heraus, als er aber einen Ausdruck wirklichen Bedauerns in dem gewöhnlich so ausdruckslosen Gesichte Birnstengel's bemerkte, fügte er milder hinzu, „Sie wissen ja, mein Sohn ist ankommen.“

„Wichtig, richtig, und der Herr Professor sind — verstehe, verstehe — etwas wäherisch.“

„O, mein Sohn ist gar nicht stolz,“ sagte der Alte, der sich zu blähen begann.

„Dann dürfte ich vielleicht doch so frei sein, einen Tisch zu belegen?“

Brandhofer's Gesicht hatte sich aufgehellt. Es war lange her, daß sich Birnstengel in ähnlicher Weise an ihn herangedrängt hatte. Seine Tochter, das alberne Mädel,

hatte ihn damals in seinen Bewerbungen nicht ermuntert, und er schien das schnell überwunden zu haben.

Wollte er sich nun auf's Neue um sie bemühen?

Er glaubte bereits bemerkt zu haben, daß Birnstengel in den letzten Tagen sehr viel vor seinem Laden stand und herüberglokte, es war wohl der Professor, der ihn imponierte, und das war begreiflich, er hielt ja soviel auf Bildung. Herregott, wenn es nur mit der Professur schon seine Nichtigkeit hätte, er wollte sich aufspielen! Uebrigens, was brauchte er das Mißgeschick seines Sohnes den Leuten auf die Nase zu binden, und heutzutage wird gar häufig einer Professor genannt, der es nicht ist, wer fragt darnach? Und wenn das der Milli zugute läme? wenn der Birnstengel Ernst machte? Der alte Brandhofer fand, daß es die höchste Zeit sei, das Mädel unter die Haube zu bringen, und er versprach dem jungen Meister, mit der ganzen Familie zu kommen und gab ihm die Hand darauf.

Als er darauf mit drohenden Schritten in die Küche trat, schreckten die Seinen zusammen, Jedem von ihnen steckte der Athem. Er bemerkte es und eine gewisse Jovialität legte sich um seinen breiten Mund, seine Stimme aber klang rauh und beschleunigend wie immer, als er jetzt sagte:

„Kinder, heute wird auf's Kränzchen gegangen, daß Ihr's nur wißt. Wir gehen Alle miteinander, auch die Alte wird mitgeschleppt.“

Die Familie saß sprachlos und starrte den Vater mit offenem Munde an.

Emilie sagte sich zuerst. Sie schlug entzückt die Hände zusammen und sagte sich am Kopf.

Welche Aufgabe, wenn sie heute noch den Ball besuchen wollte, was gab es da nicht zu thun und zu denken! Aber sie fühlte sich ihr gewachsen.

Es war spät am Nachmittage, als Milli von der gegenüberliegenden Seite, wo die kleinen Arbeiterhäuschen standen, sich der Brücke zuwandte, um nach Hause zurückzukehren.

Sie taug ein Paket, das in altes Zeitungspapier gewickelt war, als sie Paul Huber gewahr wurde, der soeben vor seine Thür trat.

Sie sah ein wenig verlegen aus, aber mit einem Auck

hatte sie den Gegenstand unter ihre zierliche Schürze geschoben und hielt ihn darunter fest.

Seit dem tete-a-tete im Wasser hatten die Beiden nicht miteinander gesprochen, und es war sehr hübsch von ihnen, daß sie nach jenen Hornesaussbrüchen und heftigen Worten sich heute so freundlich begrüßten.

Paul's Augen ruhten mit sichtlichem Wohlgefallen auf dem hübschen Mädchen und an sie herantretend, sagte er fast zutraulich: „Wie Sie heute wieder nett und akkurat aussehen, Fräulein Milli, es ist eine Freude, Sie anzusehen.“

Sie erröthete vor Vergnügen. „Ich mache mir das Alles selbst, Herr Huber.“

„Wirklich? Sie sind so geschickt?“

„Ei, ich habe ja nichts anderes zu thun, als für meine Toilette zu sorgen.“

Sie sagte das so munter, aber man hörte doch den Dornstachel des Bürgermädchens heraus, das sich darauf etwas für seinen Land verzenden darf.

Er schüttelte ein wenig den Kopf; als wolle er den unangenehmen Gedanken verschuncken, und sagte muthig:

„Ja, jetzt haben Sie gute Zeiten, aber warten Sie mal, wenn Sie einmal verheirathet sind und Kinder haben, dann werden Sie andere Sorgen kennen lernen.“

Sie warf den rothen Mund auf.

„Ich mag keine Kinder.“

„So haben Sie also kein Bedürfnis der Bärtlichkeit?“

Sie sah so recht mädchenhaft lähl aus.

„Was weiß ich? Ich denke noch nicht an so etwas, damit hat's noch Zeit.“

Er hob den Zeigefinger und den Kopf neigend, sah über der Böfewicht von unten geradezu kecklich lachend in ihre Augen.

„Na, Fräulein Milli, gar zu lange dürfen Sie sich nicht mehr besinnen, denn wenn man einmal in den Zwanzigern ist —“

Sie wurde glühend roth.
(Fortsetzung folgt.)

Die Versicherungsanstalt in den Besitz der ihr zukommenden Beiträge zu setzen, genügt es, daß ein jeder Arbeiter über diejenigen Papiere, welche seine Jahreszahl im verfloffenen Jahre gemacht haben, der Versicherungsanstalt seines Heimathhafens eine besondere Aufstellung übersendet, welche die Kategorien der auf dem Jahrgang thätig beschäftigten gewesenen Seelente, die Anzahl der aus jeder Kategorie beschäftigten gewesenen Personen, die Dauer der Beschäftigung und eine Berechnung der hiernach für das verfloffene Jahr zu entrichtenden Beiträge enthält; Sende des Arbeiters ist es, die hierzu erforderlichen Nachweise von dem Schiffer sich rechtzeitig zusenden zu lassen. Diese Aufstellungen kann die Versicherungsanstalt auch an der Hand der Musterrollen und Musterungsprotokolle prüfen. Dadurch, daß der Arbeiter den für die Versicherung seiner Seelente des verfloffenen Rechnungsjahres zu zahlenden Betrag nach dem Schluß des Jahres in einer Summe an die Versicherungsanstalt einahlt, die auf die einzelnen Versicherten entfallende Hälfte des Betrags aber bei jeder Lohnzahlung in Abzug bringt, soll der Vorkauf genügt werden, wonach die Beiträge auf den Arbeitgeber und den Versicherten zu gleichen Theilen entfallen sollen, sowie den Vorschriften, wonach der Beitrag an die Versicherungsanstalt in vollem Betrage von dem Arbeitgeber zu entrichten ist und letzterer nur befugt bleibt, bei der Lohnzahlung die Hälfte der Beiträge in Abzug zu bringen. Um die Ausübung der für den Anspruch auf Rente wichtigen Anweisung und die Verteilung der Renten auf die Versicherungsanstalten, in deren Bezirk die Heimathhafens der für den betreffenden Seemann in Betracht kommenden Jahresgehälter sind, zu sichern, muß vorgehen werden, daß in die Seefahrtsbücher der Name derjenigen Versicherungsanstalt, in deren Bezirk der Versicherte die erste Versicherungspflichtige Beschäftigung gehabt hat, eingetragen wird, und daß die Seemannsämter im Inlande die aus den Seefahrtsbüchern und Bescheinigungen von Zeit zu Zeit von ihnen auszustellenden Nachweise der Versicherungsanstalt einsehen. Diese Nachweise können zweckmäßig in der Form der Quittungsmarken angefertigt und zusammen mit den letzteren aufbewahrt werden. Für Seelente, welche keine Seefahrt betreiben, und solche, welche zwischen Abmusterung und nächster Abmusterung an Bord beschäftigt bleiben, sowie für Schiffer benützt es bei dem Maritimen. Der Entwurf der Vorschriften verbreitet sich über allgemeine Bestimmungen; Einzahlung der Beiträge durch die Arbeiter; Anteilige Einbehaltung der Beiträge von der Steuer; Ausweis der Versicherung durch das Seefahrtsbuch; Ausweis der Versicherung durch besondere Bescheinigungen; Nachweisungen für die Versicherungsanstalten; Bescheinigungen von Quittungsarten.

Der Fleischtheuerung. Auf dem schlesischen Städtetag, der wie wir mittheilten, eine Petition wegen Oeffnung der russischen Grenze an den Kaiser zu senden, beschloffen hat, führte Oberbürgermeister Brüning-Beuthen u. a. aus, daß im ober-schlesischen Industriebezirk, der übrigens mit die niedrigsten Arbeitslöhne und die höchsten Dividenden in Deutschland zahlt, 1 Pfund Schweinefleisch, das noch vor drei Jahren 80 Pfg. gekostet habe, zur Zeit 70 Pfg. koste, was also eine Preissteigerung von 13 1/3 pCt. in drei Jahren bedeutet. Die Folge davon ist, führte Herr Brüning aus, ein verminderter Fleischverbrauch, und die weitere Folge Entartung der Bevölkerung und Widerstandsunfähigkeit derselben gegenüber Epidemien. Die Recht der Beuthener Bürgermeister hat, sieht man ja in Schwientochlowitz, Kreis Kattowitz, wo eine heftige Typhus-Epidemie wüthet.

Der preussische Landtag wird wahrscheinlich Anfang November zu einer Herbstsession zusammenkommen. Herr Miquel wird also voraussichtlich Gelegenheit haben, mit seinen Steuerreformplänen vor den Landboten zu erscheinen.

Recht wissen wir's sicher, denn Eugen Richter hat es gesagt, daß die Sozialdemokratie sich wieder „in das Geheimnis eines kleinen Jurkels zurückgezogen hat.“ Und warum? Weil der Parteitag eine Kommissiön zur Erledigung von Streitigkeiten eingesetzt hat. Der grösste Parlamentarier des Reichs freundschaftlich hat, wie es scheint, seine Parlamentarier während der Ferien vollständig verschwiegen. Sonst würde er wissen, daß in großen Versammlungen die Prüfung von Streitigkeiten, die Einvernehmung von Zeugen u. s. w. nicht vor sich gehen kann. Die Sozialdemokratie scheut das Licht der Öffentlichkeit nicht. Sie überläßt das Dunkel im Dunkel den Herrn Fortschrittlern, die hinter den Kulissen die freirechtlichen Grundzüge, mit denen sie auf der öffentlichen Bühne paradiert, schände verschadern. Herr Richter selbst, der sich als den Mann der absoluten Offenheit aufspielt, sollte damit zuerst bei sich selbst anfangen und nicht mehr mit Mannesmut hinter verschlossenen Thüren und gegen Einlasskarten seine deutsch freisinnigen Irrlehren predigen, sondern in öffentlichen Volksversammlungen. So lange Herr Richter nur in ticket-meetings, d. h. in Konventionen, zu denen nur mit Legitimationkarten Versichene Zutritt haben, seine großen Reden redet, so lange mag er sich enthalten, über Kommissionsarbeiten zu sabbern, die nur bestimmt sind, unwichtiges Material für die Erörterung im Plenum aufzubereiten.

Die alte Dame am Rhein kann ohne Lügen nicht leben. Sie läßt sich aus Berlin telegraphieren: „Veranlaßt durch die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz, findet in Berlin im November ein Kongreß der sozialdemokratischen freien Hilfskassen statt.“ Die freien Hilfskassen sind, wie Jedermann weiß, durchwegs unpolitische Organisationen, die zum großen Theil der Reaktion sich vortrefflich bewähren haben und das hervorragende Talent der Arbeiterklasse zur Selbstverwaltung glänzend bewiesen haben. Aber das gerade ist ja die Hauptursache des Grolls der „Rölnischen Zeitung“ und ihrer Sippe gegen die freien Hilfskassen. Sie greift deshalb zu niedlichen Denunziationen. Lassen wir ihr dies Vergnügen: Die würdige Alte hat in der letzten Zeit so viel Kummer gehabt, daß ihr ab und zu ein kleines Spähen zu gönnen ist.

Das preussische Kriegsministerium hat, wie gemeldet wird, an die Direktionen der Igl. Institute eine für die Arbeiter interessante Verfügung erlassen. Es heißt in der betr. Notiz: „In den Militärverhältnissen wurde bisher die Praxis geübt, daß bei schleunigen Verzierungen für die Armee der Betrieb auf diese Angelegenheiten angespannt wurde; man stellte sowohl Arbeitskräfte ein, wie irgend in den Fabrikräumen untergebracht werden konnten. Es wurde mit mehreren Ueberstunden, oft bis vierzehn Stunden täglich, sowie Tag und Nacht gearbeitet. War die Bestellung ausgeführt, so erfolgte mit einem Male eine Massenentlassung, welche den wirtschaftlichen Ruin zahlreicher Arbeiterfamilien herbeiführte. Derartige Vorkommnisse sollen künftig vermieden werden. Das Kriegsministerium hat angeordnet, daß die Institute ihre Betriebe thunlichst so einrichten sollen, daß größere Arbeiterentlassungen nicht mehr erforderlich werden.“ Es wäre erfreulich, wenn diese Nachricht sich bestätigte. Ist aber auch verfehlt worden, daß derartige Vorkommnisse, wie jüngst in Spanien, verhütet werden sollen? Eine entsprechende Instruktion an die Beamten, Werkführer u. s. w. würde sehr am Platze sein.

Der Augburger Bürgermeister Fischer, welchen die Schwaben im Februar 1890 bei der Reichstagswahl elend Schicksal leiden ließen, ein wackerer Kartellbruder, ist vom Reichstagskanzleramt eingeladen worden, an der vertraulichen Besprechung bet. die Fleischtheuerung teilzunehmen. Herr Fischer besitzt eine hervorragende Fähigkeit der politischen Auffassung, und wir können sicher sein, daß seine Ansicht niemals mit derjenigen der ausschlaggebenden Kreise kollidiren wird. Er ist ein eingetragener Schutzgöller, ein Sozialistensoldat wie er in Europa nicht, kurzum das Muster eines nationalliberalen Dreischneiders. Seine Begeisterung für Bismarck, die einst bis zur Weiskühnheit ging, hat sich glücklicherweise weit abgekühlt, daß er fähig ist, dem neuen Reichstagskanzler seine tiefgefählte

Ergebenheit mit dem ganzen Stolz seines Schwabenthums zu versichern.

Der Boykott, den die Unternehmer üben, wird nicht gehindert. Kein Staatsanwalt kräftigt nach den Verneinungen, den schwarzen Listen und anderen Rechnungsmitteln, mittelst welchen die Kapitalisten „lästige“, will sagen klassenbewußte Arbeiter brotlos machen und ins Elend stoßen. Die Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht folgendes aus Suhl in Thüringen ihr zugesandtes Urteilsbrief-Formular:

Gewehr-Fabrik
J. B. Sauer & Sohn
Verkaufshalle in Berlin, Französische Straße 40/41.
Suhl, 189
in Thüringen.
Nachstehender Arbeiter wurde heute wegen
aus unserer Fabrik entlassen und bitten wir ganz ergebenst, denselben eine Beschäftigung nicht zu gewähren.
Mit Hochachtung

Man hat es hier offenbar mit einer geheimen Verbindung zu thun, welche den Zweck hat, jedem mitleidigen Arbeiter das Fortkommen zu erschweren. Auf diese Weise umgeht das Unternehmertum den § 113 der Gewerbeordnung, welcher besagt, daß dem Arbeiter nur auf „Verlangen“ seine Führung bezeugt werden soll. Diese geheime Verbindung stellt dem Arbeiter das harmloseste Zeugnis aus, während der Urteilsbrief ihm voraussetzt. Diese Begleiterscheinungen unseres sozialen Kampfes sind für und ein untrüglicher Beweis von dem tiefen sittlichen Niveau, auf dem unsere Bourgeoisie bereits angelangt. Wir haben es wirklich herzlich weit gebracht. Es lebe die Freiheit des Erwerbs!

Geschäfts-Antisozialismus nennt treffend die „Weser-Zeitung“ die von uns enthaltene Manöver des „Chefredakteurs Karl Wald“, der so trefflich im preussischen Vereinsgesetz Bescheid weiß.

Es regt sich überall. Die in der Posamentenbranche beschäftigten Arbeiter planen die Abhaltung eines Kongresses zur Gründung einer deutschen Organisation. Als Kongressort ist Offenbach a. M. in Aussicht genommen.

Zur Reichstags-Wahl in Würzburg ist, wie uns von dort geschrieben wird, in einer überaus stark besuchten Versammlung von Vertrauensleuten des Wahlkreises einstimmig Martin Segis, Metallarbeiter in Rarth i. V., gewählt worden. Segis, ein als ausgezeichnete Fachmann in gewerkschaftlichen und Krankenversicherungsfragen wohlbekannter Genosse, ein Vertrauensmann der deutschen Metallarbeiter, hat bereits bei der Hauptwahl im Februar 1890 kandidirt und kam damals mit dem jetzt verstorbenen Dr. Stöhr in die Stichwahl. Im ersten Wahlgang erhielten damals Segis 4615, Stöhr 6107, der Nationalliberale 209 Stimmen; in der Stichwahl trug Stöhr mit 7980 Stimmen über Segis, der sich 6720 Stimmen holte, den Sieg davon. Die Ultramontanen werden einen harten Stand haben, da Viele, die sich für den katholischen Demokraten Stöhr entschieden, einem beliebigen Merkmalen ihre Stimme nicht geben werden. Wenn die Agitation, wie zu hoffen steht, gründlich durchgeführt wird, so ist zu erwarten, daß dieser Thurm des Zentrums jetzt stürzen wird. Weshalb hat in Halle den Kampf gegen das Zentrum proklamiert. Es ist die Gelegenheit geboten, die erste Schlacht zu schlagen. Glück!

Die Allstine sind los. In einem Leitartikel, der sich mit dem Parteikongreß beschäftigt, schreibt die „Berliner Zeitung“, auch ein Organ der „bürgerlichen Demokratie“, daß durch die Konflikte mit seinem Druckerpersonal berufene Blatt: „Eine gewisse Veranlassung zum Großenwahn läßt sich überhaupt in den Viebknecht'schen Ausführungen allerwärts erkennen.“ Es fällt uns nicht ein, anders als mit dem milden Lächeln heiterer Betrachtung derartigen Stillübungen zu betrachten. Die Allstine treiben es freilich ein wenig toll, und sie sollten sich wirklich Ludwig Börne's Wort hinter die Ohren schreiben: Jeder Mensch hat das Recht, ein Dummkopf zu sein; aber man soll dies Recht nicht mißbrauchen.“ Und solch einen schändlichen Mißbrauch hat sich die „Berliner Zeitung“ zu Schulden kommen lassen.

Aus der neuen Aera. Die Elberfelder „Freie Presse“ schreibt: „In den Redaktionsräumen haben wir am 18. Oktober die erste Hausung der sozialistengesessenen Zeit zu verzeichnen. Gesucht wurde nach dem Manuskript des Leitartikels der Nummer 292 der „Fr. Pr.“ vom 7. Oktober 1890. Der stellvertretende Redakteur verweigerte die Nennung des Namens des Verfassers und erhielt nach Beendigung des amtlichen Verfahrens folgende Bescheinigung: „Es wird hiermit bescheinigt, daß die unterzeichneten Gerichtsbeamten heute Redaktionsbureau und Druckerei der „Fr. Pr.“ durchsucht haben, um das Manuskript des Artikels: „Sozialismus und Religion“ in Nr. 292 vom 7. Oktober 1890, oder andere Beweismittel für die Person des Verfassers zu finden. Die Durchsuchung fand statt, weil durch den genannten Artikel Vergehen gegen § 168 St.-G.-B. und § 20 des Reichsgesetzes über die Presse von 1874 begangen worden sind und der verantwortliche Redakteur Hermann Grimpe dieser Vergehen beschuldigt ist. Verdächtiges wurde nicht vorgefunden. Elberfeld, 18. Oktober 1890. Kgl. Amtsgericht V. Dr. Scheiff, Gerichtsassessor, als Richter. Stütz, Assistent, als Gerichtsschreiber.“

Der Stöcker zieht als Reiseprediger des Antisemitismus durch Süddeutschland. Nachdem er in Karlsruhe die Sozialdemokratie manfödt geschlagen hat, ging er nach Stuttgart, um für die „Sozialmonarchie“ Propaganda zu machen und zum Kampf gegen die Vaterlandslosigkeit, die Umzugsgebanken und die Gottlosigkeit der Sozialdemokratie aufzufordern. Die Klerikale, an deren Spitze der Stöcker marschirt, ist keine beneidenswerthe Hilfsarmee für unsere Gegner.

Schweiz. Die gesprengte Tessiner Regierung ist wieder ins Amt getreten. Doch sind die Hälereien zwischen Liberalen und Ultramontanen noch lange nicht zu Ende, und der Bund wird wohl noch manchmal mit Energie eingreifen müssen. Der Streit selbst ist ein Konflikt zweier bürgerlicher, um die politische Macht ringender Parteien. Aber die Tessiner Bourgeoisliberalen haben noch eine „revolutionäre“ Ader und pfeifen, um ihre Zwecke zu erreichen, unter dem Beifall der schweizerischen Großbürger, die über die Sozialisten nicht genug sich ereifern können.

Frankreich. Ueber die französische Achtsundentag-Grhebung wird gemeldet: Auf die vom französischen Finanzminister versandten Fragebogen bezüglich der Arbeitsbedingungen sind schon zum größten Theil die Antworten eingelaufen. Alle Handels- und Gewerbelkammern sprechen sich gegen eine staatliche Regelung der Arbeiterfragen aus. Von den Gewerkschaftsbereinigten und Frachvereinen sind die einen für 9 bis 10, die anderen für ständige Arbeitszeit. — Von den vom Kammerausschuß bezüglich der Arbeiterfragen versandten 150 000 Fragebogen wurden bis jetzt nur 35 000 beantwortet. Die meisten Antworten sprechen sich für den Achtsundentag aus. Die Frage, ob die achtstündige Arbeitszeit eine Verbilligung der Produktion hervorgerufen werde, beantworteten die Handelskammern mit „Ja“, die Arbeiter dagegen mit „Nein“. Die Untersuchung hat ferner festgestellt, daß fremde Arbeiter in manchen Gewerben in großer Zahl verwendet werden und denselben Lohn wie die französischen beziehen. Das Endergebnis der Erhebungen ist erst in drei Monaten zu erwarten. Daß die französischen Unternehmer bezw. ihre Organisationen, die Handels- und Gewerbelkammern gegen eine Herabsetzung der Arbeitszeit sind, ist einleuchtend. Die Kunde, daß die heilige Mehrerwertherzeugung gestört werden könnte, läßt sich eben nicht hindern. Was nicht hindert, daß die Arbeiterklasse-Gesetzgebung sich doch Bahn brechen wird.

Mouvier, der französische Finanzminister, ein Bourgeois sans phrase, wird beschuldigt, seine Stellung zu schmutzigen Finanzspeculationen ausgenutzt zu haben. Herr Mouvier ist ein raffinierter Streber, dem man derartige Töchtelei schon zutrauen kann. Der pharisäische Hochmuth aber, mit welchem die deutsche Kapitalistenpresse auf diese Geschichte herabsticht, ist geradezu widerlich. Als ob nicht auch anderwärts, außerhalb Frankreichs, Staatsmänner ihre Kenntniss der politischen Lage zu Börsenspekulationen ausgenutzt und sich so bereichert hätten? Der Unterschied ist nur der: in diesen nicht-französischen Gebieten, sagen wir im Feuerland oder bei den Kapriz, blieb dieser beliebige Staatsmann am Ruder, und es gab keine öffentliche Kritik, die sich an ihn hätte herauwagen dürfen. Denn es giebt keine Press- und Redefreiheit bei den Patagoniern und in Afrika. In Frankreich wird solch ein Gentleman an den Pranger gestellt und muß gehen, wenn seine Schuld erwiesen ist. Man denke an Wilson, der seinen Schwiegervater Grevy, den Präsidenten der Republik, mit in den Abgrund riß. Für jene anderen barbarischen Gebiete aber gilt das Wort des großen Hömmer: „Die kleinen Missethäter liegen in Ketten und Banden, die öffentlichen Diebe prangen in Gold und purpurnen Gewändern.“

Holland. Der geisteskranke König der Niederlande, den sein zerrüttetes Gehirn nicht am Regieren verhindert, ist wieder einmal dem Tode nahe. Ogensterna hat Recht . . .

Belgien. Chauvinistische? Aus Brüssel wird unterm 18. Oktober gemeldet: „Große Unordnung entstand heute Mittag vor dem hiesigen Rathhause bei Gelegenheit der Wiedereröffnung der Vorlesungen der Universität Brüssel. Rektor Philippson mußte den Eröffnungs-Aktus im Festsalle des Rathhauses vornehmen; die Studenten jedoch verhinderten ihn daran, indem sie brüllten: „Nieder mit dem Deutschen Philippson“, „Demission“. Die Polizei mußte endlich dazwischentreten und mit Gewalt den Saal und die Korridore des Rathhauses räumen.“ Philippson ist jener Geschichtsschreiber, dem die preussischen Staatsarchive verschlossen wurden, weil er die preussische Bureauführung, wie sie war, gezeichnet hat. Es bleibt abzuwarten, was die Brüsseler Demonstration veranlaßt hat.

Spanien. Die Karolinen, wegen derer einst Bismarck mit den Hidalgos sich zankte, machen diesen allerlei Sorgen. Die Eingeborenen wehren sich gegen die „Zivilisation“ und werden deshalb „gezügelt“. Spanische Kriegsschiffe treten in Aktion, es wird geschossen, gefengt und gebrannt. So trägt man die christliche Kult-ur unter die Wilden. Die Deutsch-Kristianer wissen auch ein Liedchen davon zu singen.

Amerika. Die Wahlen in Brasilien ergaben eine erdrückende Mehrheit für die Republik. Dom Pedro wird also im Exil bleiben.

Asien. „Verfassungsstaat“ wird Japan nach preussisch-deutschem Muster. Das neue japanische Gesetz über das Versammlungs- und Vereinsrecht ist fast so schön, wie das königlich-sächsische. Kein Soldat, kein Beamter, kein Jögling einer öffentlichen oder Privatanstalt, kein Minderjähriger und kein Frauenzimmer überhaupt darf an einer Versammlung Theil nehmen. Versammlungen dürfen nicht abgehalten werden, wenn die Möglichkeit von Unruhestörungen vorhanden ist; ferner nicht, während das Parlament tagt, und wenn der Zweck der Versammlung ist, einen Angeklagten zu schämen. Die Polizei darf jede Versammlung auflösen, wenn sie gegen das Gesetz verstößt. Die Verantwortlichen werden mit 50 bis 500 Fr. und Gefängnis von 11 Tagen bis 6 Monaten bestraft. Zu jeder Versammlung muß die polizeiliche Erlaubnis eingeholt und deren Zweck erklärt werden; jeder Versammlung wohnt ein Regierungsbeamter bei. Das politische Vereinsrecht ist nach dem neuen Gesetz noch strenger als das alte. Die Umgestaltung der japanischen Volkswirtschaft aus einer feudalen in eine kapitalistische geht mit Riesenschritten vorwärts. Die außerordentlich hochentwickelte Kleinbauernwirtschaft ist in ihren Grundzügen durch die Umwandlung der an die Grundherren zu zahlenden Naturalrente in Geldrente bedroht, der moderne Kapitalismus bricht sich in der Agrikultur und im Gewerbetreiben Bahn, und die Zwangspolitik gegen jede Opposition wird vorgeführt, ganz wie in Europa.

Briefkasten der Redaktion.

- Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Cultivierung beizufügen. Brieflich Antwort wird nicht erteilt.
- O. H. 17.** Wenn Sie sich mit dem Verklagten geeinigt und die Klage zurückgenommen haben, so brauchen Sie zum Termin nicht zu erscheinen. Sehen Sie sich aber mit dem Verklagten in Verbindung, daß er ebenfalls nicht erscheint.
- B. 00.** 1. Wer trotz Aufforderung seitens des Richters sich weigert, während der Erhebungsleistung auszuführen, kann wegen Ungehörigkeit bestraft werden. 2. Wegen Alimente für uneheliche Kinder dürfen unentbehrliche Kleidungsstücke, z. B. Winterüberzieher und ein guter Anzug nicht gepfändet werden, und ist Lohnarrest unstatthaft. 3. An Sonntagen darf nur mit Erlaubnis des Amtsgerichts, die aber nur in Ausnahmefällen erteilt wird, gepfändet werden. An Wochentagen darf der Gerichtsvollzieher kommen von Morgens 9 Uhr bis Abends 9 Uhr, in der Zeit vom 1. April bis 30. September schon von Morgens 4 Uhr ab. 4. Sachen, welche die Ehefrau während der Ehe gekauft hat, unterliegen wegen Schulden des Mannes der Pfändung, außer wenn dieselben mit Mitteln aus dem Eingebachten der Frau oder, falls ein gerichtlicher Vertrag über Rückschluß der Gütergemeinschaft errichtet ist, mit dem Gelde angeschafft sind, welche die Ehefrau durch eigene Thätigkeit sich erworben hat. 5. Sachen, die man der Braut geschenkt hat, unterliegen nicht der Pfändung, außer wenn die Schenkung angefochten wird.
- A. 7.** 1. Ihr Eingebachtes kann weder wegen der Gewerbesteuer noch wegen Geschäftsschulden Ihres Mannes gepfändet werden. — 2. Schließen Sie auf dem Amtsgericht mit Ihrem Mann einen Vertrag über Anschluß der Gütergemeinschaft ab. Was Sie alsdann durch eigene Thätigkeit erwerben, wird Ihre alleiniges Eigentum und unterliegt nicht der Pfändung wegen Schulden Ihres Mannes.
- O. H. 300.** Sie können den bisherigen Boden behalten und das Schloß an denselben lassen.
- Oesterreicher.** Wenn es ein gedelliger Klub ist, so ist polizeiliche Anmeldung nicht erforderlich.
- F. O. Hopskloster.** Leider müssen wir Ihnen mittheilen, daß der Wirth auf Zahlung der Bräunmerando-Miethe bei Vermeidung der Ermiffion bestehen kann.
- O. H. 01.** Ihre früheren Briefe hatten wir nicht erhalten. Wenn Sie mit der Ehecheidung einverstanden sind, so brauchen Sie keinen Rechtsanwalt. Wenn Sie aber wollen, daß Ihre Ehefrau für allein schuldig erklärt wird, so müssen Sie durch einen Rechtsanwalt Schuldfrage erheben. Zu näherer mündlicher Auskunft sind wir bereit.
- F. H. 10.** Ihr Rauchklub braucht nicht polizeilich angemeldet zu werden.
- 101 B. 2.** 1. Nein. 2. Nein.
- O. H. 5.** Polizeiliche Anmeldung ist nicht erforderlich.
- 2. Wirtende. 3. Wahlkreis.** 1. Wegen Klammertend am 30. September kann man nicht bestraft werden. 2. Der Bestreute kann auf Antrag des Chemanns mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft werden, außer wenn er nicht gewußt hat, daß die Frau verheiratet war.

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 240.

Mittwoch, den 15. Oktober 1890.

7. Jahrg.

Der Partei-Kongress.

Halle, den 14. Oktober.

Kurz nach 9 Uhr eröffnet Dieg die Verhandlungen. Die Mandatprüfungs-Kommission wird ihre Arbeiten im Laufe des Vormittags beenden. Vorläufig ist festgestellt, daß außer den Abgeordneten 410 Delegierte, darunter 3 Frauen erschienen sind.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt **V. r. d. t. Berlin**, daß die Angelegenheit, er sei in einer Wahlversammlung des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises als Spitzel bezeichnet worden, irrig sei. Der Irrthum sei vielleicht dadurch entstanden, daß in jener Versammlung ein Brief Stadtthagens verlesen worden sei, der von der Wahl Grothes abtriet.

Demnach wird ein Schreiben des Redakteurs der „Volks-Tribüne“, **Dr. Konrad Schmidt**, verlesen, welcher erklärt, er sei von keiner Seite zu jener Notiz gegen Viehbesitz gedrängt worden, sondern müsse die Verantwortung selbstständig übernehmen.

Die Wahl der Untersuchungskommission, die aus 9 Mitgliedern zu bestehen hat, soll durch Stimmzettel erfolgen. Es liegen eine Reihe Anträge hierzu vor, darunter zwei, die der Vorsitzende als selbstverständlich bezeichnet, daß nämlich zur Kommission weder Berliner, noch Mitglieder der Fraktion gehören dürfen. Die Namen der Vorgesprochenen sollen gedruckt und um 1 Uhr vertheilt werden. Die Mandatprüfungs-Kommission wird die Feststellung der Gewählten übernehmen.

Ein Geschäftsordnungsantrag, das Prinzip der Schließung der Redezeit einzuführen, wird abgelehnt.

Es wird in die Tagesordnung eingetragen.

Zur Verhandlung steht: Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion.

Berichterstatter **Singer**.

Singer: Parteigenossen! Es kann hier nicht meine Aufgabe sein, Sie mit allen Einzelheiten der Verhandlungen im Parlament zu beschäftigen. Sie alle stehen im öffentlichen Leben und haben unsere Thätigkeit im Reichstage aufmerksam verfolgt. Nur in großen Zügen will ich Sie beleuchten und daran anschließend einen Blick auf unsere Taktik werfen. Wir hatten im Reichstag über die Etats zu verhandeln, die ihm alljährlich vorgelegt wurden. Wir haben nach wie vor aus prinzipiellen Gründen gegen den Etat gestimmt, weil wir damit einen Protest einlegen wollten gegen das System Bismarck, das dem Namen nach gefallen, in der That aber weiter besteht. Wir wollten damit protestieren gegen den Militarismus, der das Mark des Volkes verzehrt. Wie wir uns die Beschäftigung des Volkes denken, ist bekannt. Der Militarismus ist die unerlässliche Vorbedingung für unsere Emancipation. Nicht gleich den wilden Thieren sollen sich die Völker bis an die Zähne bewaffnet gegenüberstehen, deshalb stimmen wir gegen den Etat. Auch unsere Stellung zu der Steuerfrage ist bekannt. Wir sind Gegner der indirekten Steuern, die das Volk belasten. Mögen die Besitzenden, die den Militarismus brauchen, ihm auch bezahlen, nicht die Arbeiter, die schon gesungen sind, ihr Blut für ihn hinzugeben. Wir haben einen Antrag auf Aushebung der Getreidezölle eingebracht, der nach Wiederauftritt des Reichstages zur Verhandlung kommen wird, wobei wir auch die verheerende Wirkung dieser Politik zu Gunsten der Agrarier brandmarken werden. Bei den Verhandlungen über das Sozialengesetz haben wir jene Enthaltungen gebracht, welche die Schande des Spiegels und Lospiegelthums Europa zeigten. Die Majorität des Reichstages hatte soviel Schamgefühl im Leibe, daß sie drakonischen Verschärfungen unter dem Eindruck unserer Mittheilungen ablehnte. Auch bei der letzten Verhandlung über das Sozialengesetz waren wir auf dem Platze. Die National-Liberalen stimmten gegen die Ausweisung und nur unter dieser Bedingung für die Verewigung, weil sie sich für den Wahlkampf mit einigen Jegen Liberalismus schmücken wollten. Das Gesetz kam nicht zu Stande. Der Gott in Friederichsruhe schwieg. Der Reichstag war ohne Directive. So fiel jenes Monument der Schande, zertrümmert durch die Sozialdemokratie. Bereits 1884 hatten wir den Arbeiterschutz-Gesetzentwurf eingebracht. In dieser Session brachten wir ihn wieder ein. Aber

auch die anderen Klassen haben in dem Wettrennen um die Gunst der Arbeiter, in dem naiven Glauben, dadurch die Arbeiter zu veranlassen, bei den Wahlen für sie zu stimmen, den Arbeiterschutz in beschränktem Umfang anerkannt. Früher verhielt sich die Regierung durchaus ablehnend, sogar die selbstverständlichen und humansten Schutzvorschlüge stießen auf Widerstand. Das hat sich nun in der neuen Aera geändert. Die Regierung hat einen eigenen Entwurf eingebracht. Wir haben in erster Lesung Stellung zu ihm genommen. In der 28. Kommission sind wir mit 3 Genossen vertreten, die dort die Anträge aus unserem Entwurf einbringen. Was die Regierung will, mit dem Arbeiterschutz den Arbeitertum zu verbinden, wird uns veranlassen, die gänzliche Haltlosigkeit der offiziellen Sozialreform an diesen Vorschlägen nachzuweisen. (Beifall.) Gegen das biöchen Zuckerbrot von Arbeiterschutz geben wir die Koalitionsfreiheit der Arbeiter nicht preis. Wir wollen, daß nicht der „Kontraktbruch“ mit Strafe belegt wird, sondern daß die Unternehmer bestraft werden, wenn sie dem Arbeiter das Koalitionsrecht zu verflümmern wagen. (Bravo.) Die Arbeiterschutzvorlage wird uns zur Kennzeichnung unserer Gegner und ihrer Ablichten dienen. Durch den besten Arbeiterschutz wird das kapitalistische System nicht beseitigt. Und nur durch die Beseitigung der privatkapitalistischen Produktionsweise kann den Arbeitern ihr Recht werden. Gefördert und gewährleistet kann dieses Ziel aber nur, wenn wir uns die Soldaten für diesen Befreiungskampf nicht degenerieren lassen. Das soll der Arbeiterschutz bewirken. Durch all die verschiedenen Einrichtungen soll die Arbeiterklasse gekräftigt werden und in diesem Maße wird die Armee, welche für die Neuorganisation der Gesellschaft kämpft, kräftiger und schlagbereiter werden. — Wir sind Gegner der Kolonialpolitik, weil ihre Wirkung nur den bestehenden Klassen zu Gute kommt, und weil wir nicht Deutsche im ungesunden tropischen Klima zu Grunde gehen lassen wollen. Wenn man uns zurück: Es gilt den Kampf gegen die Sklaverei in Afrika! rufen wir: Wir haben die Sklaverei noch in Deutschland. Euer angeblicher Kampf um ideale Zwecke ist nur ein Vorwand für Euer Eintreten für Geldsackinteressen. — Wir kämpfen weiter noch gegen die Beschränkung der Dessenlichkeit des Gerichtsverfahrens. — Wir haben gegen das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz, freilich aus anderen Gründen, als seine sonstigen Gegner, Zentrum und Deutschfreisinn, gestimmt. Wir stimmten gegen das Gesetz, weil es uns zu wenig für die Arbeiter bot. Das Bettelgeld der Invaliditätsrente hätte Deutschland sich schämen müssen, den Arbeitern zu bieten. (Sehr richtig.) Wir konnten das Gesetz nur betrachten als veränderte Armenverfassung. Sind doch Armenunterstützungen an einigen Orten Deutschlands höher, als die Unterhaltungen, die auf Grund des Gesetzes geleistet werden. Mit der Grundlage des Gesetzes waren wir einverstanden. Hätte man unsere verschiedenen Forderungen nicht abgelehnt, so hätten wir für das Gesetz gestimmt. Die Regierung glaubt, dieses Gesetz würde uns die Wähler nehmen. Nun, der 20. Februar hat das Gegenteil gezeigt. (Bravo.) Die Regierung brach das Septennat und verlangte Erhöhung der Friedenspräsenzstärke und veränderte Formation. Wir stimmten dagegen, stimmten auch gegen die Resolutionen des Zentrums, welches dem Volke damit Sand in die Augen streuen wollte. (Sehr richtig.) Wir rissen ihm die Waage vom Gesicht. Der Militarismus ist das Unheil der Völker, seine Kosten können auf die Dauer nicht geleistet werden. Deshalb Schaffung eines Milizheeres! — Auch zu der Vorlage — Errichtung von Gewerbe-Schiedsgerichten — brachten wir Abänderungs-Anträge. Aber auch hier hat sich gezeigt, wie man Sozialreform macht. Wir stimmten schließlich gegen die Vorlage, weil man den Arbeiterinnen das Stimmrecht nicht gewährt, den freien Hilfslosenmitgliedern das Wahlrecht genommen hat und weil die Altersgrenze für das Wahlrecht zu hoch ist. Das Gesetz ist für viele Städte eine Verschlechterung der bisherigen Zustände. — Selbstständige Anträge brachten wir ein auf Ergänzung des Unfallversicherungsgesetzes. Die Regierung erklärte, sie werde noch im Laufe der Session einen eigenen Ergänzungsentwurf einbringen. — Wir heben die Erhöhung der Bezüge der unteren Beamten beantragt und die Regierung veranlaßt,

selber mit einer Vorlage zu kommen. Freilich verquickte sie die Erhöhung der Gehälter der Offiziere damit, aber der Reichstag lehnte die Verquickung ab. — Weiter haben wir eine Verfassungsänderung beantragt, wonach der Reichstag selbstständig, wie es in England ist, das Recht erhält, Untersuchungskommissionen einzusetzen und Enquêtes zu veranstalten. Der Antrag ist noch nicht zur Verhandlung gekommen. Soweit unsere Thätigkeit im Einzelnen — nun die allgemeinen Gesichtspunkte! Die große Majorität der Partei ist mit dem Parlamentarismus einverstanden. Kein Verständnis ist dafür vorhanden, daß man wählen will, daß die Gewählten aber nicht arbeiten sollen. (Sehr richtig.) Die Befürchtung, daß wir dadurch zu einer Possibilisten-Partei werden können, ist unbegründet. Der Parlamentarismus ist wesentlich ein Mittel der Agitation. Aber die Agitation wird nicht nur bei der Wahlbewegung, sie wird durch unsere Thätigkeit im Reichstage gefördert. Durch die Nachweisung der Schäden im Einzelnen, durch unablässige, ernste Arbeit, durch strenges Festhalten am Prinzip, durch Abweis aller Kompromisse fördern wir die Partei. Es hieß, die schneidigste Waffe wegwerfen, wenn wir darauf verzichteten. Die parlamentarische Thätigkeit entspricht dem Interesse der Partei nicht nur wegen der Agitation, sondern auch dadurch, daß wir bei jeder Gelegenheit das Beste für die Arbeiterklasse zu erreichen suchen. Beschäftigen sich jetzt die herrschenden Klassen allerdings im kleinsten Umfang mit Sozialreform, so verdankt man das der parlamentarischen Thätigkeit. (Sehr richtig.) Ich habe die Hoffnung, daß der Partei die Ueberzeugung gewinnen wird, daß die parlamentarischen Vertreter der Partei ihre Schuldigkeit im vollen Umfang gethan haben, daß sie gearbeitet haben treu im Dienste des deutschen, des internationalen Proletariats. (Stürmischer Beifall.)

Fischer-London und Dertel-Mürnberg beantragen folgende Resolution:

Der Parteitag erklärt, daß die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion sowohl den Beschlüssen des St. Gallener Parteitagess entsprach, als auch die aus der Aenderung der politischen Parteigruppierung für die deutsche Sozialdemokratie erwachsenen Verpflichtungen völlig erfüllt hat.

Der Parteitag fordert die Fraktion deshalb auf, wie bisher die prinzipiellen Forderungen der Sozialdemokratie gegenüber den bürgerlichen Parteien und dem Klassenstaat rücksichtslos zu vertreten; ebenso aber auch die auf dem Boden der heutigen Gesellschaft möglichen und im Interesse der Arbeiterklasse notwendigen Reformen zu erstreben, ohne über die Bedeutung und Tragweite dieser positiven gesellschaftlichen Thätigkeit für die Klassenlage der Arbeiter in politischer wie ökonomischer Hinsicht Zweifel zu lassen, oder Illusionen zu wecken.

Zur Begründung der Resolution Fischer-London: Auf dem Parteitag ist wohl ein Urtheil über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion keinerlei Meinungsverschiedenheit. Aber eine ausdrückliche Kundgebung ist nöthig gegenüber der That-sache, daß seitens der sogenannten Opposition der Standpunkt des Gegentheils eingenommen worden ist. Redner bezeichnete einen solchen Radikalismus als impotent. Auf die Einzelheiten des Referats brauche ich kaum einzugehen, da ich nur wiederholen könnte, die Taktik der Fraktion hat sich bewährt. Die Bruderparteien des Auslandes schließen sich ihr an. Die That-sache, daß wir heute wieder hier tagen können, beweist, daß unsere Kampfweise in den verflochtenen Jahren die richtige war. Die Fraktion hat den Anspruch auf das Anerkennung des Parteitagess, daß sie ihre Schuldigkeit gethan hat.

Die Diskussion wird eröffnet.

Nädt-Heidelberg: Die Fraktion hat die Interessen der Partei in politischer und sozialer Hinsicht treu vertreten und unseren Dank verdient.

Hug-Wilhelmsbaven: Die Angriffe der kleinen Berliner Clique auf den Parlamentarismus haben in der Provinz kein Echo gefunden. Redner wünscht, daß die brutalen Verfalls-ordnungen im Reichstage beleuchtet werden.

Hilmer wünscht zur Geschäftsordnung, daß persönliche Angriffe unterbleiben.

Zum Fall Lindau.

Die Herren Mofse und Cohn, zwei Verbündete und Schwäger, haben nunmehr die freie Meinungsäußerung in der ehemaligen demokratischen „Volks-Ztg.“ absolut auf den Marktender von Marsala gebracht.

Das Organ für Jedermann aus dem Volke“ gestattet demjenigen Redakteur, ohne welchen die „Volks-Ztg.“ ihre absolute Bedeutungslosigkeit herabfallen und dadurch ihre Existenzberechtigung verlieren wird, nicht einmal das Wort in den eigenen Spalten; Herr Dr. Mehring muß sich an die „Kreuz-Ztg.“ wenden, um die folgenden neuen Heldenthaten des „Lindau-Ringes“ zu veröffentlichen. Die „Kreuz-Ztg.“ besitzt Takt genug, dem politischen Gegner das Wort zu geben.

Das konservative Organ schreibt:

Wir erhalten folgende Zuschrift, der wir Aufnahme gewähren, weil wir aus dem Inhalt derselben entnehmen zu können glauben, daß Herr Mehring nicht mehr in der Lage ist, den Abdruck derselben in der „Volks-Ztg.“ zu ermöglichen:

Gestatten Sie mir, Sie um die Veröffentlichung folgender Zeilen zu bitten.

Als ich mein Schriftchen „Der Fall Lindau“ ausarbeitete, fand sich eines Tages Herr M. A. Klausner vom Berliner Börsen-Courier, als Freund und Vertrauensmann des Herrn Paul Lindau, in meiner Wohnung ein, um mich durch sehr ungewöhnliche Argumente, die ich aus Rücksicht auf Herrn Lindau nicht detaillieren will, von der Veröffentlichung meiner Broschüre abzuhalten. Wenige Tage später suchte Herr Stein, der hiesige politische Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, mich auf, im Auftrage des Herrn Lindau und mit der Absicht, mir nachzuweisen, daß dieser Herr dem Fräulein v. Schabelsky nie habe ein Leid zuzufügen wollen. Er hatte hierfür zwar nur einen, aber, wie er annahm, um so durchschlagenderen Beweis in der Tasche; er meinte nämlich, wenn Herr Lindau seine frühere Freundin hätte beiseite lassen wollen, so wäre es ihm vermöge seiner verwandtschaftlichen Beziehungen leicht gewesen, sie als Ausländerin aus Berlin politisch auszuweisen zu lassen. Da mir keine preussische Behörde bekannt war, welche berufen ist, die Nachhefte der Familie Lindau auszuführen, so konnte ich kein überauswünschliches Verdienst darin erblicken, daß Herr Paul Lindau gelassen hatte, was er nicht thun konnte. Herr Stein meinte dann aber noch,

indem er auf dieselben Dinge hindeutete, wie Herr Klausner, dies mache Herrn Paul Lindau die Sache besonders schwer; in seinen Briefen an Fräulein v. Schabelsky fanden sich Sätze, die einen nahen Verwandten von ihm in privater und politischer Beziehung sehr bloßstellten, und der Gedanke, daß diese Briefstellen im Laufe der Polemik in Mitleidenschaft gezogen werden könnten, sei ihm völlig unerträglich. Hierüber beruhigte ich Herrn Stein vollständig, versprach zu allem Ueberflusse aber, die betreffenden Papiere auf den angegebenen Gesichtspunkt hin nochmals einer besonders genauen Prüfung zu unterziehen und richtete am nächsten Tage, den 22. v. M., folgendes Schreiben an Herrn Stein:

„Im Verfolg unserer gestrigen Unterredung habe ich die betreffenden Papiere nochmals durchgesehen. Sie können Herrn Lindau vollkommen darüber beruhigen, daß, so lange ich die Sache in der Hand habe, alles in die Politik oder seine sonstigen, privaten Verhältnisse Streifende unberührt bleiben wird. Ich habe nicht den geringsten Haß gegen ihn, und was ich thun kann, um seine persönliche Stellung zu erleichtern, wird stets gern geschehen, wie ich denn auch einen betreffenden Abschnitt meiner Broschüre eingestrichelt habe. Ich bitte nur darum, daß gegebenenfalls Sie so freundlich sind, die Vermittelung zu übernehmen, mit Klausner, den ich mir heute wiederholt abschütteln mußte, und ähnlichen Leuten will ich nichts zu schaffen haben. — Selbstverständlich wird sich an dieser meiner Auffassung nichts ändern, wenn Herr Lindau sich noch so rücksichtslos verteidigt oder mich gerichtlich belangt. Das ist sein gutes Recht, dessen Gebrauch ich der Letzte sein werde, ihm übel zu nehmen.“

Ich setze voraus, daß Herr Stein dies Schreiben dem Herrn Lindau, in dessen Auftrage er zu mir kam, mitgetheilt hat. Es scheint indessen, daß der „im Grunde gute Kerl“, als welchen ich Herrn Paul Lindau auf das Flehen seiner Freunde in meinem Schriftchen kennzeichnete, gründliche Arbeit liebt. Nachdem meine Beziehungen zur Tagespresse sich auf ein formell-kontraktliches Verhältnis von beschränkter Dauer herabgemindert haben, überließ vorgestern Herr M. A. Klausner das Fräulein v. Schabelsky an einem dritten Orte und stellte ihr vor, nun werde sie doch endlich auf ihre wahren Freunde hören. Außerhalb Berlins gebe es ja so schöne Gegenden, wo es ihr an Mitteln nicht

fehlen solle, ein herrliches Leben als Schauspielerin und Schriftstellerin zu führen. Vor allem aber solle sie ja ihre vom Rechtsanwält Munkel übernommene Prozeße gegen ihre Verfasser einstellen; sie dürfe nicht vergeßen, daß sie jeden Tag ihrer polizeilichen Ausweisung aus Berlin gewärtig sein könne.

Selbstverständlich sehe ich in dieser Ankündigung nur eine ebenso leere, wie boshafte Drohung. Wäre es so denkbar, wie es undenkbar ist, daß eine preussische Behörde sich zu Racheakten für den Lindau-Ring hergibt, so würde ich nicht an die Dessenlichkeit appellieren, sondern eine andere Instanz um Schutz für ein hilfloses Weib anrufen. Aber leer wie die Drohung ist, ist sie deshalb nicht weniger boshaft. Fräulein v. Schabelsky, welche eben wieder ein wenig Athem geschöpft hatte, um ihr Ziel zu erreichen, ein Ziel, welches kein anderes ist, als sich durch eheliche Arbeit eine bescheidene und ehrbare Existenz zu gründen, sieht sich, kaum daß man mich lahm gelegt zu haben glaubt, wieder den Qualereien ihrer Feinde preisgegeben; sie ist keinen Tag — gestern ist Herr M. A. Klausner auch schon in ihrer Wohnung erschienen, freilich nur um abgewiesen zu werden — vor neuen Verhängnissen sicher, und diese unglückliche Frau, die zehnfach abgequält hat, was immer sie geschlitten mag, muß schließlich unterliegen, wenn sie nicht dauernden Schutz vor dem Lindau-Ring erlangt.

Diesen Schutz kann ihr aber, so wie die Dinge liegen, nur ein Appell an die Dessenlichkeit geben. Da die „Kreuz-Zeitung“ zu der geringen Minderzahl der hiesigen Presseorgane gehört, welche sich noch offen zu der in unserer auf-gelärten und vorgeschrittenen Zeit recht altwätersich gewordenen Ansicht zu bekennen wagen, daß eine schuldlose Frau nicht todgegeben werden darf, so hoffe ich, daß Sie, Herr Redakteur, die vorliegenden Zeilen in die nächste Nummer Ihres Blattes einreichen werden, und ich bitte Sie gleichzeitig, meinen Dank für diese, einem politischen Gegner erwiesene, Gefälligkeit entgegenzunehmen zu wollen. Im Interesse des Herrn Paul Lindau, sowie seiner sämtlichen Sippen und Magen will ich wünschen, daß diese Veröffentlichung allen Belästigungen des Fräuleins v. Schabelsky ein endgültiges Ziel setze.

Mit vorzüglicher Hochachtung ergebens
Dr. Franz Mehring.
Berlin, 13. Oktober 1890.

Herbert Stettin: Die praktische Thätigkeit im Reichstage muß sich auch auf die Landbevölkerung erstrecken. Die Fraktion solle einen ständigen Agitations-Ausschuß einsetzen, der die Redner für die Provinzen verteilt und im Falle der Verhinderung des einen für einen Ersatzmann Sorge trägt.

Werner-Plagdeburg (am Berichterstatterisch schwer zu verstehen) hält die Taktik der Fraktion für durchaus richtig und erprobt.

Vollmar und Genossen beantragen folgende Resolution: 1. Der Parteitag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen aufzufordern, um die durch das verurteilte Ausnahmegesetz angerichteten Schäden einigermaßen gut zu machen, das auf Grund der willkürlichen Bestimmungen dieses Gesetzes weggenommene Eigentum an Körperschaften und Personen wieder herauszugeben.

2. Der Parteitag wolle beschließen: Die Partei hat für die nächste Zeit eine hauptsächlich Wirksamkeit dahin zu richten, daß das vorhandene Koalitionsrecht nicht nur im ganzen Umfange aufrechterhalten und gegen jede und immer geartete Vereinträchtigung thätkräftig geschützt, sondern weiter bis zur vollen Versammlungs- und Verbindungs-freiheit entwickelt wird. Als ein notwendiges Mittel zum Schutze des Koalitionsrechtes der Arbeiter gegen die unterdrückerischen Bestrebungen des Unternehmertums ist ein Gesetz anzufordern, welches jeden Versuch, das Koalitionsrecht oder die sonstige Ausübung der gesetzlichen Rechte zu hindern oder zu erschweren, unter nachdrückliche Strafe stellt.

Resolution 1 wird zurückgestellt, weil sie nicht zu dem zur Verhandlung stehenden Punkte der Tagesordnung gehört.

Vollmar, nach einigen geschäftsordnungsmäßigen Bemerkungen: Der Ach- und Wehsehrei der Bourgeoisie lehrt, daß wir auf dem richtigen Wege sind und ihn weiter gehen müssen. Das spricht mein Antrag aus. Die Fraktion soll bei erster Gelegenheit den Antrag stellen.

Fleischmann: Eine Zeit lang war ein revolutionäres Renommiren viel in Mode, so daß man oft nicht wußte, ob man einen Anarchisten oder einen unklaren Sozialdemokraten vor sich habe. Wir wollen den Militarismus boykottieren, d. h. ihm nie Gelegenheit zum Einpausen geben.

Liebkecht: Das Koalitionsrecht wird in seiner Wichtigkeit von der Fraktion nicht verkannt. Ein Ansturm gegen den Parlamentarismus ist hier nicht erfolgt; also muß ich mich an die Angriffe der Presse halten. Wo allgemeines Wahlrecht besteht, kann man vom Parlamentarismus im alten Sinne des Wortes nicht reden. Taugt die Volksvertretung nichts, so liegt der Fehler nicht im Parlamentarismus, nicht im Wahlrecht, sondern in der Dummheit der Massen, die unsere Gegner wählen. Unser Kampf ist ein Kampf um die indifferente Masse, die wir erobern wollen. Das war der größte Schaden, den die Opposition anrichtete, daß sie unseren Gegnern Gelegenheit gab, die indifferente Masse gegen uns einzunehmen. In Deutschland sind wir eine Macht geworden. Die anarchische Taktik aber hat Fiasco gemacht. Parlamentarismus ist nicht identisch mit Kompromissen. Die richtige Linie ist von der Fraktion eingehalten worden. Wir haben nie unsere Grundzüge im Reichstage verleugnet. Das allgemeine Stimmrecht ist das mächtigste Mittel zur Erziehung der Massen, zur Propaganda. Eine Reichstagswahl wählt die Massen auf. Fürst Bismarck hat den Wählergang betrieben, auch wir suchen die Wähler zu gewinnen, aber wir sind nicht imstande ihnen nichts vor. Meine frühere Taktik, meine Rede von 1869 wird mir vorgeworfen. 69 war alles im Fluß, es war nicht sicher, ob das künstliche Erzengnis des Norddeutschen Bundes bestehen bleiben würde. Die weitere Entwicklung konnte ich nicht voraussehen. Wir müssen siegen. Die Taktik richtet sich nach den Umständen. (Stürmischer Beifall.)

Werner-Berlin: Ich hätte gewünscht, der Vorsitzende hätte Ausdrücke wie Berliner Ligue gesagt.

Dieh: Eine Kritik des Bureau's kann ich nicht zulassen.

Werner: Mit der Resolution Fischer kann ich mich nicht einverstanden erklären. Unsere Abgeordneten waren eifrig, wie leicht zu eifrig. Sie haben ihre Aufgabe falsch aufgefaßt. (Rufe: Oho!) Sie sollten mehr agitatorisch auftreten. Sie sollten die Massen erziehen; das geschieht aber nicht damit, daß die Zweckmäßigkeit der Arbeiterschulungs-Gesetzgebung ungebührlich in den Vordergrund gestellt wird. Der Arbeiterschulung kann nichts nützen; der Achtstundentag bewirkt wohl eine Erhöhung des Lohnes, aber infolge dessen wird auch das Produkt theurer. Es springt also dabei kein Vortheil heraus. (Großes Gelächter.) (Die folgenden nationalökonomischen Auseinandersetzungen Werner's lassen sich nicht wiedergeben, weil ihre Zusammenhang nicht ersichtlich ist.) Im Reichstage muß vielmehr auseinandergesetzt werden, daß die privatkapitalistische Wirtschaftsweise die Ursache des Elends ist. (Redner fährt dies näher aus unter Unruhe und Lachen: die Versammlung ist darüber befremdet, daß Redner ihr dies vorzutragen für nöthig hält.) Ich glaube selbst, daß ich Ihnen nichts Neues sagen kann. (Große Heiterkeit.)

Dieh: Die 10 Minuten sind um.

Werner wünscht fortzufahren.

Gottfried Schulz-Berlin: Bewilligen Sie Herrn Werner weitere zehn Minuten. Jeder blamiert sich so gut, wie er kann. (Stürmische Heiterkeit.)

Die Versammlung beschließt einstimmig, den Redner zehn weitere Minuten zu gewähren.

Werner fährt fort: Ich danke Herrn Schulz für sein Kompliment und werde mich darüber mit ihm in Berliner Versammlungen auseinandersetzen. (Heiterkeit.) Wie weit es mit der Vorliebe für den Parlamentarismus schon gekommen ist, will ich zeigen. In der Kommission ist beantragt worden, das Alters-Versicherungsgesetz auf die Handwerker auszudehnen, obwohl unsere Abgeordneten zugeben, daß das Gesetz schlecht sei. Wedel hat sich sogar für eine Anleihe bezugs militärischer Verbesserungen erklärt. Stadthagen ist dadurch geärgert worden, daß freisinnige Flugblätter für ihn verbreitet werden. Der kaiserliche Erlass vom 4. Februar ist eine Kränkung an die Unternehmung zu internationalen Zusammenstoß. Werner ging zuletzt auf die Frage des Schutzolls und Schutzzoll ein. Er sei nicht deshalb gegen den Schutzoll, weil er die Waaren verteuere; sondern er sei deshalb für den Freihandel, weil dieser revolutionär wirkt.

Dwornitz-Arnberg: Jede agitatorische Thätigkeit ist für unsere Partei zugleich eine praktische. Korruptur wirkt der Parlamentarismus nur auf diejenigen, der nicht gefinnungs- und prinzipientreu ist. Unsere Fraktion ist nicht korruptur. Ober ausdehnen als einsprachen sollte sie ihre Thätigkeit im Reichstage.

Wedel: Die sogenannten nationalökonomischen Auseinandersetzungen des Herrn Werner kann ich nicht widerlegen. Ich habe sie nicht verstanden. Eine solche Menge Wirrwarr habe ich aus dem Munde eines Genossen noch nie gehört. (Sehr richtig.) Ich bin angesichts dieser Rede sehr froh, daß er nicht gewählt worden ist. Eine Rede wie diese im Reichstage wäre eine Blamage! (Sehr richtig!) Wenn Werner seine heutigen Ausführungen über indirekte Steuern und parlamentarische Thätigkeit vor seinen Wählern gehalten hätte, würde er nicht ein Drittel der Stimmen bekommen haben. Vor 6 Monaten bei der Wahl war von diesem Radikalismus noch nicht die Rede. Die Männer der Opposition sprachen, um in den Reichstag zu kommen, in den Wahlversammlungen genau so wie wir. Parteigenossen! Ich mache Sie auf diese demagogische Taktik aufmerksam! (Beifall.) Wir gewinnen die Massen, indem wir ihnen sagen: wir streben nach unserem Ziel, wollen aber auch schon unter dem heutigen Produktions-system zu erreichen suchen, was erreichbar ist. (Sehr richtig.) Diese Taktik darf die Partei nicht verlassen, will sie bestehen. Was die Angriffe gegen mich betrifft, so beruhen sie auf ungläublichen Mißverständnissen. Wenn je eine Fraktion korrekt gehandelt hat, so haben wir bei dem Altersversicherungsgesetz korrekt gehandelt. Ich soll gesagt haben: Jeder Regierung muß man Vertrauen entgegenbringen! Es war in der Arbeiter-Schulungskommission.

Durch unsere Anwesenheit dort wurde sehr zum Aerger der Herren das langsame, gründliche Arbeiten herbeigeführt. Es handelte sich um die Veranschaulichung der Fabriken. Die Deutsch-freisinnigen verlangten genaue gesetzliche Bestimmungen. Diese sind unmöglich, denn sie können durch den Produktionsprozess in jedem Augenblick umgestoßen werden. Da sagte ich: In dieser Beziehung müssen wir zu jeder Regierung, ganz gleich, wer sie bildet, Vertrauen haben, daß sie den Fabrikinspektoren die dem jeweiligen Stande der Technik entsprechenden Anweisungen zur Kontrolle der Fabriken giebt. (Sehr richtig.) Wie steht es mit dem letzten Vorwurf? Werner ist ein Meister der Verdrehung. Ich sagte im Reichstag: Die Abrüstung ist eine Utopie; die bürgerliche Gesellschaft kennt keine Brüderlichkeit unter den Nationen, sie braucht die Arme, sie braucht die Disziplin für ihre Söhne. Ich verlangte, daß der modernen Kriegstechnik entsprechend, die glänzenden Stellen der Uniformierung beseitigt werden, damit nicht Zehntausende unserer eigenen Parteigenossen auf die Schlachtbank geführt werden. Und was ich damals verlangte, das verlangen jetzt nach den letzten Wandern die militärischen Fachzeitungen. Ich wollte durch meine Worte verhindern, daß durch eine Nachlässigkeit des Kriegsministeriums etwa es beim nächsten Kriege zu einer Massen-Abschlachtung kommt. Wenn ich je in einer Sache der Partei zu dienen geglaubt habe, so habe ich es hier geglaubt. Was die Resolution Vollmar betrifft, so halte ich sie für überflüssig, da sie durch unsere Anträge zum Arbeiterschulung, wo wir verlangen, was er will, überholt ist. (Stürmischer Beifall.)

Stadthagen-Berlin erklärt persönlich: Der Vorwurf gegen mich ging zuerst dahin, daß meine Flugblätter bei einem konservativen gedruckt worden seien. Wichtig ist, daß sie nicht bei Werner gedruckt worden sind. Sie waren bei einem Parteigenossen bestellt. Er konnte sie nicht liefern; da wurden sie in einer konservativen Druckerei hergestellt. Das ist das ganze Verbrechen. Bei dem deutschfreisinnigen Flugblatte handelte es sich um einen im Verlage von Mosse hergestellten Bilderbogen, der die Wirkungen der indirekten Besteuerung darstellte. Dieser Bilderbogen wurde bei der Stichwahl, in der ich mit dem Brotvertheurer Kohlen stand, einem sozialdemokratischen Flugblatte beigelegt. Darin wird Niemand einen großen Verlust sehen. (Gehefter Beifall.)

Werner, persönlich: Ich habe an Wedel nur eine Frage gestellt und um Aufklärung gebeten. Es wird mit uns in eigentümlichen Töne verhandelt und eine sonderbare Kampfesweise angewendet. Wenn Stadthagen sagt, ich tablete das Flugblatt, weil es nicht bei mir gedruckt ist, so ist das unanständig.

Vollmar, persönlich: Meine Resolution erscheint mir nicht überflüssig; sie ergänzt den Fraktionsantrag.

Wedel, persönlich: Wenn Vollmar seine Resolution nicht zurückzieht, wird Niemand gegen sie stimmen. Ich ziehe meinen Einspruch zurück.

Dieh ruft Stadthagen nachträglich zur Ordnung, weil er Werner beleidigt habe.

Stadthagen, persönlich: Ich habe direkt das nicht gesagt, was Werner beleidigt hat, hat er so etwas herausgefunden, so ist das seine Sache.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Das Schlusswort hat Singer: Zu verteidigen brauche ich die Fraktion nicht mehr. Aber als Bekämpfer Sozialdemokrat protestiere ich ausdrücklich gegen die unehrerliche Darstellung Werner's, daß er die Ansicht der Berliner Parteigenossen vertrat. Das Gegen-theil ist der Fall. Werner bedauerte, uns nichts Neues sagen zu können. Das verlangen wir nicht, wenn er nur etwas Geschriebtes gesagt hätte. (Gehefter Zustimmung.) Seinen nationalökonomischen Vortrag kann ich nicht widerlegen, denn ich habe ihn nicht verstanden. (Beifall und Heiterkeit.) Die Art, wie wir im Reichstag arbeiten, wirkt zehnmal mehr propagandistisch, als die Werner'sche Redeweise mit den allgemeinsten Wendungen. (Gehefter Beifall.) Werner greift an und sagt nachher: Ich habe nicht angegriffen wollen, ich freue mich, daß ich Aufklärungen bekommen habe. Das ist seine Kampfesweise, so macht er es in Versammlungen, so hier. Nochmals: Die Berliner Genossen, die immer voran im Kampf gestanden haben, die immer ihre Schuldigkeit in vollem Maße gethan haben (Gehefter Beifall), sie haben ein Recht, nicht mit Herrn Werner identifiziert zu werden. (Bravo!) Die Resolution Fischer er will Singer nicht empfehlen, hier sollen die nicht der Fraktion angehörenden Parteigenossen frei entscheiden. (Stürmischer Beifall.)

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Die Resolution Fischer wird einstimmig angenommen.

Werner erklärt, daß er sich der Abstimmung enthalten habe.

Die Resolution Vollmar wird gegen zwei Stimmen angenommen.

Damit ist der dritte Punkt der Tagesordnung erledigt.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Der Vorsitzende Singer eröffnet um 3/4 Uhr die Verhandlungen.

Die Zahl der ausländischen Gäste hat sich vermehrt um Frau Mary-Aveling (Bravo!), als Vertreterin der Gasarbeiter Londons, Guesde und Ferroul (Bravo!) als Vertreter des französischen Nationalkongresses zu Lille und Wulfschläger (Bravo!) als Vertreter der Schweiz. Ich heiße sie alle herzlich willkommen. (Gehefter Bravo.)

Guesde (von stürmischem Beifall begrüßt) in französischer Sprache: Ich bin erfreut, Ihnen, den deutschen Arbeitern, die zur Sozialdemokratie organisiert sind, die Grüße und den Ausdruck der Bewunderung der französischen Arbeiterpartei übermitteln zu dürfen. Die französischen Arbeiter haben von Anfang an den Kampf, den die deutsche Sozialdemokratie gegen Willkür und Despotie führte, mit Aufmerksamkeit verfolgt. Die Waffen der Despotie sind zer-sprungen an der ehernen Rüstung der Sozialdemokratie. Das Ziel ist hüben und drüben dasselbe. Hier wie dort weht der Geist des großen Lenkers, dessen Spruch: Proletarier aller Länder vereinigt Euch, uns umschlingt. Unsere Heimath ist die Welt, unser Ziel die Menschheit! (Beifall.) Die französische Bourgeoisie hat ge-logen, wenn sie von den Spaltungen der deutschen Partei sprach. Nie war, wie wir sehen, die deutsche Sozialdemokratie enger als hier. Wir folgen derselben Taktik wie Sie. Wir belästigen uns an allen Wahlen, ohne deshalb unser Ziel außer Augen zu lassen. Guesde dankte der deutschen Sozialdemokratie noch besonders, daß sie in dem Augenblicke, wo die Pariser Kommune in Blut er-sinkt lag, sich solidarisch mit ihr erklärte. Nur einen Feind hat das Proletariat: seine Uneinigkeit. Sind die Arbeiter aller Länder einig, so kann ihnen keine Macht wider- stehen. Guesde wandte sich gegen die von der Bourgeoisie ver-breitete Meinung, daß der französische Arbeiter eine Vorliebe für das barbarische Ausland hätte. Im Gegentheil, er sieht in dem Ausland das eigentliche Rückgrat des europäischen Despotismus, und er verachtet die Bourgeoisie, die sich in feiger Angst vor dem Proletariat in die Arme des zarischen Despotismus geworfen hat. Guesde schloß mit einem Hoch auf das sozialistische Deutschland, auf die Arbeiterpartei in Deutschland. (Stürmischer Beifall.)

Liebkecht giebt die Rede in Übersetzung, bringt ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und ein Hoch auf das sozialistische Frankreich aus und richtet Begrüßungsworte an Guesde und Ferroul.

Die Versammlung erhebt sich bei den begeistert ausgebrachten Hochs von den Plätzen und bricht in stürmischem Beifall aus bei dem Gruß an die französischen Gäste.

Ferroul, als französisches Kammermitglied, wiederholt, daß die Franzosen mit der größten Aufmerksamkeit dem Kampfe des deutschen Proletariats folgen. Sie haben sich die deutschen Ar-beiter, ihre Organisation, ihren heldenhaften Widerstand gegen die sozialistengefehrliche Verfolgung zum Vorbild genommen. Vom

Kongress zu Lille überbringt Genosse Ferroul Grüße, welche den aufgetragen worden sind. Die Arbeiter beider Länder sind einig in der Taktik und im Ziel; sie kämpfen einträchtig und bis zum äußersten gegen den internationalen Kapitalismus und Despotismus. (Bravo!)

Liebkecht übersetzt auch diese Rede und dankt dann in französischer Sprache den Genossen Ferroul.

Begrüßungstelegramme und Schreiben sind eingelaufen von den Mandationen der polnischen Blätter „Balka Glas“ und „Przedowit“, von dem Nationalkomitee der sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens, von dem kommunistischen Arbeiterbildungsverein zu London. Außerdem Telegramme aus Katt, Ludwigs-hafen, Gaarden, München, Hannover, Offenbach, Hamburg, Elm-büttel, Leipzig, Berlin 1., Berlin IV., Braunschweig, Hannover, Dresden, Lötzbach, Hamburg 2. Mat., Wolmirstedt, Rangenfeld, Hartha, Heidingsfeld, Ronneburg, Meissen, Köln a. Rh., Berlin, Hamburg, Köln, Langenbielau, Chemnitz, Berlin V., Dessau, Hannover, Harburg, Verleben, Hensburg, Leipzig, Mathem., Lambrecht, Langenbielau, Hamburg, Plauen, Apolda, Greif, Eisenach, Berlin, Celle, Gießen, Weimar, Mülhausen, Mathem., Ritzdorf, Göttingen, Hamburg, Breslau, Ludwigshafen, Königs-berg, Gera, Altona. Ferner aus Zürich, Genf, London, Lille, Jaegerndorf, Madrid, Lemberg, Kronstadt, aus Sizilien und aus Ungarn.

Die Mandats-Prüfungskommission erstattet Bericht durch Pfannkuch-Kassel: Anwesend sind 410 Delegirte, welche 285 Wahlkreise vertreten. (Beifall.) Außerdem sind zwei Ausweise von einem Schweizer und einem dänischen Genossen abgegeben worden. Vier Mandate von Arbeiterinnen sind vorhanden. Das Mandat von Zuh-Baden-Baden ist für ungültig erklärt; seine Eigenschaft als Delegirter wird aber nicht bestritten, weil er gültige Mandate von anderen Wahlkreisen hat. In Baden-Baden soll Zuh seine Parteigegner nicht haben zum Wort kommen lassen. Das Mandat von Gottlieb von Wietersheim-Haun-Soest ist beanstandet, weil es formell unrichtig ist. Ein weiteres Mandat ist angefochten worden, weil der Delegirte Schulden habe. (Heiterkeit.) Weiterer Ausstellungen sind unwesentlich.

Der Parteitag erklärt die vier Mandate der Arbeiterinnen für gültig.

Zuh vermahnt sich gegen die Behauptungen des gegen ihn gerichteten Protestes.

Das Mandat von Zuh-Baden-Baden wird für gültig erklärt.

Ebenso werden alle sonst noch beanstandeten Mandate für gültig erklärt; nur das Mandat von Lichtenberg-Greif wird der Mandats-Prüfungskommission noch einmal zur Prüfung überwiesen.

Es wird in die Verhandlung des vierten Punktes der Tagesordnung: Die Organisation der Partei, eingetreten.

Referent ist

Werner: Werthe Genossen! Unsere bisherigen Verhandlungen beschäftigten sich bisher mit der Vergangenheit. Jetzt gilt es, die Basis für die Agitation der Zukunft zu schaffen. Es gilt, die Organisation herzustellen. Schon früher bestanden Organisationen unserer Partei. Weren wir einen Blick auf sie und ihr Schicksal betrachten wir besonders die Organisation, wie sie im Mai 1873 in Göttingen geschaffen wurde. 1873 hatten wir sie nicht mehr. Achten Sie bei Ihren Anträgen auf diese Thatsache. Nicht nur waren an der Beseitigung der Organisation schuldig, sondern andere Mächte. Wir müssen auch jetzt auf diese Umstände und Verhältnisse Rücksicht nehmen, auf welche wir keinen Einfluß haben. Im Jahre 1876 wählten wir keinen Parteivorstand, sondern ein Zentral-Wahlkomitee, weil die Parteioorganisation vorläufig für Preußen geschlossen war. Kapell beantragte die Wahl dieses Komitees aus 5 Personen, denen in allen Organisations- und Parteiangelegenheiten diktatorische Gewalt zu geben sei. Dieser Antrag wurde einstimmig angenom-men trotz des Wortes Diktatur, mit der es so schlimm nicht war. 1877 wurde eine Organisationskommission gewählt, die unter dem Vorhinein unseres Altmeisters in Organisationsfragen, B. D. Zölle, der trotz seines Alters hier erschienen, und dem ich dafür danke (Gehefter Beifall) zusammentrat. Diese Kommission vereinte die Möglichkeit einer Organisation überhaupt in Ab-sicht auf die von den preussischen Behörden proklamirte Rechtslosigkeit der sozialistischen Vereine. Sie empfahl den Genossen aller Orte, sich selbstständig zu organisieren. Ihre Vor-schläge wurden einstimmig angenommen. Auch in Sachsen waren die Vereine geschlossen, in Bayern war man eben dabei. Es standen die Dinge vor dem Sozialistengesetz. Wir können alle leider nicht die Organisation schaffen, die wir für die beste und nützlichste halten, sondern wir müssen auf Verhältnisse und Personen Rücksicht nehmen, auf die wir keinen Einfluß haben. Wir müssen daran denken, daß uns beständig Jemand über die Schulter sieht, der mit einem Federich die Organisation zer-stören kann. Wir unterbreiteten Ihnen einen Entwurf. Er hatte heftige Angriffe erfahren, die vielleicht unterblieben wären, wenn die Angriffe sich besser unterrichtet hätten. Angriffe sind auch erfolgt von Genossen, die der Fraktion angehörten, der Rathung des Entwurfs aber fern blieben. Wir bedauern nicht, daß kritisiert wurde, wohl aber, daß diese Genossen ihre gegen-theiligen Meinungen nicht im Rahmen der Fraktion vertreten haben. Die Kritik ging in der Form häufig über das Ziel hinaus. Man braucht doch nicht gleich den größten Ausdruck zu wählen. (Heiterkeit.) Nicht hat es allerdings wenig geübt. Der Entwurf ist das Produkt eines Kompromisses. Der man mit jenem, jener mit diesem Punkte nicht ganz einverstanden war. Deshalb war es von den Angrifflern besonders ungeschickt, was dem einzigen Fraktionsgenossen zu sprechen, daß die Partei diktatur ertriede. Dieses Geheiß hat gar kein Fleisch; es wechselt beständig. Selbst unser dauerhafter Fraktionsgenosse (Heiterkeit) Wedel, ist ja einmal, trotzdem er 37 Kandidaturen hatte (Heiterkeit), nicht in den Reichstag gewählt worden. (Heiterkeit.) Was in der Fraktion gingen die Meinungen auseinander. Man stellt sich, dann wurde abgestimmt und dann galt es. (Beifall.) Sei es auch hier. Sie sollen die Entscheidung über den Entwurf treffen. Die Hauptfrage ist: Können wir uns als Verein konstituieren? Eine endgiltige Lösung hat die Fraktion nicht gefunden, weil man unter dem Eindruck stand, doch für unsinnig zu er-beiten. Wir hielten es aber für unsere moralische Pflicht, uns eine Organisation zu geben. Und werden wir aufgelöst, nun, so geht es doch weiter. Wir sind eine Substanz, die sich nicht vernichten läßt, die sich immer weiter im Volke verbreitet. (Bravo.) Sie haben sich zu entscheiden, ob wir uns eine Organisation geben. Auf die einzelnen Einwände, Vorschläge und Punkte kann ich nicht eingehen. Nur das Wichtigste: Zunächst hat eine Namens-änderung stattgefunden. Wir sollen von nun an heißen: Sozial-demokratische Partei. Nun, die Art bleibt dieselbe. Beanstandet ist worden die dauernde materielle Unterstützung, von der die Zugehörigkeit der Partei abhängig machen. Alle bisherigen Organisationen stellten diese Forderung noch schärfer auf. Es handelt sich, wohlverstanden, um eine Orga-nisation, die Parteige-nossen stellen. Zwischen der Wählerschaft und Parteige-nossen besteht immer ein Unterschied gewesen und wird bestehen bleiben. Doch sind wir bereit, die dauernde materielle Unterstützung fallen zu lassen, weil diese eine Forderung schon genügt, uns als Verein zu erklären und — aufzulösen. Dagegen müssen wir unter allen Umständen daran festhalten, daß zur Partei nicht gehören kann, wer sich in-leiser Handlungen schuldig macht. Unsere Partei muß rein bleiben. Es giebt erlöste Handlungen, die kein Strafgesetz der Welt nicht und die doch schlimmer sind, als ein Verbrechen. (Beifall.) Was bei der Frage der Vertrauensmänner nehmen wir besser die schlag gen entgegen. Diese Angelegenheit eignet sich besser zur Verhandlung im egeren Kreise. Das ein Parteitag alljährlich stattfindet, ist von keiner Seite bestritten worden. Wer soll

Lokales.

Wir haben unsern Forckenbeck wieder! Die Bestätigung der Wahl des Oberbürgermeisters für die Amtsperiode von weiteren zwölf Jahren ist erfolgt. Die Bürgererschaft steht also wieder unter dem sanften Szepter des Mannes, der den Anschluß der Pferdebahn bei den wichtigsten Abstimmungen veräußert, der den Begasbrunnen unter seinen Schutz genommen hatte, der die Schloßfreilichtlotterie in Szene setzte, der für den Empfang des Königs von Italien warm eintrat, der die Weichen der Kerze auf dem Herzen hat, der das Schießen der Wachtposten auf die Bürger gütigst, der seinen Wahlkreis zu Gunsten eines unverkappten Reaktionärs ausgab — Heil Dir, Berlin! —

Stichwahl für den 38. Kommunal-Wahlbezirk (3. Abtheilung). Oberlehrer Müller (Freis.) gegen den Kandidaten der Bürgerpartei gewählt.

Das Amtsblatt des Reichs-Postamts enthält folgende amtliche Mittheilung, betreffend Angabe des Grundes der Nachnahme auf der Außenseite der Nachnahmebriefsendungen. Das Reichs-Postamt will mit Rücksicht auf die vorgelegten Umstände nachgeben, daß bei Nachnahmebriefsendungen nach Orten innerhalb des deutschen Reichs-Postgebiets der Grund der Nachnahme in gedrängter Kürze auf der Außenseite angegeben werde, z. B. „Bezugspreis für das 3. Vierteljahr 1890“, „Mitgliedsbeitrag für den Verein N.“, „Einrichtungs-Geldbühren“, „Gerichtskosten“, „Schreibgebühren“ etc. Voraussetzung ist jedoch, daß die bezüglichen Angaben einschließlich der sämtlichen nicht die Beförderung betreffenden Bemerkungen etc. in ihrer Ausdehnung etwa den sechsten Theil des Briefumschlags nicht überschreiten und am oberen Rande des Briefumschlags auf der Vorderseite oder Rückseite sich befinden.

Aus der Zeit der sozialen Reform. Das „V. Z.“ schreibt: In einem Wassereimer erkrankte sich im Laufe der vorverfloffenen Nacht die 37 jährige Näherin Marie Wendler, Gießenerstraße 61, vier Treppen wohnhaft. Die aus Carolath in Schlesien gebürtige Selbstmörderin, welche seit April v. J. vom Eigenthümer des Hauses ein einstufiges Zimmer gemiethet hatte, ernährte sich kümmerlich von ihrer Hände Arbeit; sie lieferte für ein hiesiges Geschäft Trikot-Tailen. Aus besseren Zeiten hatte sie eine kleine Summe, welche in einem Sparbuche angelegt war, hinübergerettet. Die anhaltende Näharbeit scheint die Wunde der ohnehin schwächlichen Person stark offizirt zu haben; sie klagte häufig über Brust- und Kopfschmerzen, und ihr Leiden verschlimmerte sich wesentlich seit dem Tode ihrer Schwester, welcher im Juni dieses Jahres erfolgte. Seit etwa zehn Tagen hütete sie das Bett und konsultirte den Arzt der Krankenkasse, welcher sie angeordnete. Während dieser Zeit wurde sie von den auf demselben Korridor wohnenden Matjowschen Eltern verpflegt, und in den letzten Tagen besuchte sie auch eine fromme Schwester, welche bei Frau M. verkehrte. Vorgehenes Vormittag nahm die Wendler noch Medizin von der frommen Schwester entgegen, Nachmittags indes weigerte sie sich, ferner Medikamente einzunehmen, indem sie der Frau M. erklärte, ihr sei doch nicht mehr zu helfen. Später hat sie die Letztere, ihre in der Kammode aufbewahrten Briefschaften zu verbrennen und Abends ihr — zur Verbesserung der Zimmerluft, wie sie vorgab — zwei Eimer frischen Wassers zu holen und nahe ihrem Bette aufzustellen. Frau M. erfüllte die Wünsche der etwas eigenwillig schneidenden Kranken und verließ dieselbe vorgestern Abend nach 10 Uhr. Am gestrigen Morgen, nach 5 Uhr, fanden die M. 'schen Eheleute die Wendler in ihrem Zimmer als erkrankte Leiche vor: Die Unglückliche kniete vor einem der Wassereimer, in welchen sie den Kopf hineingesteckt hatte. So hatte sie den Erstickungstod gesucht und gefunden. Die benachrichtigte Polizei sorgte für die Ueberführung der Leiche nach dem Obduktionshause.

In der Falle. Als der in der Alten Jakobstraße wohnhafte Herr Willy Sch. gegen Mitternacht vom Sonntag zum Montag heimkehrte, trat ihn beim Passiren der zweiten Treppe ein fremder Mann entgegen, welcher aus dem oberen Stockwerk kam. Herr Sch. entzündete infolge dessen eine Wachslichtkerze, doch kaum war dieselbe aufgesteckt, so wurde sie ihm von dem Fremden aus der Hand geschlagen und er selbst gleich darauf gepackt und mit großer Gewalt an das Treppengeländer gedrückt. Herr Sch. wollte sich mit dem Schirm wehren, doch dieser wurde ihm rücklings entzissen; er hatte es also mit zwei Gegnern zu thun. In diesem auf der finsternen Treppe geführten Kampfe wäre Herr Sch. wohl erlegen, wenn er nicht zu einem vergeblichen Mittel seine Zuflucht genommen hätte, dessen Anwendung ihm freilich nur durch seine anerkannte und wiederholt preisgekrönte Turnergewandtheit möglich geworden ist. Er wußte sich für einen Augenblick von seinen Gegnern zu befreien und benutzte diesen Moment, um sich über das Geländer nach dem weiteren Treppenaufgang hinabzuschwingen. Sodann gewann er blühend den Hausflur und die Hausthür, schloß diese eiligst auf und war im selben Augenblicke schon auf der Straße, von wo aus er die Thür wieder verschloß, so daß seine beiden Angreifer in der Falle saßen. Auf der Straße fand Herr Sch. auch bald den Nachtwächter, dieser requirirte einige Schulkente und diese drangen nun mit Herrn Sch. gemeinsam in das Haus ein, um nach den beiden Patronen zu suchen. Sie fanden dieselben auch in einem Bodenverschlusse hinter altem Gerämpel versteckt, holten sie von dort hervor und brachten sie nach der Polizeiwache, von wo aus später ihre Ueberführung nach dem Alexanderplatz erfolgte.

Durch das unethische Verschwinden der 23 Jahre alten Schneiderin Elise Wlasche, am Königsgaden 15 wohnhaft, ist die Familie derselben in größte Trauer versetzt worden. Die junge Dame war am 8. d. M. Morgens von ihrer Wohnung aus in gewohnter Weise nach ihrer Geschäftsstelle in der Oberwallstraße gegangen, hatte dort auch bis Mittag gearbeitet und sich sodann nach Hause zurück begeben. Dort ist dieselbe jedoch nicht eingetroffen und es bleibt somit nur die Annahme übrig, daß dem jungen Mädchen, das sich des besten Rufes erfreut, ein Unglück zugefallen ist. Dasselbe war bekleidet mit einem dunkelgrün gestreiften Kleide, dunkelbraunem Regenmantel mit Sammetausschlagen und schwarzem Strohhut; in der Hand trug es einen neuen Regenschirm mit gelber Krude. Als besonderes Kennzeichen möge eine in der Nähe des linken Ohres befindliche Narbe erwähnt sein. Alle diejenigen, welche über den Verbleib der Verschwundenen Auskunft geben können, werden hierdurch dringend gebeten, den tiefbetrübten Angehörigen schleunigst Mittheilung zu machen.

Polizeibericht. Am 13. d. M. Morgens fiel der Maurerpolek Gehns auf einem Neubau in der Lebensstraße von einer Mauer gegen einen Balken und erlitt dadurch eine so schwere Verletzung des Oberbauchs, daß er nach der Dr. Habra'schen Klinik, Markusstr. 1 gebracht werden mußte. — Vormittags stürzte ein Offizierburse vor dem Hause Königsplatz 5 mit seinem schon gewordenen Kleider und zog sich eine bedeutende Verletzung an der Stirn zu. Er wurde nach dem Garnison-Lazareth gebracht. — Nachmittags wurde ein zweiähriges Mädchen vor dem Hause Elisabeth-Str. 14 von einem Bierwagen überfahren und so schwer verletzt, daß es während der Ueberführung nach der Sanitäts-wache verstarb. — Zu derselben Zeit wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Rheinbergerstraße erhängt vorgefunden. — Abends setzte die 15jährige Martha Severin in der Wohnung ihrer Dienstherrschaft in der Schönhauser Allee ihre Kleider in Brand, um sich auf diese Weise zu tödten. Dies wurde jedoch noch rechtzeitig bemerkt, so daß sie nur eine Brandwunde an der Hüfte davontrug. — Sie wurde nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht. — Zu derselben Zeit fiel ein Dreißigjähriger vor dem Hause Alte Schönhauserstraße 13 infolge eines Schreitritzes nieder und erlitt eine so schwere Verletzung der Hüfte, daß er nach der

Charitee gebracht werden mußte. — Abends stürzte ein Soldat vor dem Hause Klosterstraße 8-9 mit seinem Pferde und erlitt Querschnitte an beiden Beinen. — Vor dem Hause Oranienstraße 163 gerieth ein zehnähriger Knabe unter einen vorüberfahrenden Pferdebahnwagen und wurde am Kopfe anscheinend schwer verletzt.

Theater.

„Der Vater“, Trauerspiel in 3 Aufzügen von A. Strindberg. Der „Verein Freie Bühne“ begann sein zweites Vereinsjahr mit der Aufführung von Strindberg's „Der Vater“, die in der kleinen Gemeinde der Vereinsmitglieder mit außerordentlichem Beifall aufgenommen wurde. Daß die Gemeinde klein ist, darf uns nicht wundern, denn man muß die Wahrheit über alles lieben und starke Nerven besitzen, um sich die Fährnis der eignen gesellschaftlichen Klasse im Drama vorführen zu lassen. Soviel hitzlicher Zerstörer wohnt aber nur in den Besten der Besten, die hier die Brust bilden, sie sind Einzelercheinungen.

Im „Vater“ glebt uns St. unerschrocken das Bild einer Verborgenen, die unnatürlich geschlossen, an ihrer eignen Unnatur zu Grunde gehen, der Katastrophe entgegensteht muß. Die Personen handeln nicht nach großen, weitläufigen Plänen, sondern sind die Spielbälle der Verhältnisse.

Der Vater ist energielos und bietet der mit starken Willen begabten Laura die Hand, weil er damit glaubt das ihm fehlende, für's Leben aber notwendige Stück sich anzusehen, sie soll ihm helfen seine Gedanken zur Ausführung zu bringen. Laura hat aber für den Schwächling nur das Gefühl des Mitleids, mit der Liebe der Mutter behandelt sie den Nittmeister, dieses „Niesenkind“. Und dennoch nimmt sie den Antrag an, die Gemüths-bisse werden niedergelämpft und die Verborgene eingegangen. Alle Vorbedingungen für ein glückliches Miteinanderleben, Gefühl- und Gedanken-einheit, fehlen. Er ist Atheist, sie Pietistin, er ein denkender, forschender Geist, sie kleinlich und beschränkt, er wankelmüthig und rücksichtslos, sie jeden Augenblick bereit, alle Mittel für die Verwirklichung ihres Willens rücksichtslos einzusetzen.

Das ist der Boden auf dem die Ehe tragödie sich abspielt, die vom ersten Tage bis zum Schluß ein unaufhörlicher Kampf ist. Jeder Schritt giebt bei jeder Meinungsverschiedenheit Anlaß zum Streit, der mit der Zeit beide Theile nervös macht, zu gegenseitigem Haß entfiammen und Mann und Frau aufreiben muß. Der Schwächere, Widerstandsunfähigere wird unterliegen. Hier ist es der Vater. Gelegentlich der heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Nittmeister und Laura, wer von ihnen bestimmend über die fernere Erziehung der bereits erwachsenen Tochter einzugreifen hat, wird der leise Zweifel an der Echtheit seiner Vaterschaft in seine bereits kranke Seele eingegraben, Lavinaria wächst er an und wird zur fixen Idee. Er fühlt und spricht seine Gedanken zu seiner Frau aus, daß einer von Beiden in diesem Kampf untergehen, der Stärkere die Macht und damit das Recht behalten wird. Triumphierend ruft nun Laura ihren Sieg aus, denn sie habe bereits Schritte gethan, ihn gerichtlich unter Vormundschaft stellen zu lassen auf Grund seines eignen Briefes an den Arzt, worin er sich für wahnsinnig erklärt. Wutherschlag ergreift er die brennende Lampe und schleudert sie gegen Laura. Zwangsjacke und Schlaganfall bilden den Schluß des erschütternden Dramas.

Die Aufführung war im großen Ganzen eine sehr gelungene. Herr Reichler spielte nicht mehr die Rolle, er lebte sie in erschreckender Naturwahrheit. Leider verstand es Fräul. Bertens nicht, uns die Laura menschlich näher zu bringen, sie gab den kalt berechnenden, gefühllosen Dämon, der Freude am Berühren findet, und doch erzählt die Tochter, daß die Mutter oft draußen weine, und trägt die Numme den Nittmeister hinsichtlich seiner Ehe, ob zwei Menschen sich denn zu Tode quälen sollen, zwei Menschen, die sonst so gut sind und allen andern vorzuziehen. Das ist der Boden auf dem die Ehe tragödie sich abspielt, die vom ersten Tage bis zum Schluß ein unaufhörlicher Kampf ist. Jeder Schritt giebt bei jeder Meinungsverschiedenheit Anlaß zum Streit, der mit der Zeit beide Theile nervös macht, zu gegenseitigem Haß entfiammen und Mann und Frau aufreiben muß. Der Schwächere, Widerstandsunfähigere wird unterliegen. Hier ist es der Vater. Gelegentlich der heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Nittmeister und Laura, wer von ihnen bestimmend über die fernere Erziehung der bereits erwachsenen Tochter einzugreifen hat, wird der leise Zweifel an der Echtheit seiner Vaterschaft in seine bereits kranke Seele eingegraben, Lavinaria wächst er an und wird zur fixen Idee. Er fühlt und spricht seine Gedanken zu seiner Frau aus, daß einer von Beiden in diesem Kampf untergehen, der Stärkere die Macht und damit das Recht behalten wird. Triumphierend ruft nun Laura ihren Sieg aus, denn sie habe bereits Schritte gethan, ihn gerichtlich unter Vormundschaft stellen zu lassen auf Grund seines eignen Briefes an den Arzt, worin er sich für wahnsinnig erklärt. Wutherschlag ergreift er die brennende Lampe und schleudert sie gegen Laura. Zwangsjacke und Schlaganfall bilden den Schluß des erschütternden Dramas.

Gerichts-Beitrag.

Eine Anklage wegen Vergehens gegen das Urheberrecht, begangen durch Nachdruck, führte gestern den Redakteur Paul Blumenreich und den Chefredakteur Dr. Hugo Ruffad vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Der erste Angeklagte ist Herausgeber des „Berliner Feuilleton“, welches bezweckt, die Zeitungen mit Unterhaltungsartikeln zu versehen; der zweite Angeklagte ist Chefredakteur der Zeitschrift „Mode und Haus“. Dem Letzteren hatte im vorigen Herbst eine in Wien lebende Schriftstellerin, Fräulein Anna Vogel, eine kleine Novelle, betitelt: „Wenn man vergeblich wartet“ übersandt und da sie das Manuscript nicht zurück und auch keinen ablehnenden Bescheid erhielt, so gab sie sich der Hoffnung hin, daß ihre Arbeit Aufnahme finden würde. Anstatt dessen erschien ihre Novelle in ihrer Uebersetzung in dem Blatte des ersten Angeklagten und wurde aus diesem von verschiedenen Zeitungen, die zu Blumenreichs Redaktionen gehörten, übernommen. Trotzdem Fräul. Vogel von dem Angeklagten Blumenreich ein freundliches Anschreiben erhielt, in welchem ihr ein Honorar von 25 M. zugesichert wurde, glaubte sie sich doch in ihren Gerechtfamen geschädigt und wurde sie in dieser Anschauung von dem Rechtsanwält Dr. Hans Blum in Leipzig bekräftigt, der sie veranlaßte, den Strafantrag zu stellen. Die beiden Beschuldigten erklärten, daß sie nur das Opfer ihres guten Willens geworden seien. Dr. Ruffad gab an, daß er die unbedeutende Arbeit der Verfasserin nur als Püdenbüßer habe verwenden wollen, bei der Fülle des ihm zu Gebote stehenden Materials habe sich eine Gelegenheit dazu immer nicht finden wollen. Inzwischen sei Fräulein Vogel ungeduldig geworden und er habe geglaubt, ihr einen Gefallen zu thun, indem er gelegentlich eines Zusammenkommens mit Blumenreich diesem das Manuscript zur Aufnahme im „Berliner Feuilleton“ anbot. Blumenreich habe seiner Voraussetzung, daß eine derartige Benutzung des Manuscripts von der Verfasserin gebilligt werde, Ausdruck gegeben und sei hierin von ihm, Dr. Ruffad, bekräftigt worden. Auf die Frage Blumenreichs, wie viel Honorar die Verfasserin für die Novelle von der Redaktion von „Mode und Haus“ erhalten würde, wurde ihm die Antwort „etwa 15-20 M.“ worauf Blumenreich erwiderte, dann werde er ihr 25 M. schicken, damit werde sie wohl zufrieden sein. Blumenreich hat der Verfasserin diesen Betrag auch sofort nach Aufnahme des Artikels zugesandt, das Geld ist aber nicht angenommen worden. Der Vorbehalt machte die Angeklagten darauf aufmerksam, daß sie unter allen Umständen jährlich gehandelt hätten, denn sie hätten die Genehmigung der Verfasserin einholen müssen, bevor sie über das Manuscript in einer anderen Weise verfügten, wie die Eigenthümerin es bestimmt hatte. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten je 50 M. Geldstrafe, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Brock, auf Freisprechung plädirte, weil die Angeklagten im guten Glauben gehandelt. Der Gerichtshof schloß sich dieser Auffassung nicht an, sondern verurtheilte den Angeklagten Blumenreich zu 50 M. und Dr. Ruffad zu 30 M. Geldstrafe.

In der Freisprechungsklage des Pfarrers Witte gegen den Hofprediger Städter war zu gestern wiederum vor der 10. Abtheilung des Schöffengerichts Termin zur Hauptverhandlung anberaumt worden. Kurz vor Beginn der Sitzung wurde die Verhandlung aber wiederum — zum

schmen? Unser Vorschlag hat heftigen Widerspruch gefunden. Daß Wahlweise, die 90 oder 125 Stimmen bei der Reichstagswahl ausbringen, nicht drei Delegirte zum Kongreß schicken werden, ist selbstverständlich. Wir sollen auch die Intelligenz der großen Städte herabdrücken wollen, hieß es. Nun, Berlin IV und VI u. d. — Weimar haben je 4 Delegirte geschickt. Ich bin der Meinung, man überläßt es dem Zufall der einzelnen Kreise, wie sie sich vertreten lassen. Aber eine Abgrenzung ist nothwendig. Wir sind keine Aktiengesellschaft, die auf Heller und Pfennig rechnet, daß nicht einer etwa zu viel kommt! Die Parteitage nähern uns moralisch am meisten, sie zeigen, daß die Parteigenossen in Nord und Süd, in Ost und West treu und fest zur Fahne halten. Das ist die Hauptsache. (Beifall.) Wir freuen uns, wenn die großen Städte gut vertreten sind. Keiner in der Fraktion hat den großen Städten mit der Bestimmung im Entwurf einen Kapuzen auflegen wollen. Ob die Bestimmung geschickt oder ungeschickt war, lasse ich dahingestellt, eine böse Absicht lag nicht dahinter. Daß die Theilnahme der Fraktion an dem Parteitage betrifft, so ist es klar, daß jedes Fraktionsmitglied, wenn es will, ein Mandat erhalten kann. Taugt ein Fraktionsmitglied nicht und erhält deshalb kein Mandat, so ist der Parteitag der beste Ort, um ihn den Standpunkt klar zu machen. Es ist besser, wenn aus den Wahlkreisen Leute Mandate erhalten, welche noch nie auf einem Kongreß waren und hier Erfahrungen sammeln, als solche, die immer auf den Parteitag kommen. Ueber den außerordentlichen Parteitag (§ 10) einige Worte: Unseren Genossen soll gewiß das Recht gegeben werden, bestimmte Anträge auf Einberufung des Parteitages zu stellen. Außerordentlich schwierig aber wird es sein, zu kontrolliren, ob die erforderlichen 10 000 Unterschriften auch wirklich von Parteigenossen herrühren. Das wird uns Kopfschmerzen machen. Aber selbst, wenn wir die Schwierigkeit nicht zu lösen vermögen, so können wir doch ruhig sein: Parteitage werden so viele stattfinden, als es im Parteinteresse nothwendig ist. Bewilligte und unwilligte Leute werden Sie mit der Leitung der Geschäfte nicht betrauen. (Zustimmung.)

Ob der Parteitag oder der Vorstand die Gehälter festsetzt, ist wohl einerlei. Als wir einmal Hofencleuer mit vollem Gehalt anstellten, war nachher keine Arbeit für ihn da, und wir veranordneten ihn für die Agitation, er schied dann aus dem Vorstande und sein Nachfolger bekam statt 65 nur 15 Thaler monatlich. Auch heute ist Niemand im Stande zu sagen: Wir brauchen so und so viel besoldete Arbeitskräfte. Niemand kann jetzt schon die Arbeitsmenge beurtheilen. Das muß offen gelassen werden. Dem nächsten Parteitag ist dann Rechnung zu legen. So scho es sind wir nicht, daß wir ein Loch-Rechtel machen, um hohe Gehälter herauszuschlagen. So tief sind wir nicht gesunken. (Große Heiterkeit.) Wir sind ganz nette Kerls (Erneute Heiterkeit).

Der Vorstand soll die prinzipielle Haltung der Parteipresse kontrolliren, das wurde heftig bekämpft. Da wurde sogar behauptet, die Konkurrenz der neuen Parteiblätter werde von den Parteigrößen, die Besitzer der alten Parteiblätter seien, gefördert und deshalb sei die Kontrolle vorgesehen. Im § 18 des alten Organisationsgesetzes bestand dasselbe Gesetz. Wurde damals ein ungenügender Einfluß ausgeübt? Nein. Heute kann das noch viel weniger geschehen, wo sich die Parteipresse so vermehrt hat. Hier werden Schredgespenster an die Wand gemalt. Allerdings, je größer die Zahl unserer Blätter wird, je profitabler es wird, sie zu gründen, desto schwieriger ist es, daß ein Organ besteht, welches erklärt, dieses Blatt gehört zu uns! (Lebhafte Beifall.) Es giebt gewisse Fonds, die dazu da sind, um Blätter zu gründen, welche der Partei Angelegenheiten bereiten, ihr Dinge aufbürden, die sie von sich fern zu halten ein Interesse hat. Da muß ein Organ da sein, welches erklärt: Mit diesem Blatte haben wir nichts zu schaffen. — Ich bin beauftragt zu erklären, daß die Fraktion nicht darauf besteht, daß ihr die Kontrolle über den Parteivorstand eingeräumt wird. Rein praktische Erwägungen veranlassen uns zu diesem Vorschlage. Für taktisch nicht klug halte ich es, der Fraktion, die doch gewiß aus dem Vertrauen der Genossen hervorgegangen ist, Beschlüsse zu nehmen und sie einer anderen Behörde zu geben, wenn wir im letzteren Falle Schwierigkeiten zu überwinden haben, die wir im ersteren vielleicht nicht haben. Wir schlagen das „Berliner Volksblatt“ als Zentralorgan vor, das zweifellos gut redigirt ist und auch in Zukunft gut oder noch besser redigirt werden wird. Unsere Gründe sind wesentlich taktische. Wenn Hödel und Nolling nicht geschossen hätten, würden wir uns die Frage schon bald vorzulegen gehabt haben, ob wir den „Vorwärts“ einschränken möchten. Der „Vorwärts“ ging zurück an Abonnentenzahl, weil man überall Sozialblätter gründete, besonders aber, weil ihm die Berliner Freie Presse Konkurrenz machte. Die Berliner Freie Presse brachte die Nachrichten rascher, was sie konnte, weil sie am Brennpunkt des politischen Lebens erschien. Die Berliner Freie Presse würde bald den „Vorwärts“ verdrängt haben. Das würde jetzt, wenn das offizielle Blatt nur zwei oder drei Mal wöchentlich erschien, noch mehr der Fall sein; ein Blatt nach Art des „Vorwärts“ würde seinen Zweck nicht erfüllen und bestimmt mit Besitzt arbeiten. Dann aber kommt noch etwas anderes: Konkurrenz würde der kleinen Sozialpresse erwachsen, wenn wir ein neues Zentralblatt, das wöchentlich erscheint, gründeten. Der „Vorwärts“ aber wird keine Konkurrenz machen. Nur die Vertrauensleute werden ihn halten. Dennoch muß die Konkurrenzfrage erörtert werden. Wir haben 3 Wochenblätter bereits: „Nordwacht“, „Volks-Tribüne“ und „Arbeiter-Chronik“, die einen weiten Leserkreis haben und ausgezeichnet redigirt sind. Gründen wir nun ein Wochenblatt als Zentralblatt, so werden die 3 bestehenden ruiniert, oder wir haben 4, die nicht prosperiren. Wir haben es bei den 3 Blättern mit Parteiunternehmungen zu thun. Die Partei wird in Zukunft wesentlich materiell erhalten werden durch die Ueberschüsse aus Parteiblättern. Auf die Beiträge wollen wir uns nicht so sehr verlassen, in Rücksicht auf die großen Anforderungen, die überall an die Parteigenossen gestellt werden und mit Rücksicht darauf, daß die Organisation verboten werden kann. Der Londoner „Sozialdemokrat“, dem wir als waderen Kämpfer die vollste Anerkennung zollen (Beifall) ist eingegangen. Die ausländischen Genossen wollen Erfolg. Vollen Erfolg können wir nicht bieten. Der „Sozialdemokrat“ mit dem Jubilate, wie er in London oder in der Schweiz erscheinen konnte, in Berlin kann er vorläufig nicht erscheinen. (Heiterkeit.) Dadurch werden die Wünsche der auswärtigen Parteigenossen schon eingeschränkt. Mögen sie abonniren auf eins der drei Wochenblätter, und auf die „Neue Zeit“. Ob Sie den Titel des Zentralblattes ändern oder nicht, ist gleichgültig. Das Blatt wird seinen lokalen Charakter nicht verlieren. Es muß ihn bewahren im alten Umfange, weil es besonders das Organ der Berliner Genossen bleiben muß, die den Haupttheil der Abonnenten bilden. Zu eine Massenverbreitung in Deutschland wird nicht gedacht. Die Sozialpresse ist gut; sie soll nicht verkrüppelt werden. Sollte es sich nach Verlauf eines Jahres herausstellen, daß ein Wochenblatt als Zentralorgan nöthig ist, um so gründen wir es da u. n. Verloren ist dann sicher nichts. — Was die geschäftliche Behandlung des Entwurfes betrifft, so schlage ich vor, daß wir uns in keine Spezialdiskussion einlassen, sondern eine Generaldiskussion abhalten und eine Kommission von 25 Mitgliedern wählen, welche das ganze Material prüft, die Vorschläge, die Anträge unterwirft und uns in kurzer Zeit das Ergebnis ihrer Arbeiten mittheilt. So kommen wir am leichtesten vorwärts. (Stürmischer Beifall.)

Der Parteitag stimmt dem Vorschlage des Referenten zu.

Ein Antrag Thierbach, die Generaldiskussion auf morgen zu versetzen, wird angenommen.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Heute Abend geben die Halle'schen Parteigenossen zu Ehren Parteitages einen Kommerz.

2. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 240.

Mittwoch, den 15. Oktober 1890.

7. Jahrg.

Karl Marx über die Judenfrage.

(Fortsetzung.)

Wir haben also gezeigt: Die politische Emanzipation von der Religion läßt die Religion bestehen, wenn auch keine privilegierte Religion. Der Widerspruch, in welchem sich der Anhänger einer besonderen Religion mit seinem Staatsbürgertum befindet, ist nur ein Theil des allgemeinen weltlichen Widerspruchs zwischen dem politischen Staat und der bürgerlichen Gesellschaft. Die Vollendung des christlichen Staats ist der Staat, der sich als Staat bekennt und von der Religion seiner Glieder abstrahirt. Die Emanzipation des Staats von der Religion ist nicht die Emanzipation des wirklichen Menschen von der Religion.

Wir sagen also nicht mit Bauer den Juden: Ihr könnt nicht politisch emanzipirt werden, ohne euch radikal vom Judenthum zu emanzipiren. Wir sagen ihnen vielmehr: Weil ihr politisch emanzipirt werden könnt, ohne euch vollständig und widerspruchslos vom Judenthum loszusagen, darum ist die politische Emanzipation selbst nicht die menschliche Emanzipation. Wenn ihr Juden politisch emanzipirt werden wollt, ohne euch selbst menschlich zu emanzipiren, so liegt die Halbschuld und der Widerspruch nicht nur in euch, sie liegt in dem Wesen und der Kategorie der politischen Emanzipation. Wenn ihr in dieser Kategorie befangen seid, so theilt ihr eine allgemeine Befangenheit. Wie der Staat evangelisirt, wenn er, obgleich Staat, sich christlich zu dem Judenthum verhält, so politisirt der Jude, wenn er, obgleich Jude, Staatsbürgerrechte verlangt.

Aber wenn der Mensch, obgleich Jude, politisch emanzipirt werden, Staatsbürgerrechte empfangen kann, kann er die sogenannten Menschenrechte in Anspruch nehmen und empfangen? Bauer läugnet es. Die Frage ist, ob der Jude als solcher, d. h. der Jude, der selber eingekerkert, daß er durch sein mehreres Wesen gezwungen ist, in ewiger Absonderung von Anderen zu leben, fähig sei, die allgemeinen Menschenrechte zu empfangen und Anderen zuzugestehen.

Der Gedanke der Menschenrechte ist für die christliche Welt im vorigen Jahrhundert endlos worden. Er ist dem Menschen nicht angeboren, er wird vielmehr nur erobert im Kampfe gegen die geschichtlichen Traditionen, in denen der Mensch bisher erzogen wurde. So sind die Menschenrechte nicht ein Geschenk der Natur, keine Mittel der bisherigen Geschichte, sondern der Preis des Kampfes gegen den Zufall der Geburt und gegen die Privilegien, welche die Geschichte von Generation auf Generation bis jetzt vererbt hat. Sie sind die Resultate der Bildung, und derjenige kann sie nur besitzen, der sie sich erworben und verdient hat.

Kann sie nun der Jude wirklich in Besitz nehmen? So lange er Jude ist, muß über das menschliche Wesen, welches ihn als Menschen mit Menschen verbinden sollte, das beschränkte Wesen, das ihn zum Juden macht, den Sieg davontragen und ihn von den Nichtjuden absondern. Er erklärt durch diese Absonderung, daß das besondere Wesen, das ihn zum Juden macht, sein wahres höchstes Wesen ist, vor welchem das Wesen des Menschen zurücktreten muß.

In derselben Weise kann der Christ als Christ keine Menschenrechte gewahren" p. 19, 20.

Der Mensch muß nach Bauer das "Privilegium des Glaubens" aufopfern, um die allgemeinen Menschenrechte empfangen zu können. Betrachten wir einen Augenblick die sogenannten Menschenrechte und zwar die Menschenrechte unter ihrer authentischen Gestalt, unter der Gestalt welche sie bei ihren Entdeckern, den Nordamerikanern und Franzosen besitzen! Zum Theil sind diese Menschenrechte politische Rechte, Rechte, die nur in der Gemeinschaft mit andern ausgeübt werden. Die Theilnahme am Gemeinwesen und zwar am politischen Gemeinwesen, am Staatswesen, bildet ihren Inhalt. Sie fallen unter die Kategorie der politischen Freiheit, unter die Kategorie der Staatsbürgerrechte, welche keineswegs, wie wir gesehen, die widerspruchsfreie und positive Aufhebung der Religion, also etwa auch des Judenthums, voraussetzen. Es bleibt der andere Theil der Menschenrechte zu betrachten, die droits de l'homme (Menschenrechte), insofern sie unterschieden sind von den droits du citoyen (Staatsbürgerrechten).

In dieser Reihe findet sich die Gewissensfreiheit, das Recht, einen beliebigen Kultus auszuüben. Das Privilegium des Glaubens wird ausdrücklich anerkannt, entweder als ein Menschenrecht oder als Konsequenz eines Menschenrechtes, der Freiheit.

Déclaration des droits de l'homme et du citoyen, 1791, art. 10: "Nul ne doit être inquiété pour ses opinions, même religieuses." [Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, 1791, Art. 10: "Niemand darf wegen seiner Meinungen, selbst religiösen, beunruhigt werden." Im Titre (Titel) I der Konstitution von 1791 wird als Menschenrecht garantiert: "la liberté à tout homme d'exercer le culte religieux auquel il est attaché." [Die Freiheit für jeden Menschen, den religiösen Kultus, welchem er angehört, auszuüben.]

Déclaration des droits de l'homme, etc. 1793 (Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1793) zählt unter die Menschenrechte, art. 7: "Le libre exercice des cultes." [Die freie Ausübung der Kulte.] In Bezug auf das Recht, seine Gedanken und Meinungen zu veröffentlichen, sich zu versammeln, seinen Kultus auszuüben, heißt es ferner: "La nécessité d'énoncer ces droits suppose ou la présence ou le souvenir récent du despotisme." [Die Nothwendigkeit, diese Rechte auszubringen, setzt entweder die Gegenwart des Despotismus oder die frische Erinnerung an denselben voraus.] Man vergleiche die Konstitution von 1795, titre XII, art. 354.

Constitution de Pensylvanie, art. 9 § 3: "Tous les hommes ont reçu de la nature, le droit imprescriptible d'adorer le Tout-Puissant selon les inspirations de leur conscience, et nul ne peut légalement être contraint de suivre, instituer ou soutenir contre son gré aucun culte ou ministère religieux. Nulle autorité humaine ne peut, dans aucun cas, intervenir dans les questions de conscience et contrôler les pouvoirs de l'âme." [Verfassung von Pensylvanien, Art. 9, § 3: "Alle Menschen haben von der Natur das unverjährbare Recht erhalten, den Allmächtigen nach den Eingebungen ihres Gewissens zu verehren, und Niemand kann gesetzlich gezwungen werden, gegen seinen Willen irgend einen Kultus oder Gottesdienst zu befolgen, einzurichten oder aufrecht zu erhalten. Keine menschliche Autorität kann in irgend einem Falle in Gewissensfragen interveniren oder die Kräfte der Seele kontrolliren."]

Constitution de New-Hampshire, art. 5 et 6: "Au nombre des droits naturels, quelques-uns sont inaliénables de leur nature, parce que rien n'en peut être l'équivalent. De ce nombre sont les droits de conscience." (Beaumont l. c. p. 213, 214.) [Verfassung von New-Hampshire, Art. 5 und 6: Von den natürlichen Rechten sind einige ihrer Natur

nach unveräußerlich, weil es keinen Ersatz für sie geben kann. Zu diesen gehören die Rechte des Gewissens." (Beaumont, a. a. D. S. 213, 214.)

Die Unvereinbarkeit der Religion mit den Menschenrechten liegt so wenig im Begriff der Menschenrechte, daß das Recht, religiös zu sein, auf beliebige Weise religiös zu sein, den Kultus seiner besonderen Religion auszuüben, vielmehr ausdrücklich unter die Menschenrechte gezählt wird. Das Privilegium des Glaubens ist ein allgemeines Menschenrecht.

Die droits de l'homme, die Menschenrechte, werden als solche unterschieden von den droits du citoyen, von den Staatsbürgerrechten. Wer ist der vom citoyen (Staatsbürger) unterschiedene homme (Mensch)? Niemand anders, als das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft. Warum wird das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft "Mensch", Mensch schlechthin, warum werden seine Rechte Menschenrechte genannt? Woraus erklären wir dies Faktum? Aus dem Verhältnis des politischen Staats zur bürgerlichen Gesellschaft, aus dem Wesen der politischen Emanzipation.

Vor allem konstatiren wir die Thatsache, daß die sogenannten Menschenrechte, die droits de l'homme im Unterschied von den droits du citoyen (Bürgerrechten) nichts anderes sind, als die Rechte des Mitglieds der bürgerlichen Gesellschaft, d. h. des egoistischen Menschen, des vom Menschen und vom Gemeinwesen getrennten Menschen. Die radikale Konstitution, die Konstitution von 1793, mag sprechen: Déclar. des droits de l'homme et du citoyen.

Art. 2. Ces droits etc. (les droits naturels et imprescriptibles) sont: l'égalité, la liberté, la sûreté, la propriété.

[Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Art. 2. Diese Rechte u. s. w. (die natürlichen und unverjährbaren Rechte) sind die Gleichheit, die Freiheit, die Sicherheit, das Eigenthum.]

Worin besteht die liberté (Freiheit)?

Art. 6. "La liberté est le pouvoir qui appartient à l'homme de faire tout ce qui ne nuit pas aux droits d'autrui." [Art. 6. "Die Freiheit ist die Befugniß des Menschen, Alles zu thun, was nicht den Rechten des Andern schadet."] oder nach der Deklaration Menschenrechte von 1791: "la liberté consiste à pouvoir faire tout ce que ne nuit pas à autrui." [Die Freiheit besteht darin, Alles thun zu können, was nicht einem Andern schadet.]

Die Freiheit ist also das Recht, alles zu thun und zu treiben, was keinem Andern schadet. Die Grenze, in welcher sich jeder dem Andern unschädlich bewegen kann, ist durch das Gesetz bestimmt, wie die Grenze zweier Felder durch den Zaunpfahl bestimmt ist. Es handelt sich um die Freiheit des Einzelnen als isolirter auf sich zurückgezogener Monade. Warum ist der Jude nach Bauer unfähig, die Menschenrechte zu empfangen? So lange er Jude ist, muß über das menschliche Wesen, welches ihn als Menschen mit Menschen verbinden sollte, das beschränkte Wesen, das ihn zum Juden macht, den Sieg davon tragen und ihn von den Nichtjuden absondern. Aber das Menschenrecht der Freiheit basirt nicht auf der Verbindung des Menschen mit dem Menschen, sondern vielmehr auf der Absonderung des Menschen von dem Menschen. Es ist das Recht dieser Absonderung, das Recht des beschränkten, auf sich beschränkten Individuums.

Die praktische Anwendung des Menschenrechtes der Freiheit ist das Menschenrecht des Privateigenthums.

Worin besteht das Menschenrecht des Privateigenthums?

Art. 16. (Const. de 1793). "Le droit de propriété est celui qui appartient à tout citoyen de jouir et de disposer à son gré de ses biens, de ses revenus, du fruit de son travail et de son industrie." [Art. 16 (Verf. v. 1793). "Das Eigenthumsrecht gehöret jedem Bürger, willkürlich sein Vermögen, seine Einkünfte, die Früchte seiner Arbeit und seiner Betriebsamkeit zu genießen und darüber zu verfügen."]

Das Menschenrecht des Privateigenthums ist also das Recht, willkürlich (à son gré), ohne Beziehung auf andere Menschen, unabhängig von der Gesellschaft, sein Vermögen zu genießen und über dasselbe zu disponiren, das Recht des Eigenthums. Zene individuelle Freiheit, wie diese Anwendung derselben, bilden die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft. Sie läßt jeden Menschen im Andern Menschen nicht die Verwirklichung, sondern vielmehr die Schranke seiner Freiheit finden. Sie proklamirt vor allem aber das Menschenrecht, de jouir et de disposer à son gré de ses biens, de ses revenus, du fruit de son travail et de son industrie" [nach Belieben sein Vermögen, seine Einkünfte, die Früchte seiner Arbeit und seiner Betriebsamkeit zu genießen und darüber zu verfügen.]

Es bleiben noch die anderen Menschenrechte, die égalité (Gleichheit) und die sûreté (Sicherheit).

Die égalité hier in ihrer nichtpolitischen Bedeutung ist nichts als die Gleichheit der oben beschriebenen liberté, nämlich: daß jeder Mensch gleichmäßig als solche auf sich ruhende Monade betrachtet wird. Die Const. von 1795 bestimmt den Begriff dieser Gleichheit, ihrer Bedeutung angemessen, dahin:

Art. 5. (Const. de 1795). "L'égalité consiste en ce que la loi est la même pour tous, soit qu'elle protège, soit qu'elle punisse."

[Art. 5 (Verf. von 1795). "Die Gleichheit besteht darin, daß das Gesetz für alle dasselbe ist, sei es, daß es beschützt, sei es, daß es straft."] Und die sûreté (Sicherheit)?

Art. 8 (Const. de 1793). La sûreté consiste dans la protection accordée par la société à chacun de ses membres pour la conservation de sa personne, de ses droits et de ses propriétés.

[Art. 8 (Verf. von 1793). Die Sicherheit besteht in dem Schutz, welchen die Gesellschaft jedem ihrer Glieder für die Erhaltung seiner Person, seiner Rechte und seines Eigenthums gewährt.]

Die Sicherheit ist der höchste soziale Begriff der bürgerlichen Gesellschaft, der Begriff der Polizei, daß die ganze Gesellschaft nur da ist, um jedem ihrer Glieder die Erhaltung seiner Person, seiner Rechte und seines Eigenthums zu garantiren. Hegel nennt in diesem Sinn die bürgerliche Gesellschaft "den Noth- und Verstandesstaat". (Fortsetzung folgt.)

Lokales.

Am 6. d. M. ist das neue Zollgesetz, die sogenannte Mac Kinley Bill, in den Vereinigten Staaten Americas in Kraft getreten. Eine deutsche Uebersetzung desselben ist jetzt erschienen und da sie in der "New-Yorker Staatszeitung" veröffentlicht worden ist, so gilt sie als authentisch.

Der Tarif ist zu umfangreich, um ihn in unserem Blatte zum Abdruck zu bringen, wir wollen einige Zollansätze desselben anführen, aus denen sich ergibt, wie sehr die Einfuhr deutscher

und insbesondere Berliner Erzeugnisse erschwert oder fast zur Unmöglichkeit gemacht wird.

Bisher fanden wollene Gewebe und konfektionirte Waaren, wie Mäntel, Wäsche u. s. w. in America reichen und gewinnbringenden Absatz und in Berlin waren viele tausend Weber wie Näherinnen mit der Herstellung dieser Artikel beschäftigt, es ist zu fürchten, daß dieser Erwerbszweig ziemlich vernichtet sein wird.

Weil sich die Zollansätze für wollene Fabrikate meistens auf die für Wollstoffe beziehen, so müssen diese, obgleich sie die Landwirthe mehr interessieren, zuerst mitgetheilt werden. Die Wollstoffe, das Haar des Kammeels, der Ziege, des Alpaca und ähnlicher Thiere ist behufs Feststellung der zu erhebenden Zölle in drei Klassen eingetheilt worden, unter Klasse Eins fallen die feinsten Wollen. Die Proben, welche auf Anordnung der Regierung in den hauptstädtlichen Zollämtern niedergelegt sind, sollen für die Klassifizierung maßgebend sein. Außerdem ist noch sehr genau erläutert, was als ungewaschene und solche, welche verschiedenen Manipulationen unterworfen worden, zu verstehen ist. Als erstere gilt diejenige, welche vom Schafe ohne irgend welche Reinigung geschoren worden ist, also Wolle in natürlichem Zustande; als gewaschene Wolle ist die zu betrachten, welche auf dem Rücken des Schafes gewaschen worden ist, soll als entsetzte Wolle gelten.

Der Zoll ist jetzt festgesetzt für wollene und Kammgarnstoffe Shawls, gestrickte Waaren und alle mit Strickmaschinen oder Nadeln ganz oder zum Theil aus Wollen, Haaren u. s. w. hergestellten Waaren jeder Art, wenn der Werth per Pfund nicht mehr als 30 Cents (1 Cent = 4 Pf.) beträgt, auf einen drei Mal so hohen Betrag, wie der für 1 Pfund ungewaschener Wolle I. Klasse, also auf 3 x 11 Cents = 33 Cents, und außerdem auf 40 pCt. des Werthes. Beträgt der Werth per Pfund mehr als 30 und nicht über 40 Cents, dann soll per Pfund 3 1/2 Mal so viel Zoll erhoben werden, wie für 1 Pfund ungewaschener Wolle I. Klasse, also 3 1/2 x 11 Cents = 38 1/2 Cents und 40 pCt. des Werthes. Beträgt der Zoll per Pfund mehr als 40 Cents, dann soll per Pfund viermal so viel Zoll erhoben werden, wie dieses Gesetz für ein Pfund ungewaschener Wolle der I. Klasse vorschreibt, also 4 mal 11 Cents = 44 Cents und außerdem 50 pCt. des Werthes.

Für Decken, wollene Hüte und für Unterzeug bestimmte Planelle, ganz oder zum Theil aus Wolle, Haaren des Kammeels u. s. w. im Werthe von nicht mehr als 30 Cents per Pfund, soll per Pfund derselbe Zoll entrichtet werden, den dieses Gesetz für 1 1/2 Pfund ungewaschener Wolle der ersten Klasse festsetzt, also 1 1/2 x 11 = 16 1/2 Cents und außerdem um 30 pCt. des Werthes. Beträgt der Werth mehr als 30, aber nicht über 40 Cents, dann soll per Pfund doppelt so viel erhoben werden, wie dieses Gesetz für 1 Pfund ungewaschener Wolle der ersten Klasse bestimmt, also 2 x 11 Cents = 22 Cents; beträgt der Werth über 40 Cents und nicht mehr als 50 Cents per Pfund, dann soll per Pfund dreimal soviel Zoll erhoben werden, wie dieses Gesetz für 1 Pfund ungewaschener Wolle I. Klasse festsetzt, außerdem von allen obenangeführten Artikeln 35 pCt. des Werthes.

Für fertige Kleider und Bekleidungsgegenstände jeder Art, ganz oder zum Theil fertig gemacht, und nicht speziell in diesem Gesetze vorgesehen, Plüsch und andere haarige Stoffe und Filz, sowie Filzwaaren, ganz oder zum Theil hergestellt aus Wolle, Kammgarn u. s. w., soll per Pfund 1/2 mal soviel Zoll, wie dieses Gesetz für 1 Pfund ungewaschener Wolle, also 1/2 x 11 gleich 5 1/2 Cents, und außerdem 60 pCt. des Werthes erhoben werden (früher 40 Cents per Pfund und 35 pCt. des Werthes), der Zollsatz für Mäntel, Dolmans, Jaketts, Talmas, Wäster u. s. w. ist in dergleichen Höhe festgesetzt worden, wie die im vorhergehenden Satze für fertige Kleider u. s. w.

Von anderen Waaren seien noch angeführt: Spitzen, Stickereien, Taschentücher, Halbkrausen und Mützen, fertige Kleidungsstücke jeder Art, einschließlich Strickwaaren, verfertigt ganz oder theilweise vom Schneider, Fabrikant oder der Schneiderin früher 50 pCt. des Werthes.

Außer diesen erhöhten Zollfällen wird jetzt der Export nach America dadurch ganz bedeutend erschwert, daß die amerikanischen Konsuln angewiesen sind, die Möglichkeit der die Waaren begleitenden Fakturen genau zu prüfen, bevor sie beglaubigt werden, während früher ein gewisses Geben lassen sich eingebürgert hatte. Da die meisten Zölle sowohl Gewicht als Werthgröße sind, so ist für den Anseh des Werthvolles die Faktura maßgebend.

Der vorstehend kurze Auszug aus dem Zollgesetze genügt, um zu zeigen, welcher vernichtende Schlag die Berliner Konfektionsbranche getroffen hat. Fürst Bismarck hat an den Amerikanern nicht bloß geschriege Schüler gefunden, sie haben ihn bei Weitem übertroffen, sie haben durch eine Klausel in der Mac Kinley-Bill festgesetzt, daß wenn irgend ein Staat einem anderen Staate für seine Produkte günstigere Einfuhrbedingungen als dem nordamerikanischen Freistaate zugesticht, die Einfuhr aus jenem Staate gänzlich untersagt werden kann. Mit dieser Bestimmung ist dem Abschlusse von Handelsverträgen unsererseits ein schweres Hinderniß geschaffen. Die Arbeiter werden jetzt wieder die Segnungen der hochgepriesenen Regierung Kaiser Wilhelm I. und seines großen Kanzlers aufs Neue recht lebhaft empfinden lernen.

Die Fortschritte, welche die Anwendung der Elektrizität in der Heilkunde während der letzten Jahre gemacht hat, sind so überraschend, daß es dringend nöthig ist, auf diese Fortschritte von Zeit zu Zeit einen Blick zu werfen, wenn man über die Vervollkommnungen auf dem Gebiete der Heilkunde unterrichtet bleiben will. Noch bis vor kurzem galt das Gehirn als ein "Nähr mich nicht an" für die Anwendung des elektrischen Stromes zu Heilzwecken. War es auch klar erwiesen, daß man mit der Stromleitung das Gehirn in seiner geschlossenen Schädelhöhle treffen kann, so entschloß sich hierzu doch nie oder selten der Arzt, da er wußte, daß bei der Anwendung des elektrischen Stromes unangenehme Nebenwirkungen für den Patienten nicht ausbleiben. Namentlich stellte sich gewöhnlich bei den Kranken, deren Gehirn mittelst des elektrischen Stromes behandelt wurde, während dieser Behandlung Bewußtlosigkeit ein, und diese den Patienten lästige Erscheinung bewog die meisten, das Verfahren nicht weiter an sich vornehmen zu lassen.

Bisher war es üblich, genau diejenigen Stellen des Gehirns, die man als erkrankt annehmen konnte, mit dem elektrischen Strom zu behandeln, indem man genau an diesen Stellen die Stromleitungen einsetzte. Gewöhnlich geschah das in der Richtung von der einen Seite des Schädels nach der andern, also in der Querrichtung und gerade hierbei wurde das Eintreten der Bewußtlosigkeit des Patienten beobachtet; ohne starkes Schwindelgefühl ging es für den so behandelten Kranken fast nie ab. Nun macht Dr. Hermann Gehler in Suttgart die Mittheilung, daß er diese unangenehme Erscheinung beseitigt habe und zwar dadurch, daß er die Stromleitung nicht in der Querrichtung des Schädels, sondern in der Längsrichtung, von der Stirn zum Nacken, wirken lasse. Man muß allerdings in diesem Falle weit darauf verzichten, gerade die erkrankte Stelle des Gehirns in den dichtesten Stromkreis zu bringen, aber es gelingt doch, das Gehirn im Ganzen so unter die Stromwirkung zu setzen, daß ein Theil auf die erkrankten Partien fällt. Der Heilerfolg wird dadurch zwar etwas verlangsamt, aber es

werden auch die lästigen Nebenerscheinungen, Bewußtlosigkeit und Schwindel, vermieden.

Um diese Behandlungsart anschaulich zu machen, theilt Dr. G. folgenden Fall mit: Ein 45 Jahre alter Magistratsdiener, der bereits im Jahre 1888 einen Schlaganfall erlitten, von dem er sich langsam wieder erholt, erlitt im November v. J. nochmals einen Schlaganfall, welcher die linke Körperhälfte befiel, namentlich den Arm. Während die Lähmungserscheinungen rasch verschwanden, blieb eine Sprachstörung bestehen, welche den Patienten völlig unfähig machte, seinem Berufe vorzutreten, weshalb er sich in ärztliche Behandlung begab. Sein Gang war unsicher und taumelnd, so daß er nur in Begleitung ausgehen konnte. Die Störung der Sprache war hochgradig. Nachdem er in häßlicher überstürzter Weise einen Satz begonnen hat, bleibt er plötzlich mitten in demselben stehen, namentlich wenn Worte, die mit „h“ beginnen, vorkommen und kommt erst nach längerer Zeit unter gewaltiger Anstrengung weiter. Ganze Sätze, auch nur ganz kurze, kann er nicht aussprechen, wiewohl er vollständig weiß, was er sagen will. Dabei besteht heftiger Kopfschmerz, Schmerz in der Herzgegend und hochgradiger Schwindel. Es wurde die Längsleitung des elektrischen Stromes von der Stirn zum Nacken vorgenommen, wo man den Strom 1 1/2 Minuten wirken ließ. Hieraus leitete man den Strom 4 Minuten lang zwischen dem vorderen Theile des Ohres und dem Nacken. In dieser Weise wurde der Kranke drei Mal wöchentlich behandelt. Schon bei der zweiten Sitzung zeigte sich eine erhebliche Besserung seines Zustandes; nach der achten Sitzung ist die Sprache soweit wiederhergestellt, daß der Patient sich, wenn auch noch manchmal stockend, verständlich machen kann. Bis Anfang Mai sind Schwindel und Kopfschmerz dauernd verschwunden, die Sprache vollkommen deutlich, auch in längeren Sätzen und Ende Juni wurde der Patient als vollständig geheilt entlassen.

Selbstmord auf dem Wasser. Am vorgestrigen Abend zwischen 7 und 8 Uhr miethete der in der Bergstraße wohnhafte Mechaniker Voigt in der Alten Taverne zu Stralau ein Ruderboot und fuhr mit demselben in der Richtung nach Treptow davon. Plötzlich ertönte aus dem Boot ein Schuß. Der Salvo-plastiker Otto Braunschweig, der sich mit seinem Segelboot in der Nähe befand, feuerte nun sofort aus jenes Boot zu und fand in demselben den Insassen mit einer Schußwunde im Kopf auf dem Boden liegen. Er besichtigte das Fahrzeug an sein Segelboot und fuhr damit ans Ufer von Stralau. Dort wurde der Selbstmörder aus Land geschafft; der Tod war bereits eingetreten. Man fand bei der Leiche einen an einen Herrn Philipp gerichteten Brief, in welchem V. erklärt, daß er einer unheilbaren Krankheit wegen sein Leben gewaltsam beendet habe.

Am vorgestrigen Nachmittag hat auch ein junger Rautzmann, Namens Braun, welcher als Chambrégarnist in der M. z. zafenstraße gewohnt hat, seinem Leben ein gewaltsames Ende bereitet. Mittels eines Revolvers, den er am Sonntag Vormittag gekauft, hatte er sich am Nachmittag auf dem Tempelhofer Felde am Schöneberger Wege zwei Kugeln in die Brust gejagt und sich hierdurch auf der Stelle getödtet. Man fand bei der Leiche zwei Briefe, von denen der eine an die Eltern des V., der andere an seine Braut gerichtet war. In diesen Briefen bat der Selbstmörder um Verzeihung für seine That.

Durch die Fälschung verdorbenen Weizenmehles sind einige Bäcker und Konditoreien im Südosten der Stadt empfindlich geschädigt worden. Dieselben hatten das ihnen von einem hiesigen Großhändler gelieferte Mehl ohne weitere Prüfung zum Verbrauchen gegeben. In den letzten Tagen nun sind die aus dem Mehl hergestellten Backwaren fast sämmtlich von den Käufern wieder zurückgebracht worden, da das Gebäck dumpfig riecht und einen höchst unappetitlichen Geschmack entwickelt. Die geschädigten Bäcker und Konditoreien haben sich nun zunächst gemeinsam an den Mehlhändler gewendet und demselben das Mehl zur Verfügung gestellt, auch Schadenersatz für das durch seine Schuld verdorbene Gebäck verlangt.

Berichts-Beilage.

In der vergangenen Woche beschäftigten sich die verschiedenen Abtheilungen des Schöffengerichts mit einer ganzen Reihe von Anklagen gegen Kaufleute, welche von der Polizeibehörde mit Geldstrafen belegt worden sind, weil sie während des Sonntags ihre Geschäfte offen gehalten hätten. In den meisten dieser Klagen wurde jedoch von einer richterlichen Entscheidung noch Abstand genommen, weil binnen kurzer Zeit vor dem Kammergericht ein gleichartiger Fall endgiltig zur Verhandlung kommen wird. Für die betreffenden Angeklagten ist die Verurteilung infolge von Ruhen, weil dieselben das Urtheil des Kammergerichts abwarten können und dann erst nach der günstigen oder ungünstigen Entscheidung desselben den Entschluß zu fassen brauchen, ob sie die Polizeitrafen bezahlen oder es auf ein gerichtliches Erkenntnis ankommen lassen wollen.

Die **Erpressungsversuche** und persönlichen Angriffe, denen der Stadtrath Ramroth ausgesetzt gewesen, bildeten die Grundlage einer Anklage, welche gestern vor der dritten Kammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Ein früherer Termin war vertagt worden, weil der Gerichtshof das Verhalten des Angeklagten, des Stadtrathen Carl Gustav Töpfer, für so unbegreiflich hielt, daß er die Untersuchung auf dessen Geisteszustand anordnete. Der Angeklagte, der Sohn eines Bürgermeisters, ist total heruntergekommen und ein äußerst gefährlicher Mensch, er verübte bereits wegen Erpressung mehrere Gefängnisstrafen und ist wegen Eigenthumsvergehen mehrfach im Zuchthause. Er ist früher vom Arbeitshause dem städtischen Obdach als Schreiber überwiesen worden. Nachdem er auf freien Fuß gesetzt wurde, richtete er seine Angriffe gegen den Stadtrath Weise und andere Beamte des städtischen Obdachs. Die Folge war, daß er am 8. Juni v. J. wegen Erpressung und wissenschaftlicher Fälschung zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt wurde. Ramm hatte er diese Strafe verbüßt, als er in der hartnäckigsten Weise die Erpressungen wieder aufnahm. Zunächst erhielt der Stadtrath Ramroth, der ebenfalls zum Kuratorium des städtischen Obdachs gehört, von dem Angeklagten mehrere Briefe, in denen der Schreiber einige hundert Mark forderte unter der Androhung, sonst Enthüllungen machen zu wollen, die dem Magistrat unangenehm sein müßten. Der Stadtrath Ramroth schenkte den Briefen keine Beachtung. Jetzt griff der Angeklagte zu drastischeren Mitteln. Als er eines Tages einigen Magistratsbeamten begegnete, erklärte er denselben, daß er den Stadtrath Ramroth niederschlagen werde, wo er ihn treffe, wenn derselbe ihm nicht 300 M. gebe. Er fügte hinzu, daß er ein Gewaltmensch sei und daß es ihm auf 5 Jahre Zuchthaus gar nicht antomme. Ramm wurde Töpfer wieder verhaftet. Im Termine behauptete der Angeklagte, daß ihm schweres Unrecht geschehen und er dadurch im hohen Grade gereizt worden sei. Er habe im Hflg vom Morgen bis zum Abend gearbeitet und sei ihm deshalb von dem Vorstande eine Vergütung in Aussicht gestellt worden. Er müsse es geradezu für einen Hohn halten, als man ihm bei seiner Entlassung 20 M. einhändigte. — Stadtrath Ramroth erklärte, daß der Angeklagte mit zäher Ausdauer die Beschuldigung gegen die Beamten des städtischen Obdachs aufrecht halte, dieselben hätten zu seinem Nachtheile sich Unterschleife zu Schulden kommen lassen und er lasse sich von diesem Wahne nicht abbringen, trotzdem ihm mitgetheilt worden sei, daß die vom Magistrat angeordnete Untersuchung das Grundlose seiner Verdächtigung aus zweifellosem dargehen. Da der medizinische Sachverständige, Sanitätsrath Dr. Philippus, den Angeklagten für geistig vollkommen gesund erklärte, so beantragte der Staatsanwalt gegen den Beherrschenden eine Gefängnisstrafe von einem Jahr. Das Urtheil lautete dem Antrage gemäß.

Soziale Uebersicht.

Aufruf an die eingeschriebenen sowie die auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen. Nachdem bereits vor zwei Jahren seitens der unterzeichneten Kommission ein Aufruf zur Beschickung eines Kongresses der freien Krankenkassen erlassen wurde, ist nunmehr die Nothwendigkeit vorhanden, diesen Kongress abzuhalten, da sich der deutsche Reichstag schon in den nächsten Monaten mit der Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes beschäftigen wird.

Die neueste Nummer des „Reichsanzeigers“ veröffentlicht den diesbezüglichen Gesetzentwurf und sind die Vertreter der freien Kassen nunmehr in der Lage, Stellung zu demselben nehmen zu können. Wir berufen deshalb den Kongress der eingeschriebenen sowie auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen des Deutschen Reichs zum November cr. nach Berlin ein, und erwarten, daß keine freie Krankenkasse auf diesem Kongress unvertreten bleibt. Es gilt zu zeigen, daß die freien Kassen eine Bedeutung erlangt haben, mit der zu rechnen ist, wenn man überhaupt das Selbstbestimmungsrecht des Volkes achten will. Mögen auch bei dieser Gelegenheit die Arbeiter sich mündig zeigen, und ihre Ansichten über den vorliegenden Gesetzentwurf in Anträgen bekunden, die dem Kongress zur Berathung unterbreitet werden können.

Sämmtliche Anträge, sowie die Anmeldungen von Delegirten sind zu richten an:

L. J. Levinson, Altona, Blücherstraße 21.
Nähere Bekanntmachungen erfolgen demnächst.
G. Blume, C. Deisinger, L. J. Levinson.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Drechsler und Verussgenossen Berlins tagte am 7. Oktober in May's Festsaal, Benthstr. 22, bei folgender Tagesordnung: 1. Der Rathenower Streik und seine Bedeutung für Berlin. 2. Disillusion. 3. Bericht der Delegirten der Berliner Streik-Kontrollkommission. 4. Verschiedenes. — Den Vorsitz führte Kollege Lutz. Zum 1. Punkt der Tagesordnung referirte Kollege Rautenberg. Er gab zunächst eine treffende Schilderung der Rathenower Zustände und Thätigkeit der Kommission in dieser Sache. Er führt etwa folgendes aus: Infolge der enormen Lohnabzüge des Herrn Günther (Firma Möbly) seien die dortigen Kollegen gezwungen gewesen, die Arbeit niederzulegen, und bisher sei noch keine Aenderung dafolgt eingetreten. An der Hand einer Reihe von Zahlen beweist der Referent obige Thatsache, wodurch den dortigen Kollegen eine menschenwürdige Existenz entzogen wurde. Zwar suchte der genannte Chef jedwede Schuld von sich abzuwälzen und der Fabrikleitung zuzuschreiben. Ebenso vertrat er die Ansicht, daß wohl nur mangelnder Fleiß der Drechsler die Ursache ihres jetzigen geringen Verdienstes sei, obgleich ihm von Seiten der Kommission der Abzug von durchschnittlich 25 pCt. nachgewiesen wurde, gegenüber dem früheren Verdienst von ca. 17—18 M. bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit in einem Raum mit den denkbar schlechtesten sanitären Verhältnissen. Nachdem der Herr Fabrikant nochmals erklärt hatte, er werde den „Hebeteien“ niemals weichen und unter keinen Umständen nachgeben, möchte es kosten was es wolle, war die Thätigkeit der Kommission vorläufig dort beendet. Kollege Rautenberg legte es nochmals allen Drechsler warm an's Herz für die Unterstützung der dortigen bedrängten Kollegen kräftig einzutreten und deren Kampf voll und ganz zu dem ihrigen zu machen, namentlich, da die meisten Familienväter seien und trotz der kurzen Zeit ihrer Angehörigkeit zu unserer Organisation doch schon ihre Gesinnungslüchtigkeit bewiesen hätten. Mit einem Appell an die Berliner Kollegen, unter allen Umständen etwa aufzubringende Rathenower Arbeit zurückzuweisen, denn nur Einmüthigkeit könnte den Rathenowern zum Siege verhelfen, da deren Mißlingen auch für die Berliner mißliche Folgen nach sich ziehen würde. Mit diesen Worten schloß Kollege Rautenberg sein mit Beifall ausgeführtes Referat.

Zur Disillusion sprach Kollege Hilbrandt und schilderte durch einige Beispiele die Macht der Kapitalisten, wenn es gelte den Arbeitern gegenüber etwas durchzusetzen und diesen die geringsten Vortheile streitig zu machen. Ferner betheiligten sich hieran noch die Kollegen Lutz, Plagens und Jonsas, welche besonders die materielle Unterstützung der Ausständigen betonten. Hierauf gelangte ein vom Kollegen Lutz gestellter Antrag zur Annahme.

Die Sammlungen auf Streiklisten für die ausständigen Rathenower Kollegen, zugleich auch der nothwendigen Arbeiter Bergedorfs, fortzusetzen und die Verteilung des Ertrages der Lohnkommission, je nach Bedürfnis zu überlassen.

Zum dritten Punkt nahm Kollege Hilbrandt das Wort und gab einen klaren Bericht der Thätigkeit der drei Mitglieder der Berliner Drechsler in der Berliner Streik-Kontrollkommission. Nach einigen kurzen Aussetzungen der Kollegen Lutz, Trümper und Ewers, erklärte sich die Versammlung mit der Ausführung desselben einverstanden.

Zum vierten Verschiedenes macht Kollege Lutz auf die Sonntag, den 12. Oktober, in Deigmüller's Sale, Alte Jakobstr. 48a stattfindende kombinierte Mitgliederversammlung aufmerksam, insofern der wichtige Tagesordnung sei es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen. Schluß 12 Uhr.

Der **Unterstützungsbund der Hausdiener Berlins** hielt am Dienstag, den 7. Oktober, eine ordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Mittheilungen und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Jahresberichte. 3. Vorlesen des neuen Statuts und Wahl des Gesamtvorstandes und der Revisoren. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Nachdem das Protokoll in seiner Fassung angenommen, theilte der Vorsitzende mit, daß sich 4 Kollegen gesund und 2 krank gemeldet haben und daß der Vorstand mit der Kommission das neue Statut ausgearbeitet und heute der General-Versammlung zur Genehmigung vorlegen werden; ferner daß im Monat September 47 Mark an Mitglieder-Beiträgen gezahlt worden sind und das Stiftungsfest in der schönsten Weise verlaufen ist. Mitgliedschaft suchten 32 Kollegen nach, welche von dem Vorsitzenden in der gewohnten Weise in den Bund eingeführt wurden. Bei Punkt 2 der Tagesordnung „Jahresberichte“ erhielt der Kassirer, Kollege Wiemer, das Wort. Derselbe führte aus, daß der Bund in diesem Geschäftsjahre eine Einnahme von 6852,10 M. und eine Ausgabe von 6812,72 M. hatte, es bleibt also ein Vorrath von 399,38 M. Dieser Bericht wurde von den Revisoren bestätigt und dem Kassirer sowie Revisoren Decharge ertheilt. Hierauf erhielt der Stellvertreter Kollege Graner das Wort. Derselbe führte aus, daß in diesem Geschäftsjahre 693 Stellen gemeldet und davon 592 Stellen besetzt worden sind: der Durchschnittslohn betrug 15 bis 23 M. pro Woche. Alsdann erhielt der Obmann der Rechtsschutzkommission, Kollege Perlemann, das Wort. Derselbe führte aus, daß 23 Kollegen den Rechtsschutz nachgesucht haben; davon sind zwei Kollegen mit der Klage abgewiesen worden. Eingeklagt wurden 437,80 M. und waren dazu 17 Termine erforderlich. Kollege Müller vom Vergütungskomitee theilte noch mit, daß von den stattgehabten Festen 1883,30 M. Ueberschuß erzielt worden sind. Außerdem stehen noch von den letzten stattgehabten Festen Billets aus, so daß im ganzen 1600 M. Ueberschuß aus den Festen erzielt worden sind. Nachdem nun noch der Vorsitzende den Jahresbericht abgestattet hatte, wurde auf Antrag dem Gesamtvorstand sowie der Rechtsschutzkommission und dem Vergütungskomitee Decharge ertheilt, und in Punkt 3 der Tagesordnung „Vorlesen des neuen Statuts und Wahl des Gesamtvorstandes und der Revisoren“ eingetreten. Das Statut wurde nach einigen Abänderungen ange-

nommen und beschlossen, das neue Statut vom 1. November d. J. ab in Kraft treten zu lassen. Nachdem die Kollegen Kollege Perlemann und Albold ins Bureau gewählt waren, wurde die Wahl geschritten. Gewählt wurden die Kollegen Kessler als 1. Vorsitzender, Lambrecht als Stellvertreter; G. Wiemer, 1. Kassirer; Langewisch, Stellvertreter; Vogel, 1. Schriftführer; Fröbrot, Stellvertreter; als Revisoren die Kollegen: Franz, Bartel und Albold. Zu Kontrolleuren wurden die Kollegen: Lange, Bengsch und Blume gewählt. Hierauf wurde in Punkt 4 der Tagesordnung, Verschiedenes und Fragekasten, eingetreten. Der Vorsitzende giebt bekannt, daß am 17. d. Mts. bei Jordan, Frau Grüntraße, für die Kranken- und Sterbeliste der Berliner Hausdiener (G. J. Nr. 61) eine ordentliche Generalversammlung stattfinden und bittet der Vorsitzende die Mitglieder, der reichhaltigen Tagesordnung wegen zahlreich zu erscheinen. Indem noch einige Sachen sowie der Fragekasten zur Zufriedenheit aller Anwesenden erledigt worden waren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf das fernere Gedeihen des Bundes um 1 1/4 Uhr durch den Vorsitzenden geschlossen.

Die **Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins** hielt am Sonntag, den 12. Oktober, Vormittags 11 Uhr, in Schiffer's Salon, Inselstr. 10, ihre regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Abrechnung vom 8. Quartal 1883. 2. Die Angelegenheit Gahmann wider Brunke. 3. Vereinskassenangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Nach Verlesung des letzten Protokolls, welches ohne Widerspruch angenommen wurde, erhielt der Kassirer zur Abrechnung das Wort. Da auch diese ohne Widerspruch der Versammlung blieb und die Revisoren die Richtigkeit derselben bekundeten, wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. Ueber die Angelegenheit Gahmann wider Brunke entspann sich eine lebhafteste Debatte, ein Antrag, daß dem Kollegen Brunke von dem Vorstande eine Klage ertheilt werden sollte, kam nicht zur Abstimmung, weil sich Kollege Gahmann damit zufrieden stellte, daß die Sache vor der Oeffentlichkeit zum Austrag gebracht wurde. Zum 3. Punkt Vereinskassenangelegenheiten wurden zwei Unterstützungsgefuche kranker Mitglieder bedürftiger Mitglieder vorgelesen und nachdem mehrere Kollegen die Nothlage der Hilfsuchenden der Versammlung zu Herzen führten, wurde einer mit 20 M. und der andere mit 30 M. unterstützt. Ein Antrag, am Schluß der Versammlung eine freiwillige Zellerammlung zu veranstalten und sie nachher extra an die beiden kranken Kollegen zu vertheilen, wurde abgelehnt. Ferner wurden auf ein Gesuch die streikenden Glasarbeiter von Bergedorf mit 50 M. unterstützt. Hierauf wurde die Angelegenheit Böh und Wallentin wegen rückständiger Abonnementgelder für das Organ „Der Arbeiter“ zur Debatte gestellt, welche sich sehr in die Länge zog, bis schließlich ein Antrag gestellt und angenommen wurde, es der Verlagsverwaltung überlassen, für ihre Ausstände selbst einzutreten. Ferner wurde diejenigen Ferkonitee-Mitglieder von dem Stiftungsfeste 1883, welches im böhmischen Brauhause stattfand, aufgefordert, sich beim Vorstande zu melden, welche damals von der Gratifikation von 10 M. welche der Oekonom dem Leiter des Komitees Karl Wallentin gegeben hat, nichts bekommen haben, um endlich einmal die Sache zu Ende zu bringen. Das Arrangement einer Matinee zu Ende November wurde dem Vorstande übertragen. Der Versammlung wurde von Kollege Gutsch bekannt gemacht, daß sich einzelne Mitglieder jetzt weigern, ihre rückständigen Extrabeiträge zu entrichten und daß auf Grund dessen solche Kollegen nicht mehr als Mitglieder zu betrachten seien, wenn sie sich den Beschlüssen der Vereinigung nicht fügen wollen. Ein Streitigkeit zwischen Gahmann und Hohlstädt konnte nicht zu Ende geführt werden, weil die Versammlung wegen zu großer Unruhe und Tumultes geschlossen werden mußte, denn es war nicht mehr, als ob jenseitige Arbeiter über ihre Lage debattirten, sondern als ob sie sich am äußersten Ende der Thürstraße befand, dieses mögen sich die Störenfriede hinter die Ohren schreiben. Nächste Versammlung am 9. November.

Eine **Versammlung** von den auf Grund des § 41 des Unfallversicherungs-Gesetzes gewählten Arbeitervertretern und Beisitzern der Saidsgerichtes fand am Mittwoch, den 8. Oktober, unter Vorsitz des Herrn Riese im Seefeld'schen Lokal, Grenadierstraße 33, statt. Erschienen waren außerdem noch einige der gewählten Vertreter zu den Ausschüssen des Arbeitervereins und Invaliditätsgesetzes. — Herr Buchholz, nächsttändiges Mitglied des Reichs-Versicherungsamts, erstattete zunächst Bericht über die Beschlußfassung des R. V. A. zu den Fragen betreffend die Abänderung des Unfallversicherungs-Gesetzes. Diese Fragen haben bereits den Verussgenossenschaften vorgelegen, und haben auch die Arbeitervertreter Berlins und Umgebung in der Versammlung vom 3. September (s. Bericht „im B. V.“) hierzu Stellung genommen. Aus dem Bericht des Herrn Buchholz geht hervor, daß das R. V. A. in einigen Fragen den Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion wie den Wünschen der Arbeitervertreter zugestimmt, daß aber in anderen Fragen die Majorität nicht dafür zu haben war, so z. B. die Frage: Ob künftig auch der Unfall, welcher sich auf dem Wege zur und von der Arbeit ereignet, als Vertriebsunfall anzusehen sei, vom Reichs-Versicherungsamt verneint worden, wühingegen die Arbeitervertreter denselben dringend befürwortet hatten. Eine andere Frage: Ob auch, wenn das Heilverfahren vor der vierzehnten Woche abgeschlossen ist, eine Entschädigung für theilweise Erwerbsunfähigkeit gewährt werden soll, ist zwar im Prinzip bejaht, doch sollen nach dem Reichs-Versicherungsamt die Krankenkassen diese Lasten tragen. Man war in der Versammlung allgemein der Ansicht, daß solchen diese Beschlüsse als Gesetzesvorlage erscheinen, ein allgemeiner Protest gegen dieselben eingeleitet werden müsse. Alsdann verliest Herr Buchholz den Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamts für das Jahr 1880. Es wurde aber von der ganzen Versammlung Abstand genommen, da derselbe 16 Druckseiten groß Folio umfaßt, und der Wunsch ausgesprochen wird, daß es eine Ausgabe der gründenden Vereinigung sein müsse, dieses Material allen Vertretern sowie allen Arbeitervereinigungen zuzustellen, da es für den einzelnen zu theuer sei. Es entspann sich dann noch eine Debatte darüber, ob nicht jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, eine Vereinigung der Arbeitervertreter zu gründen, um alle die Wünsche, welche sich bisher gezeigt haben gemeinsam besprechen und erfüllen zu können. Es wurde vielfach konstatiert, daß das Befahren der einzelnen Verussgenossenschaften gegenüber den Unglücken ein hartzeriges, wenn nicht noch schlimmeres sei. Es wurde schließlich eine Kommission von 6 Personen gewählt, welche die Sachen vorarbeiten soll.

Der **Verband deutscher Mechaniker und verwandter Verussgenossen** hielt am 8. Oktober eine Generalversammlung ab. In derselben erstattete Kollege Schönmann, als Delegirter des am 30. September in Wiesbaden stattgehabten Verbandstages einen umfassenden Bericht. Besonders hervorzuheben wäre, daß der Antrag der Zahlstelle Hamburg, welcher die obligatorische Einführung der „Deutschen Mechaniker-Zeitung“ verlangt, angenommen wurde. Der Beitrag wird demnach im neuen Geschäftsjahr 80 Pf. pro Monat betragen, derselbe kann jedoch wöchentlich à 20 Pf. bezahlt werden. Der Antrag der Berliner Zahlstelle, den Zentral-Arbeitsnachweis nach Berlin zu verlegen, wurde ebenfalls angenommen. Der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Schönmann, theilte noch mit, daß die Zahlstelle in Hamburg verbleibe. Im Weiteren berichtet der Referent, daß am Sitz des Verbandes ein Zentral-Unterstützungsfonds eingerichtet worden ist. Von den bei jeder Zahlstelle eingehenden Geldern des Unterstützungsfonds sind monatlich mindestens 50 pCt. an den Zentralfonds abzuliefern. Nach Beendigung des Verbandstages als gerade nicht für vortheilhaft den Verband hervorzuheben, hauptsächlich fand die obligatorische Einführung der „Mechaniker-Zeitung“ nicht die volle Sympathie der Berliner Zahlstelle.

Der Kassierer verlas sodann den Kassenbericht vom 3. Quartal 1890. Demnach waren an Einnahmen 255 M. 62 Pf., an Ausgaben 248 M. 38 Pf., bleibt Bestand für nächstes Quartal 7 M. 24 Pf. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Sodann nahm die Versammlung den Antrag an, wonach die übrige Tagesordnung der vorgerückten Zeit wegen bis zur nächsten Sitzung vertagt wurde.

Eine öffentliche Versammlung der Lederarbeiter Berlins und Umgegend tagte am Montag den 6. Oktober in Hoffmann's Sälen, Oranienstr. 180, unter dem Vorsitz des Kollegen Däbel mit der Tagesordnung: „Bericht der Lohnarbeits-Kommission, worüber Kollege Schulz referierte. Redner beleuchtete an der Hand eines früheren Beschlusses, welcher eine Lohn-erhöhung von 25 pCt. auf sämtliche Artikel unserer Branche verlangte, welche Vortheile demgegenüber eine Regulierung sämtlicher Artikel darbietet. Redner wies nach, daß nach dem gesammelten Material der Lohnarbeits-Kommission der Unterschied in den Preisen bei gleicher Arbeit und gleicher Sauberkeit in den verschiedenen Werksstätten eine Höhe von 33-35 pCt. erreiche, ferner wies Kollege Schulz darauf hin, daß hier eine allgemeine 25 prozentige Lohn-erhöhung die Schäden, welche bei dieser Branche vorzögen, nicht beseitigt werden. Darum ist es nötig, daß man den Fabrikanten, welche Mittelwaaren zu Grobwaaren machen, und gute, feine Waaren zu Mittelwaaren herunter drücken und demgemäß Mittelwaaren-Preise für gute Arbeit bezahle, um nur gegen die anständigen Geschäfte konkurrieren zu können, und diese durch diesen Konkurrenzkampf dazu zwingen, daß sie dieselben Artikel fabrizieren und dieselben Schandpreise dafür zahlen, daß man solchen Geschäften die Arbeitslöhne auf jeden Artikel vor-schreiben muß. Das ist hier das allein Richtige, um in Zukunft einer weiteren Reduzierung der Löhne vor-zubehalten. Zum Schluß wies Redner darauf hin, daß durch ein einmütiges Zusammengehen sämtlicher Kollegen eine Besserung zu erzielen ist, darum empfehle er sämtlichen Kollegen, sich der schon bestehenden Fachorganisation anzuschließen, denn durch Einigkeit läßt sich Großes erreichen, durch Uneinigkeit nichts. Hierauf wurden die einzelnen Tarife der verschiedenen Branchen vorgelesen, soweit dieselben festgesetzt waren. Hieran knüpfte sich eine lebhafte Diskussion, woran sich die Kollegen Wunschel, Gorch, Däbel, Sturm, Gögelt und Heindle beteiligten.

Ferner kam ein Antrag des Herrn Wunschel zur Annahme, der dahin geht, den Tarif nochmals der Kommission zu über-weisen und wenn derselbe vollständig ist, denselben in Druck zu geben. Ferner wurde die Kommission ergänzt und die Kollegen G. Schmidt und Bruno für englische Tischchen, und die Kollegen Wunschel und Sturm Gögelt für Lackarbeiten gewählt. — Unter Punkt „Verschiedenes“ wies Kollege Heindle auf die Be-schlüsse der Berliner Streit-Kontrollkommission hin und stellte hierzu den Antrag, daß es Pflicht eines jeden Kollegen ist, gegen die Verbreitung des „Berl. Lokal-Anzeiger“ zu agitieren. Derselbe wurde angenommen.

Ferner wurde beschlossen, die heutige Teller-Versammlung der Berliner Streit-Kontrollkommission zu überweisen. Nach Annahme dieser Beschlüsse legte Kollege Heindle sein Amt als Delegierter der Berliner Streit-Kontrollkommission nieder, mit der Begründung, weil Schwierigkeiten mit dem Geseh der Berliner Streit-Kontrollkommission daraus könnten entstehen, wenn Vorstandemitglieder einer gewerkschaftlichen Organisation derselben angehören. An Stelle dessen wurde nun Kollege Zander in die betreffende Kom-mission gewählt. Zum Schluß wurde noch das Bureau beauf-tragt, eine öffentliche Versammlung einzuuberufen mit der Tages-ordnung: Stellungnahme zum gewerkschaftlichen Kongress im November dieses Jahres.

Am 9. d. Mts. hielt der sozialdemokratische Wahl-verein des 2. Wahlkreises eine sehr gut besuchte Versamm-lung im „Königs-Hof“, Bülowstraße, ab. Die Tagesordnung war folgende: 1. Vortrag des Regierungsbaumeisters a. D. Repler über das sozialdemokratische Programm. 2. Diskussion. 3. Verschie-denes. Der Referent bemerkte zu Anfang seines Vortrages, daß es ihm freue, nach vierjähriger Verbannung, wo er in Deutschland habe von Ort zu Ort wandern müssen, und so die Noth und das Elend unter der Bevölkerung kennen gelernt habe, wieder vor den Berliner Genossen sprechen zu können. Denn was das Aus-nahmegesetz auf ihn gewirkt habe, gehe daraus hervor, daß er als unbewußter Sozialdemokrat fortgesetzt wurde und als über-zeugungstreuer Sozialdemokrat wiedergekommen ist.

Auf den Hauptpunkt unseres Programms eingehend, sagte er, daß die Arbeit nicht die Quelle allen Reichthums sei, denn es gebe auch Reichthum, der nicht aus der Arbeit resultire. Daher wäre es besser, wenn im Programm statt des Wortes Reichthum „Wohlbestanden“ ge-setzt würde. Nützliche Arbeit sei nämlich jede auf das Wohl-stand der Menschen gerichtete Thätigkeit. Spekulation sei keine Arbeit. Die richtige nützbringende Arbeit sei die werththätige Arbeit, denn die Kultur wird erreicht durch die Arbeit der gesell-schaftlichen Menschheit und daher ist die Arbeit zum Wohle der

Menschen erforderlich. Der Ausspruch des Ministers Herrfurth: die Sozialdemokraten sind Leute, die nicht arbeiten, aber gut leben wollen, ist vollständig unzutreffend, und wir sagen zur Wahrheit den Spruch: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ Reichsfreiherr von Fechenbach sagte schon längst, daß die Arbeiter um ihren Lohn gebracht worden sind, und daß 22 pCt. der Männer nur die Futterkosten bekommen zur Erhaltung ihres Körpers. Durch die Knappschafts-Vereine ist statistisch nach-gesehen worden, daß auch das Durchschnittsalter von Jahr zu Jahr immer niedriger wird. Daß die Arbeiter-klasse sich selbst zu befreien habe, beweise das Verhalten des Unternehmertums gegenüber den kaiserlichen Erlässen, gegen die es, wie überhaup gegen alle Reformen, Front mache, indem es behaupte, daß dadurch nur die Begehrlichkeit der Ar-beiter gereizt werde. So international wie das Kapital müsse auch die Arbeit geregelt werden. Daß die Geschäfte so schlecht gehen, daran sei nur das Militär schuld und deshalb fordern wir Abschaffung des ganzen Militarismus durch die Volkswehr. Ebenfalls Rechtspredigt durch das Volk wie in der Schweiz. Das Religionsgefühl sei eine Sache der Bildung und deshalb sei es richtig, die Religion als Privatfache zu be-trachten. — Wir fordern einen wirksamen Arbeiterschutz für Männer und Frauen und Abschaffung aller Kinderarbeit. Um in den sozialistischen Staat zu gelangen, müßten alle Arbeits-mittel in den Besitz der menschlichen Gesellschaft übergehen. Der Vortragende erntete für seinen so lehrreichen Vortrag reichen Beifall. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Abrom-witz, Anna und Loh in Sinne des Referenten. Unter Ver-schiedenem wurde noch angeregt, daß sich die Genossen zur Sammlung der Gelder für die Delegierten nach Halle recht zahl-reich beteiligen mögen.

Der Lehrverein der Berliner Studenten hielt am Montag, den 6. Oktober, in Jenters Lokal, Mühlstr. 11, seine regelmäßige Versammlung ab, mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Bildhauer Herrn Schneider über: „Die Entwic-klung der Musik“. 2. Neuwahl eines Revisors. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Nachdem die Versammlung eröffnet, sowie das Protokoll verlesen, theilte der Vorsitzende, Kollege Scherding, mit, daß der zweite Punkt der Tagesordnung infolgedes erledigt, als der Revisor, Kollege Hoffmann, seines ungebührlichen Betragens wegen um Entschuldigung bat und sein Amt wieder weiter zu führen beabsichtigt. Das Protokoll von der letzten Versammlung, welches eine Entschuldigung der Arbeitsnachweis-Kommission in sich birgt, wird von derselben nunmehr angefochten, und wünscht sie diesen Passus aus demselben gestrichen zu haben, da derselbe ungerichtet ist; aus einer kurzen Debatte wird die Angelegenheit dem Vorstände beauftragt, die Revidierung des Protokolls überweisen. Hierauf sind wiederum 10 Kollegen als Mitglieder aufgenommen worden. Der Herr Referent erntete für seinen einständigen Vortrag reichen Beifall. Zur Diskussion sprachen einige Redner im Sinne des Vortragenden, und wäre vorzugsweise zu wünschen, daß die Anwesenden den Sinn des Vortrages begriffen haben. Nach einigen unwesentlichen, aber erregten Debatten wurde die Ver-sammlung um 11 1/2 Uhr geschlossen.

Landsberg a. M. Am Donnerstag, den 9. d. M., tagte hier im großen Saale des Altien-Theaters eine überaus zahlreich besuchte Volksversammlung, in welcher Herr Gerich aus Berlin über die Ziele der Sozialdemokratie und die Aufgabe des Parteitag referierte. Im Eingange seines Vortrages gedachte der Referent des verflochtenen Sozialistengesetzes, seiner Härten und Grausamkeiten, sowie der Schwere Opfer, welche dasselbe dem arbeitenden Volke auferlegte. Wenn auch die Sozialdemokratie sich keinen Illusionen über die neue Aera hingabe, so sei es doch mit Freuden zu begrüßen, daß ein Zustand sein Ende erreicht habe, unter dem es nicht möglich war, die Ziele der Sozialdemokratie offen darzulegen, und in dem es von dem Bildungsgrade des ersten besten Polizeibeamten abhing, wie weit man in der Erörterung sozial-politischer Themas gehen konnte. Allseitig wurde der Vorwurf erhoben, daß die Sozialdemokratie ihr eigentliches Programm verheimliche, weil nach dessen Bekanntwerden sich zahlreiche Ar-beiter von der Sozialdemokratie lossagen würden. Diesen Vor-wurf zu erklären, werden sich die Sozialdemokraten keine Gelegen-heit entgehen lassen, bei welcher sie ihr Banner entrollen können. Redner verliest nun das Programm, um es in zwei-stündiger, von zahlreichen Beifall unterbrochener Rede eingehend zu erörtern und zu vertheidigen. Zum Schluß bemerkte Redner, daß auch der längste Vortrag nicht genüge, um das soziale Pro-gramm erschöpfend darzulegen, er forderte alle diejenigen, welche sich bisher der sozialen Bewegung gegenüber ablehnend oder in-different verhalten hätten, auf, sich durch Lesen guter Schriften ein zutreffendes Urtheil zu bilden. In der Diskussion ergreift das Wort Herr Amtsrichter Kurz: Was der Referent über Arbeiterschutz und Schutz der Kinder gesagt habe, sei ja ganz vor-trefflich gewesen, aber weshalb erst über eine Sache, die ohnehin ein Jeder wolle, viele Worte machen? Was aber der Referent sonst

noch vorgetragen habe, seien greuliche Irrlehren gewesen. Was bei-spielsweise das Sozialistengesetz anbelange, so könnten sich die Anwesen-nden darüber gar kein Urtheil bilden. Er habe in den 70er Jahren in Berlin studirt und er wisse daher, welche schreckliche Zeiten damals waren, zu deren Beseitigung etwas geschehen mußte. Jetzt seien ruhige Zeiten eingetreten, und nun mache man den Versuch, wieder mit dem gemeinen Rechte auszukommen. Was der Referent über Soldatenwesen und Kriege gesagt habe, sei total falsch gewesen. Kriege seien notwendig und unentbehr-lich. (Redner zitiert das bekannte Gedicht, indem die Kriege als gut und nützlich gefeiert werden.) Das Schlimmste habe aber der Referent verbrochen durch seine wegwerfende Kritik der deutschen Justizpflege. Wer behaupte, daß im Rechtsleben, im Zivil- wie im Strafverfahren, der Begüterte gegenüber dem Mittellosen im Vortheil sei, der spreche von Dingen, von denen er nichts verstehe. Aus allem erhebe sich die Genüge, daß kein Grund vorläge, an einem sozialdemokratischen Parteitag theilzunehmen. Er stelle daher den Antrag, da alle Bürger Landsbergs eingeladen und erschienen seien, zunächst darüber abzustimmen, ob überhaupt ein Delegirter entsendet werden soll, da er es sich nicht denken könne, daß die gute Stadt Land-sberg auch bereits so weit sein könne, sich offiziell an einem sozialdemokratischen Parteitag zu beteiligen. In seinem Schlußwort ging der Referent mit dem Herrn Amts-richter in scharfer Weise ins Gericht. Herr Kurz habe sich durch seine Rede ein Zeugniß geistiger Reife ausgespielt, um das er ihn nicht beneide. Wer trete denn, außer den Sozialdemokraten, für einen energischen Arbeiterschutz u. s. w. ein? Wenn diese Forde-rungen so allgemein anerkannt würden, wie Herr Kurz behaupte, dann müßten sie doch längst verwirklicht sein! Aber das Gegen-theil sei der Fall. Herr Kurz verweise nicht zu wissen von der Freude, die sich schon gegen den geplanten kümmerlichen Arbeit-schutz gebildet habe. Mit den Ausführungen, die Herr Kurz über die Vergangenheit gemacht habe, sei es noch schlimmer bestellt gewesen. Auch er habe zu jener Zeit in Berlin gelebt, habe zahl-reiche Versammlungen besucht u. s. w., aber von schrecklichen Zu-ständen wie sie Herr Kurz geschildert, nichts wahrgenommen. Dies sei ein Beweis dafür, daß Herr Kurz seine Zeit auf dem Paus-boden oder sonstwo zugebracht, daß er die Dinge und Vorgänge nicht objektiv beobachtet und studirt habe und daher von der ostindischen Resümee in einen Zustand fieberhafter Erregung hineingehört worden sei. Was die Kriege anbelange, so wünsche er, Referent, dem Herrn Kurz, daß es ihm noch vergönnt sein möge, mit einem unpoetischen Granat-splitters Belanntschaft zu machen, jedenfalls würde ihm dann die Lust vergehen, lyrische Nachgänge aus den Krieg anzustim-men. (Stürmischer Beifall, der sich fortgesetzt wiederholt, so daß der Referent dringend bittet, diese Begeisterung lieber in ent-sprechende Thaten umzusetzen.) Der Vorwurf, daß er von der Justizpflege nichts verstehe, lasse ihn kalt. Wer ein Auge für die Schäden unserer Zeit habe, der wisse, wie schwer es dem Unbemittelten werde sein Recht zu erlangen, und was auf dem Gebiete der Strafrechtspflege möglich ist, erläuterte der Referent an drahtischen Vorgängen à la Meist, es dann der Versammlung überlassen, zu entscheiden, wer von diesen Dingen etwas verstehe. Hierauf wurde zur Abstimmung geschritten und mit großer Majorität beschlossen, sich offiziell am Parteitag zu beteiligen. Mit Rücksicht auf die großen Kosten, wurde jedoch auf der Entsendung eines eigenen Delegirten abgesehen, und Herrn Julius Wernau in Berlin das Mandat übertragen. Die Ar-beiter Landsbergs haben aber bewiesen, daß sie in der That „soweit sind,“ wie es sich für aufgeklärte Arbeiter geziemt.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Cautions beizufügen. Brieflich Antwort wird nicht erteilt.

H., Hionskirchstr. Beantragen Sie unter Ueberreichung Ihrer Heirathsurkunde beim Amtsgericht den Erlass eines Rückbe-fehls, welcher Ihrer Frau durch den Gerichtsvollzieher zustellen ist. Gleichzeitig wenden Sie sich an den Bezirksvorsteher um Beschaffung eines Armutsscheines. Die Kinder können Sie selbst zurückholen.

O. S., Roppenstr. 1. Wenn Sie sterben, so erbt der Sohn Ihrer Frau aus erster Ehe nichts. 2. Stirbt Ihre Frau, so erben Sie und deren Sohn gemeinschaftlich.

G. C., Zwinemünderstr. Ihre Frau ist an den Leib-contrakt gebunden und kann auf Zahlung verklagt werden. Die Ihnen gebührigen Sachen unterliegen aber nicht der Pfändung.

H. St. 1. Freilich ist das Inpsgesetz ein Zwangsgesetz. 2. Wenn man wegen Zuwiderhandelns gegen dasselbe einmal be-straft ist, so kann wegen wiederholten Zuwiderhandelns eine weitere Strafe festgesetzt werden.

Damen-Mäntel und -Kostüme. Felix Oppenheim.

Regen-Mäntel von 11 M. an. Elegante und billige Winter-Paletots. Rosenthalerstr. 11-12.
Kostüme von 15 Mark an. Einsegnungs-, Ball- und Gesellschafts-Kostüme.

2292

Streng reelle Bedienung.

H. Hartwig Söhne & Baer

Billigste, aber feste Preise.

Herren- und Knaben-Garderoben.

Eigene Werkstätten:

700

Berlin N.,

Berlin SO.,

Berlin O.,

Chausseestraße 24a.

Brüdenstraße 8. Gr. Frankfurterstraße 16.

Billigste, aber feste Preise.

Etwaige Beschwerden wolle das Publikum gefälligst im Hauptgeschäft, Chausseestraße 24a, anbringen.

Streng reelle Bedienung.

Weseler Geld-Lotterie.

Ziehung 6. nächst. Mts.

Haupttreffer: M. 40 000,

kleinster Treffer: 30 Mark. — Loose à M. 3,30 incl. Porto und Liste bei A. Aschenheim, Berlin W., Friedrichstrasse 171.

Mehlhandlung

L. Brachvogel,

Mauteusselstraße Nr. 75.

Neu eröffnet. 1000 — Billigste Preise. Beste Waare. —

Im Tuchgeschäft jetzt Oranienstr. 126, I. Herren- und Knaben-Anzüge, Paletots, sowie Damenkleider etc. Auf Wunsch auch gegen Christabteilungen. 1008

Jede Uhr zu repariren und zu reinigen (außer Bruch) kostet bei mir unter Garantie des Gutes 1,50 Mark. Lager aller Arten Uhren und Goldwaaren zu den billigsten Preisen. 1200 Gust. Blent, Rosenthalerstr. 10. (a. d. Auguststr.)

Steyppeden-Fabrik Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158. Größte Auswahl! Voll-Atlas-Steyppeden mit Handarbeit! 2 Mtr. lang, blau, grün, bordeaux 7,50 Mark. Einzeln schadhafte Decken 3 und 4 Mtr. 7,45 Illustrierte Preisliste gr. u. fr.

Empfehle mein Lokal zum Arbeitsnachweis und für Jahrestellen. Zimmer mit Piano für Vereine. 7101 Arthur Romer, Curysstr. 16

Wegen gänzlicher Auflösung

unseres seit 15 Jahren bestehenden Teppich-, Gardinen-, Leinen- und Baumwollwaren-Geschäfts um Umwandlung in ein Spezial-Geschäft für Damen-Kleiderstoffe und Mäntel

Vollständiger Ausverkauf

nachstehender Artikel:

Großes Lager Teppiche in allen neuen Geweben und sämtlichen Größen. Gewöhnliche Zimmergröße: 5 M., 6 M., 8 M., 10 M., 15 M. Salongröße: 10 M., 15 M., 20 M., 25 M., 30 M.

Großes Lager Gardinen, das Fenster: 2 M., 3 M., 4 M., 8 M., 10 M., 15 M.

Schwarze gestreifte, geblünte und glatte Damen-Kleiderstoffe.

Große Auswahl neuester Fantasiegestreife, reine Wolle, doppeltbreit, Mtr. 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf., 2 M. Große Auswahl neuester reich damascirter Blumenmuster, reine Wolle, doppeltbreit, Mtr. 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf., 2 M. Reinwollene schwarze glatte, foulirte Tuchstoffe, doppeltbreit, Mtr. 1 M. 50 Pf., 1 M. 75 Pf., 2 M., 2 M. 50 Pf.

Größtes Lager Schweizer Stickerie-Roben in Berlin. In crème, weiß, ecru, ganze Robe 5 M. 50 Pf., 6 M. 50 Pf., 7 M. 50 Pf., 9 M., 10 M., 12 M. 50 Pf. 2256

Neue Herbst- und Winter-Damen-Kleiderstoffe.

Großartige, neue Straßenkleiderstoffe, doppeltbreit, Mtr. 75 Pf., 1 M. Doppeltbreite, reinwollene Fantasiekaros, Mtr. 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf. Reinwollene glatte, vollgriffige Körperstoffe, in allen neuen Farben, doppeltbreit, Mtr. 75 Pf., 1 M., 1 M. 50 Pf. $\frac{3}{4}$ breite Damentuche in dunklen Farben, Mtr. 75 Pf., 1 M. $\frac{10}{16}$ breite farbige feinste Körper-Damentuche „Elastique“, Mtr. 2 M. 50 Pf., 3 M., 3 M. 50 Pf. Schwere Hauskleiderstoffe, doppeltbreit, Mtr. 50 Pf., 75 Pf. Gute wollene Lamas für Morgenkleider, in schönen, neuen Streifen, doppeltbreit, Mtr. 75 Pf., 1 M. Echtfarbige, waschbare Flanelle für elegante Matinées und Morgenkleider, Mtr. 40 Pf., 50 Pf. Schwarze Seiden-Satin merveilleux, unter Garantie der Haltbarkeit, Mtr. 1 M. 50 Pf., 1 M. 75 Pf., 2 M., 2 M. 50 Pf., 3 M. Große Auswahl rein seidener, farbiger Seidenstoffe, Mtr. 2 M., 2 M. 50 Pf., 3 M.

Herbst- und Winter-Damen-Mäntel und Jackets.

Große Auswahl Regenmäntel in allen neuen Façons und nur gebiegenes delatirten Stoffen, 8 M., 10 M., 15 M., 18 M. Große Auswahl Herbst- und Winterjackets in allen neuen Façons, 6 M., 8 M., 10 M., 15 M. Große Auswahl Visites (kurzer Umhang für junge Damen und junge Frauen) in Wolle, Seidenmattläss und Seidenplüsch, 15 M., 20 M., 25 M., 30 M., 40 M. Große Auswahl eleganter langer Wintermäntel in allen schönen, neuen Façons und Größen, 20 M., 25 M., 30 M. Fertige Damenkleider, kariert und glatt, mit und ohne Sammetärmel, in großer Auswahl, sorgfältig gearbeitet, tadellos sitzend, 20 M., 25 M., 30 M., 40 M. Große Auswahl schwarzer Kleider, für Promenade und Trauer, 20 M., 25 M., 30 M., 40 M. Schwarze und farbige seidene Damenkleider, 50 M., 60 M., 75 M. Große Auswahl fertiger Morgenkleider, sorgfältig gearbeitet, tadellos sitzend, 7 M. 50 Pf., 9 M., 10 M., 12 M., 15 M.

Sielmann & Rosenberg, Kommandantenstrasse. Ecke Lindenstraße.

Durch die Expedition, Beuthstr. 3, zu beziehen:

Die Darwin'sche Theorie. Von Dr. Eduard Aveling. Broschirt M. 1,50. Geb. M. 2,—.

Karl Marx' Oekonomische Lehren. Gemeinverständlich dargestellt und erläutert von Karl Kautsky. Broschirt M. 1,50. Geb. M. 2,—.

Weltschöpfung und Weltuntergang. Die Entwicklung von Himmel und Erde vom Standpunkt der Naturwissenschaften dargestellt von Oswald Köhler. Zweite vermehrte Auflage. Erscheint in 15 Hefen, à 20 Pf. (Hef 1—8 bereits erschienen.)

Die ländliche Arbeiterfrage. 2. Auflage. Nach dem Russischen des Kablukow. Brosch. M. 1,—. Geb. M. 2,—.

Thomas More und seine Utopie. Mit einer historischen Einleitung von Karl Kautsky. Broschirt M. 2,—. Gebunden M. 2,50.

Charles Fourier, sein Leben und seine Theorien. Von August Bebel. Brosch. M. 2,—. Geb. M. 2,50.

Das moderne Elend und die moderne Uebervölkerung. Zur Erkenntnis unserer sozialen Entwicklung. Von Max Schippel. Brosch. M. 1,50. Geb. M. 2,—.

Die Philosophie Spinoza's. Von J. Stern (mit Spinoza's Porträt). Geb. M. 1,50.

Die französische Revolution. Von Wilhelm Bloß. Gebunden in Prachtband à Exemplar M. 5,50. Broschirt in 22 Hefen à 20 Pf. Dazu Einbanddecken à M. 1.

Die Geschichte der Erde. Von R. Bommeli. Gebunden in Prachtband à Exemplar M. 5,90. Broschirt in 22 Hefen à 20 Pf. Dazu Einbanddecken à M. 1.

Berliner Arbeiter-Bibliothek. Von Max Schippel. Serie I. Hef 1: Ein sozialistischer Roman. (Ein Rückblick. Von Bellamy.) Hef 2: Der Kampf der Gewerkschaften. Von Max Schippel. Hef 3: Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart. Von Clara Zetkin (Paris). Hef 4: Der Sozialismus in Frankreich seit der Pariser Kommune. Von Ossip Jettin-Paris. Hef 5: Charakterköpfe aus der französischen Arbeiterbewegung. Von Ossip Jettin-Paris. Hef 6: Die Hausindustrie in Deutschland. Von Paul Kampffmeyer-Gent. Hef 7: Junter und Bauer. Von Paul Kampffmeyer-Gent. Hef 8: Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Entwicklung der Sozialdemokratie. Von Max Schippel. Hef 9: Die Sozial-Marx'sche Werttheorie. Von Paul Fischer-London. Hef 10: Die Sozialdemokratie und der Deutsche Reichstag. Hef 11: Die soziale Frage auf dem Kontinent. I und II. Von Paul Kampffmeyer-Gent und Max Schippel. Hef 12: Die Arbeiterfrage. Von Paul Ernst-Berlin. Serie II. Hef 1: Der Werttheorie von der Begründung des Deutschen Reiches. Von Hans Müller-Rothsch. Hef 2: Die antimilitarische Bewegung. Von Konrad Schmidt. Hef 3: Soziale Frage und Bodenverhältnissen. Von Konrad Schmidt. Hef 4: Die deutsche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Von Max Schippel. Hef 5—6: Zur Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus in Deutschland. Von Paul Kampffmeyer. — Preis pro Hef 15 und 20 Pf. Einbanddecken zu Serie I à 20 Pf. Serie I geb. M. 2,50.

Die Arbeiterinnen-Bewegung Berlins. Von A. Berger. a Hef 30 Pf.

Ferdinand Lassalle, eine Gedenkschrift zu seinem 25jährigen Todestag. Von Max Kegel. a 50 Pf.

Gesetz der Alters- u. Invaliditäts-Versicherung. Von A. Bebel und P. Singer. Preis cartonnirt M. 0,50.

Gesetz, betreffend die Gewerbegerichte. 16 Seiten. 10 Pf.

Lichtstrahlen der Poesie. Gedichtsammlung von Max Kegel. Illustriert von O. E. Lau. Elegant geb. M. 3,50

Lieb knecht, W., Volks-Fremdwörterbuch. Sechste Auflage. Gebunden M. 3,—, broschirt in 12 Hefen à 20 Pf. Dazu Einbanddecken à 30 Pf.

—, Robert Blum und seine Zeit. 2. Auflage. Broschirt in 6 Hefen à 25 Pf. Dazu Einbanddecke à 35 Pf.

—, Ein Blick in die Neue Welt. Elegant gebdnt. M. 3,—.

—, Protokoll des Internationalen Arbeiterkongresses zu Paris. Deutsche Uebersetzung. 140 S. Broschirt 50 Pf.

Stern, J., Die Religion der Zukunft. Dritte vermehrte Auflage. Broschirt M. 0,50.

—, Halbes und ganzes Freidenkerthum, Zeit- und Streitschrift. 2. Auflage. Broschirt 15 Pf.

—, Thesen über den Sozialismus. 3. Auflage. Broschirt M. 0,20.

—, Die soziale Krankheit, ihre Ursachen und ihre Heilung. 2. Auflage. Broschirt 30 Pf.

Die Klassengegensätze von 1789. Von K. Kautsky. a Exemplar 50 Pf.

Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung und der Achtstundentag. Von Karl Kautsky. Broschirt 30 Pf.

Vergleichende statistische Uebersicht der Wahlen zum Deutschen Reichstage von 1871 bis 1890. Preis 20 Pf.

Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien. Von August Bebel. 184 Seiten. Brosch. M. 1,—.

Die Sonntags-Arbeit. Von A. Bebel. 2 Hefte. Brosch. M. 1.

Die Mohamedanisch-Arabische Kulturperiode. Von August Bebel. 2. Auflage. Broschirt 50 Pf.

Sybil. Roman v. Disraeli, übersetzt v. Natalie Liebknecht. Brosch. M. 1.

Die Ritter der Arbeit. Nach dem Amerikanischen des Jor von Natalie Liebknecht. Brosch. M. 0,75.

Wilde Blumen. Gedichtsammlung von Adolph Lepp. Broschirt M. 2,—.

Dr. Zadek und Dr. Blaschko, Kurzer Rathgeber zur Erhaltung der Gesundheit etc. 20 Seiten. Preis 10 Pf. Größere Partien billiger.

Der Neue Welt-Kalender pro 1891. Preis 50 Pf.

Fernsprecher: Amt III. 948.
Bettfedern- und Betten-Spezial- und Versand-Geschäft
D. FEIBEL, Chausseestraße 111.
Bettfedern, nur vorzüglich entstaubte Sorten, $\frac{1}{2}$ Kilo 50, 75 Pf., 1, 1,50, 2, 2,50, 3 M. Ungeriff. feine weiße Gänsefedern 1 M. Halbdaunen 1,50, 2, 2,50, 3 M. Daunen 2,50, 3, 4 M., feine weiße 5, 6, 7,50, Eiderdaunen 27 M. Als Spezialität empfehle meine großfloch. graue Germania-Daune à 4,50, 8 Pf. genüg. zum gr. Deckbett.
Fertige Betten à Stand, besteh. aus Deckbett, Unterbett, 2 Kopfkiss., 12, 15, 18, 21, 24 M. Daunenbett 27 M. In rosa od. rosarothgestreift. Inlets 30, 36, 42, 48 M. b. z. d. st. Füll. zum Zusammenklappen, mit gepolsterter Matratze, 9, 10,50, 12 M.
Feldbetten für Kinderbetten, von 3 M. an, für große Betten in Koffhaas, Indiasaser, Seegrassfüllung von 3,75 M. an.
Eiserne Bettstellen für Kinder, mit hohen Seitentheilen, bronziert, in großer Auswahl, von 10,50 M. an. Für Erwachsene in den verschiedensten Ausführungen von 4,50 M. an.
Wolltuch-Steppdecken in allen Farben, prachtvolle Handarbeit, 200 ctm. lang, 100 ctm. breit, 10 M.
Prima 12, Jmit. Wolltuch 7,50, einfachere 3, 4, 5, 6 M.
Bettwäsche fertige Bezüge, Kissen, Kissen, Bettdecken in großer Auswahl zu billigsten Fabrikpreisen.
Braut-Ausstattungen, ganze Einrichtungen für Hotels, Pensionate, Gasthäuser, Cafés zu konstantesten Bedingungen.
Leichtgelieferte Einrichtungen: Hotel Germania mit 220 Betten. Hotel Bauer, Hotel Gärtner, Hotel Quos, Café Bauer, Leipzig. Mein langjähriges Renommee bürgt f. streng reelle Bedienung.
Versand gegen Nachnahme. Umtausch gestattet.

Stoehr & Behr,
Chausseestraße 123, 1 Tr.
(Am Draniensburger Thor).
Größte Auswahl in
Teppichen,
als: Smyrna, Armanier, Belours etc.
zu fabelhaft billigen Preisen!
Möbelstoffen,
einzelne Sophabezüge spottbillig!
Gardinen,
weiß und crème von 3—40 M. pro Fenster.
Größtes Lager von Reise- und Tischdecken, Portièren etc. Läufer und Linoleum.
Streng reelle Bedienung.
Stoehr & Behr,
Chausseestraße 123, 1 Tr.
(Am Draniensburger Thor).

Das neueste
Zuschneide-System
für die gesammte Damen-Schneiderei, wonach ein Feder ohne jegliches Zeichnentalent tadellos sitzende Garderobe anfertigen kann, lehrt innerhalb 8 Tagen (auch in Abendkursen) gründlich unter Garantie für 15 Mark
1082
J. Paul Müller, Zimmerstr. 53, III.

Jede Uhr
zu repariren und zu reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur 1 M. 50 Pf. (außer Bruch), keine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer und gebrauchter Uhren. Verkauf zu erstaunlich billigen Preisen. 159
E. Rothert & Stolz, Uhrmacher, Andreasstr. 62, Chausseestr. 78, Alte Schönhauserstr. 25.

Artistisch-
Photographisches Atelier
von **Carl Graefe,**
Berlin S., Pringensstraße 11,
empfehl ich den Freunden und Parteinengenossen zur Aufnahme von Portraits, Gruppen, Landschaft. u. Reproduktionen. Spez.: Vereine u. Gewerkschaftsgruppen.

Lassalle-, Marx-, Bebel-, Liebknecht-, Singer-Köpfen als Cigarrenspitze, echt Weerschaum à 1,50 M. u. besser. Dieselben (Stereoskop) in Weichselspitze à Dd. 3 M., auf Pfeifenkopf à 1 M., ganze Pfeifen z. j. Preis, als Schlipsnadel in Perlmutter à 1,25 M., als Broche von Eisenbein à 2 M. [2262] **E. Günzel, Brunnenstr. 157.**

Oberhemden nach Maß.
Federn - Betten.
Federn und Daunen Vfd. 60, 90 Pf. bis 8 Mark. Deckbett, Kissen, Unterbett von 14,75 Mark bis 60 Mark. Fertige Inlets, Heberzüge, Laken, Bettdecken. Oberhemden, Herren-, Damen- und Kinderhemden. Tischtücher, Handtücher, Caschentücher.
H. Wessling, vormals G. E. Matros,
Dresdenerstraße 134, am Gottbusser Thor, 1650
früher Kommandantenstraße 2.

Posamentier-, Weiß- u. Wollwaren-Geschäft
von **L. Gerhard,** 952
früher Wasserthor-Strasse Nr. 68, jetzt Schwedter-Strasse Nr. 13,
empfehl ich den Genossen bestens.

Möbel auf Theilzahlung Cohn Gebrüder
Kommandantenstr. 51
Edle Alexandrinenstr.
[941] Ein größerer Posten gebrauchter Möbel zu jedem Preise.
Beamten auch ohne Anzahlung.